

Aber von Busse was nichts, tut mir leid. „Wir fahren im Juni los.“ Selbstverständlich gesagt, ich freu' mich, du bist mit Gerd da. „Sen, nicht mit mir.“ „Ich bin nie mit Gerd gewesen.“ „Schön. Das weiß ich.“

### Eheplausch

Obwohl ich es selbst, wie du uns beide selbst, heute noch. „Busse hatte sich nie. Auto um den Baum gewandert. Das Auto war geparkt. Und das war in Döbel.“ „Und die Hausdame auf dem Tisch.“ „Richtig. Na, dämmen.“ „Und es gab Zwiebeln.“ „Siehst du ich sag's. „Dann war ich nicht.“ „Im Juni fahren wir.“ „Gut. Dann lerne ich kennen. Dann war es Döbel.“



„In unserer Außenpolitik bekennen wir uns auf Grund unserer historischen Vergangenheit nicht zu einer Kollektivschuld, wohl aber zu allen Teilen der deutschen Geschichte, die uns auch ein besonderes Maß an Solidarität mit Israel auferlegt.“

Homel, Opat



Planerfüllung verlangt

Die Volksrepublik China hat sich erneut gegen eine Verlegung sowjetischer Atomraketen von Europa in den asiatischen Teil der UdSSR gewandt. Die parteiamtliche Pekinger „Volkszeitung“ schrieb, eine Verschiebung der Raketenstellungen aufgrund der Genfer Abrüstungsgespräche würde die internationale Lage verschärfen und das atomare Wettrüsten zwischen Moskau und Washington im asiatischen Raum anheizen.

Waffen für Taiwan

Die amerikanische Regierung hat einem Bericht, der „Tagesschau“ zufolge die Absicht, Waffen im Wert von bis zu 800 Millionen Dollar an Taiwan zu liefern. Eine entsprechende Vorlage werde zur Zeit vom US-Außenministerium ausgearbeitet und solle in wenigen Wochen an Präsident Reagan weitergeleitet werden, hießes in der Resolution. Es handle sich um das bisher größte Waffengeschäft zwischen den USA und Taiwan.

Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## „Hitler-Tagebücher“. Wer steckt hinter der Fälschung?

„Stern“-Chef Nannen: Ein Teil der Bücher wurde aus der „DDR“ geholt

DW, Hamburg/Bonn  
Nach der Enttarnung der von der illustrierten „Stern“ vorgestellten angeblichen Hitler-Tagebücher als Fälschungen konzentrierte sich die Bemühungen am Wochenende auf die Suche nach den Hintermännern der Affäre. Als mögliche Länder, in denen die Fälschungen hergestellt worden sein könnten, wurden dabei die „DDR“, Österreich, Argentinien und auch die Bundesrepublik Deutschland genannt. Vermutungen, daß Ost-Berlin die Hand im Spiel haben könnte, erhielten durch ein Interview der Londoner „Sunday Times“ mit der Ehefrau des „Stern“-Reporters Gerd Heidemann Auftrieb.  
Die „Sunday Times“, deren Verleger Robert Murdoch vom „Stern“ für 400.000 Dollar die britischen und australischen Rechte an den „Tagebüchern“ erworben hatte, zielt die Äußerungen Gerd Heidemanns in einer mehrseitigen Zusammenfassung, in der die Zeitung sich bei ihren Lesern „zufrieden“ entschuldigt. Frau Heidemann sagte, die „Quelle“ ihres Mannes in der „DDR“ habe die Dokumente übergeben, um so Devisen zu erhalten. Sie habe es nicht für möglich gehalten, daß der nicht genannte hohe Beamte damit seine Ausreise aus Mitteldeutschland habe finanzieren wollen. „Warum sollte er? Er könnte es da gar nicht höher bringen“, wird die Frau des „Stern“-Mitarbeiters zitiert.  
Dem „Stern“ warf Frau Heidemann vor, Mitarbeiter des Magazins hätten ihren Mann in der Nacht zum Samstag bei der Suche nach den Hintermännern der Affäre „durch die Mangel gedreht“. Ihr Mann sei am Freitag mit einem Privatflugzeug vom „Stern“ aus Süddeutschland nach Hamburg geholt worden. Zunächst habe man versucht, sie daran zu hindern, mit ihm in Kontakt zu treten. Auch später sei ein privates Gespräch mit ihrem Mann nicht möglich gewesen.  
Bei dem Magazin, dessen Chefredakteure Peter Koch und Felix Schmidt noch am Samstag von ihren Positionen zurückgetreten waren, setzte am Wochenende eine intensive Diskussion über das Geschehene ein. Es kam dort zu internen Auseinandersetzungen. Herausgeber Henri Nannen, der zusammen mit Rolf Gilihausen die Redaktionsleitung übernahm, hatte unmittelbar nach Bekanntwerden des Prüfungsergebnisses des Bundesarchivs erklärt: „Es wird in der nächsten Ausgabe kein Wort stehen, das sich auf die Tagebücher bezieht, sondern wir werden ganz im Gegenteil versuchen, unseren Lesern so schnell wie möglich die Geschichte der Fälschungen und die Geschichte der Hintergründe zu offenbaren.“ Nannen: „Ich meine, wir haben Grund, uns zu schämen.“ Der „Stern“-Herausgeber sagte der „Bild am Sonntag“: „Ich bin inzwischen sicher, daß sie (die Tagebücher) nicht aus rechtsradikalen Kreisen kommen.“ Einige der Bücher, so Nannen im NDR, seien aus der „DDR“ geholt worden.  
Eine eigene Version steuerte der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, bei. In einem dpa-Geplauder sagte Wiesenthal, die gefälschten Tagebücher seien das Werk „derselben in Südamerika sitzenden Quellen, die bereits während des Krieges für Hitler – so zum Beispiel die britischen Banknoten – gefälscht haben.“ Wiesenthal: „Fortsetzung Seite 1“

## Stolze wünscht „kreative Tätigkeit“

Der Bonner Regierungssprecher stellt heute sein Amt zur Verfügung / Künftig Berater

HERBERT KREMP, Bonn  
Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Dieter Stolze, stellt am heutigen Montag sein Amt zur Verfügung. Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatssekretär Stolze werden heute in einer gemeinsamen Pressekonferenz die Gründe dafür erläutern. Stolze wird weiterhin für die Bundesregierung beratend tätig sein. „Mir kommt es auf kreative Tätigkeit an“, erklärte er der WELT.  
Stolze hatte dem Bundeskanzler bereits im März mitgeteilt, daß er nach der Regierungsbildung sein Amt aufgeben wolle. Er war nach dem Regierungswechsel im Oktober vergangenen Jahres in die Dienste der Bundesregierung getreten. Seine kurze Amtszeit läßt die Frage offen, ob der stets komplizierte Mechanismus der Zusammenarbeit zwischen dem Kanzleramt und dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung funktioniert. Zwischen Stolze und der engsten Umgebung des Kanzlers, die während der langen Oppositionszeit auf „Sprecherrollen“ verwiesen war und an diese gewöhnt ist, ist es in der ersten Regierungsphase Kohls und während des Wahlkampfes wiederholt zu Spannungen gekommen.  
An den sehr guten persönlichen Beziehungen zwischen Kohl und Stolze hatte sich dadurch aber nichts geändert. Der Kanzler hatte sogar versucht, Stolze zu halten, weil er dessen unbestrittene Kompetenz auf den Zentralgebieten seiner Regierung, der Wirtschafts- und Finanzpolitik, schätzte. So hatte Stolze zum Beispiel die entsprechenden Teile der Regierungserklärung überarbeitet. Der Sprecher der Bundesregierung wird seine Kompetenz vor allen Dingen auf diesen Feldern zu erweisen haben.  
Stolze seinerseits empfand die Beschränkung des Regierungssprechers auf die sehr wichtige, aber höchst zeitraubende Arbeit des reinen Auskunftgebers als unbefriedigend. Die Rolle des Chefs des Presse- und Informationsamtes war in der Tat kaum je auf diese Tätigkeit beschränkt gewesen. Sprecher wie Bölling, Becker, Ahlers, Diehl (unter Kiesinger) oder gar v. Eckardt (unter Adenauer) waren an der Planung und Durchsetzung der Gesamtpolitik stets kräftig beteiligt. Sie hatten „Immediatvorträge“ beim Kanzler und gehörten zu dessen engstem Beraterkreis. Stolze hatte offenbar den Eindruck gewonnen, daß diese „kreative Rolle“, wie er es nennt, auch künftig Mitarbeitern Kohls im Kanzleramt vorbehalten bleiben soll, während der Regierungssprecher mehr auf „Journalistensprache“, eine Art von Public Relations, verwiesen wäre.  
Ob die Bundesregierung sich einläßt, in diesem Konzept ihre Ansprüche erfüllt sieht, muß sich erst erweisen. Bis jetzt sind die jüngsten Bundesregierungen am besten gefahren, deren Sprecher im Zentrum der Entscheidung einbezogen waren. Besonders von einer konservativ-liberalen Regierung in schwierigen Zeiten werden Antworten auf dem höchsten Stand der Kenntnis und Information erwartet.

## Jaruzelski: Forderungen an die Kirche

Walesa soll bei den Katholiken ins Zwielicht gerückt werden / Unter Hausarrest

tr/AP/DW, Warschau  
Im Vorfeld des Papst-Besuchs im Juni hat die polnische Führung ihr Verlangen um die Mitarbeit der katholischen Kirche an einer im Sinne des Regimes langfristigen „Übereinkunft“ verstärkt. Partei- und Regierungschef General Jaruzelski suchte dabei zwischen Freunden und Gegnern von Eintracht und Versöhnung zu differenzieren.  
Jaruzelski sagte auf dem ersten Kongreß der vom Regime geförderten „Patriotischen Bewegung für die nationale Wiedergeburt“ (PRON). Gespräche mit Primas Kardinal Glemp hätten die Hoffnung auf eine solche Übereinkunft verstärkt. Die Kirche müsse aber den Primat des Staates anerkennen. Je mehr sie im sozialistischen Staat die Verkörperung höherer nationaler Interessen sehe, um so größer sei der beiderseitige Nutzen ihrer Zusammenarbeit. Der General warnte dabei vor Priestern, die „unter dem Einfluß eines zügellosen Antikommunismus“ dem Frieden im Lande und dem, wie Jaruzelski sich ausdrückte, langfristigen Interesse der Kirche an einer „Übereinkunft“ im Wege stünden. Als Gegenbeispiel wies er auf die polnische „Solidarność“ hin, deren Vorsitzender Lech Walesa nach einem Treffen mit im Untergrund arbeitenden Funktionären von der Polizei aufgegriffen und verhaftet worden war. Er steht, wie gestern bekannt wurde, wieder unter Hausarrest.  
Die polnische Propaganda ist offensichtlich bemüht, den Arbeiterführer bei den Katholiken ins Zwielicht zu rücken. Die offizielle Nachrichtenagentur PAP veröffentlichte Zitate aus der Wiener Monatszeitschrift „Kritisches Christentum“. Danach soll Walesa während seiner Internierung in einem auf Tarnung ausgerichteten Gespräch mit seinem Bruder Stanislaw der Kirche vorgeworfen haben, ihm in den Rücken fallen zu wollen. Sie betriehe eine Politik auf lange Sicht und opfere dafür die Gegenwart, wird Walesa zitiert. Die Kirche betreibe ihre Politik auf eigene Kosten. Die Festzeitung „Trybuna Ludu“ hatte Walesa als „Präsident einer Saison“ und „Marronette“ westlicher Interessen bezeichnet.  
Der Kongreß der „Patriotischen Bewegung“ wurde von einer großen Publizität in den vom Staat gelenkten Medien begleitet. PRON soll eine Plattform für eine „nationale Verständigung“ zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen sein. In seiner Eröffnungssprache betonte Jaruzelski die katholische Schriftsteller Jan Dobrzanski, der an der Spitze dieser Bewegung steht, auf Kardinal Glemp. Der Primas der katholischen Kirche hatte die Gründung von PRON im Januar 1982 begründet. Später aber ist er nie wieder auf dieses Thema eingegangen. Die Mehrheit der Bevölkerung steht der neuen Organisation äußerst reserviert gegenüber.

## Worms steigt in die CDU-Spitze auf

Neuorientierung in Nordrhein-Westfalen / Was wird aus Biedenkopf?

Die CDU an Rhein und Ruhr wird sich im engen Schulterschluss an die Bundespartei lehnen. Mit einer „Politik mit Herz und Verstand“ sucht sie die Wähler zurückzugewinnen.  
Die Mülheimer Abstimmung gilt als Abkehr von der Politik des Westfalen-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf, dem die intellektuelle Problemlösung der Tagesthemen offenbar dringlicher schien als die Arbeit an der „Basis“ und der einem Streit mit der Bundespartei zugunsten des eigenen Profils und zu Lasten der Geschlossenheit nicht am Wege ging.  
Nach dem Monatswettbewerb personellen Streit, der die beiden Landesverbände wie die Fraktionen in der Auseinandersetzung mit der regierenden SPD faktisch lähmte, sind für den Sieger Worms alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start geschaffen. Durch den Verzicht Biedenkopfs auf seinen Platz im Bundespräsidium wird er sich Ende Mai in Köln auf dem Bundesparteitag um einen der Stellvertreterposten Helmut Kohls bemühen. In den nächsten Wochen übernimmt er von Biedenkopf auch die Führung der Landtagsfraktion. Dem ehemaligen Generalsekretär der Union bleibt dann nur noch der Vorsitz in Westfalen-Lippe, über den sein Landesverband am 2. Juni entscheiden wird.  
In Mülheim wies Biedenkopf Signale aus Bonn, nach der erwarteten Niederlage ein hohes Amt in internationalen Organisationen – etwa der EG – zu übernehmen, schroff ab. Er wolle diesem Land und den Menschen hier dienen.“ Kohls Gratulation für seinen Freund Worms fiel herzlich aus: „Beide wissen, daß die Landtagswahl 1985 in die Halbwertzeit der Kanzlerschaft fällt und ein Sieg der Union in Düsseldorf die Position Kohls und der Koalition stärken würde.“

Seite 3: Auf Verstand gesetzt

## „Hitler-Tagebücher“. Wer steckt hinter der Fälschung?

„Stern“-Chef Nannen: Ein Teil der Bücher wurde aus der „DDR“ geholt

DW, Hamburg/Bonn  
Nach der Enttarnung der von der illustrierten „Stern“ vorgestellten angeblichen Hitler-Tagebücher als Fälschungen konzentrierte sich die Bemühungen am Wochenende auf die Suche nach den Hintermännern der Affäre. Als mögliche Länder, in denen die Fälschungen hergestellt worden sein könnten, wurden dabei die „DDR“, Österreich, Argentinien und auch die Bundesrepublik Deutschland genannt. Vermutungen, daß Ost-Berlin die Hand im Spiel haben könnte, erhielten durch ein Interview der Londoner „Sunday Times“ mit der Ehefrau des „Stern“-Reporters Gerd Heidemann Auftrieb.  
Die „Sunday Times“, deren Verleger Robert Murdoch vom „Stern“ für 400.000 Dollar die britischen und australischen Rechte an den „Tagebüchern“ erworben hatte, zielt die Äußerungen Gerd Heidemanns in einer mehrseitigen Zusammenfassung, in der die Zeitung sich bei ihren Lesern „zufrieden“ entschuldigt. Frau Heidemann sagte, die „Quelle“ ihres Mannes in der „DDR“ habe die Dokumente übergeben, um so Devisen zu erhalten. Sie habe es nicht für möglich gehalten, daß der nicht genannte hohe Beamte damit seine Ausreise aus Mitteldeutschland habe finanzieren wollen. „Warum sollte er? Er könnte es da gar nicht höher bringen“, wird die Frau des „Stern“-Mitarbeiters zitiert.  
Dem „Stern“ warf Frau Heidemann vor, Mitarbeiter des Magazins hätten ihren Mann in der Nacht zum Samstag bei der Suche nach den Hintermännern der Affäre „durch die Mangel gedreht“. Ihr Mann sei am Freitag mit einem Privatflugzeug vom „Stern“ aus Süddeutschland nach Hamburg geholt worden. Zunächst habe man versucht, sie daran zu hindern, mit ihm in Kontakt zu treten. Auch später sei ein privates Gespräch mit ihrem Mann nicht möglich gewesen.  
Bei dem Magazin, dessen Chefredakteure Peter Koch und Felix Schmidt noch am Samstag von ihren Positionen zurückgetreten waren, setzte am Wochenende eine intensive Diskussion über das Geschehene ein. Es kam dort zu internen Auseinandersetzungen. Herausgeber Henri Nannen, der zusammen mit Rolf Gilihausen die Redaktionsleitung übernahm, hatte unmittelbar nach Bekanntwerden des Prüfungsergebnisses des Bundesarchivs erklärt: „Es wird in der nächsten Ausgabe kein Wort stehen, das sich auf die Tagebücher bezieht, sondern wir werden ganz im Gegenteil versuchen, unseren Lesern so schnell wie möglich die Geschichte der Fälschungen und die Geschichte der Hintergründe zu offenbaren.“ Nannen: „Ich meine, wir haben Grund, uns zu schämen.“ Der „Stern“-Herausgeber sagte der „Bild am Sonntag“: „Ich bin inzwischen sicher, daß sie (die Tagebücher) nicht aus rechtsradikalen Kreisen kommen.“ Einige der Bücher, so Nannen im NDR, seien aus der „DDR“ geholt worden.  
Eine eigene Version steuerte der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, bei. In einem dpa-Geplauder sagte Wiesenthal, die gefälschten Tagebücher seien das Werk „derselben in Südamerika sitzenden Quellen, die bereits während des Krieges für Hitler – so zum Beispiel die britischen Banknoten – gefälscht haben.“ Wiesenthal: „Fortsetzung Seite 1“

## Stolze wünscht „kreative Tätigkeit“

Der Bonner Regierungssprecher stellt heute sein Amt zur Verfügung / Künftig Berater

HERBERT KREMP, Bonn  
Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Dieter Stolze, stellt am heutigen Montag sein Amt zur Verfügung. Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatssekretär Stolze werden heute in einer gemeinsamen Pressekonferenz die Gründe dafür erläutern. Stolze wird weiterhin für die Bundesregierung beratend tätig sein. „Mir kommt es auf kreative Tätigkeit an“, erklärte er der WELT.  
Stolze hatte dem Bundeskanzler bereits im März mitgeteilt, daß er nach der Regierungsbildung sein Amt aufgeben wolle. Er war nach dem Regierungswechsel im Oktober vergangenen Jahres in die Dienste der Bundesregierung getreten. Seine kurze Amtszeit läßt die Frage offen, ob der stets komplizierte Mechanismus der Zusammenarbeit zwischen dem Kanzleramt und dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung funktioniert. Zwischen Stolze und der engsten Umgebung des Kanzlers, die während der langen Oppositionszeit auf „Sprecherrollen“ verwiesen war und an diese gewöhnt ist, ist es in der ersten Regierungsphase Kohls und während des Wahlkampfes wiederholt zu Spannungen gekommen.  
An den sehr guten persönlichen Beziehungen zwischen Kohl und Stolze hatte sich dadurch aber nichts geändert. Der Kanzler hatte sogar versucht, Stolze zu halten, weil er dessen unbestrittene Kompetenz auf den Zentralgebieten seiner Regierung, der Wirtschafts- und Finanzpolitik, schätzte. So hatte Stolze zum Beispiel die entsprechenden Teile der Regierungserklärung überarbeitet. Der Sprecher der Bundesregierung wird seine Kompetenz vor allen Dingen auf diesen Feldern zu erweisen haben.  
Stolze seinerseits empfand die Beschränkung des Regierungssprechers auf die sehr wichtige, aber höchst zeitraubende Arbeit des reinen Auskunftgebers als unbefriedigend. Die Rolle des Chefs des Presse- und Informationsamtes war in der Tat kaum je auf diese Tätigkeit beschränkt gewesen. Sprecher wie Bölling, Becker, Ahlers, Diehl (unter Kiesinger) oder gar v. Eckardt (unter Adenauer) waren an der Planung und Durchsetzung der Gesamtpolitik stets kräftig beteiligt. Sie hatten „Immediatvorträge“ beim Kanzler und gehörten zu dessen engstem Beraterkreis. Stolze hatte offenbar den Eindruck gewonnen, daß diese „kreative Rolle“, wie er es nennt, auch künftig Mitarbeitern Kohls im Kanzleramt vorbehalten bleiben soll, während der Regierungssprecher mehr auf „Journalistensprache“, eine Art von Public Relations, verwiesen wäre.  
Ob die Bundesregierung sich einläßt, in diesem Konzept ihre Ansprüche erfüllt sieht, muß sich erst erweisen. Bis jetzt sind die jüngsten Bundesregierungen am besten gefahren, deren Sprecher im Zentrum der Entscheidung einbezogen waren. Besonders von einer konservativ-liberalen Regierung in schwierigen Zeiten werden Antworten auf dem höchsten Stand der Kenntnis und Information erwartet.

## Jaruzelski: Forderungen an die Kirche

Walesa soll bei den Katholiken ins Zwielicht gerückt werden / Unter Hausarrest

tr/AP/DW, Warschau  
Im Vorfeld des Papst-Besuchs im Juni hat die polnische Führung ihr Verlangen um die Mitarbeit der katholischen Kirche an einer im Sinne des Regimes langfristigen „Übereinkunft“ verstärkt. Partei- und Regierungschef General Jaruzelski suchte dabei zwischen Freunden und Gegnern von Eintracht und Versöhnung zu differenzieren.  
Jaruzelski sagte auf dem ersten Kongreß der vom Regime geförderten „Patriotischen Bewegung für die nationale Wiedergeburt“ (PRON). Gespräche mit Primas Kardinal Glemp hätten die Hoffnung auf eine solche Übereinkunft verstärkt. Die Kirche müsse aber den Primat des Staates anerkennen. Je mehr sie im sozialistischen Staat die Verkörperung höherer nationaler Interessen sehe, um so größer sei der beiderseitige Nutzen ihrer Zusammenarbeit. Der General warnte dabei vor Priestern, die „unter dem Einfluß eines zügellosen Antikommunismus“ dem Frieden im Lande und dem, wie Jaruzelski sich ausdrückte, langfristigen Interesse der Kirche an einer „Übereinkunft“ im Wege stünden. Als Gegenbeispiel wies er auf die polnische „Solidarność“ hin, deren Vorsitzender Lech Walesa nach einem Treffen mit im Untergrund arbeitenden Funktionären von der Polizei aufgegriffen und verhaftet worden war. Er steht, wie gestern bekannt wurde, wieder unter Hausarrest.  
Die polnische Propaganda ist offensichtlich bemüht, den Arbeiterführer bei den Katholiken ins Zwielicht zu rücken. Die offizielle Nachrichtenagentur PAP veröffentlichte Zitate aus der Wiener Monatszeitschrift „Kritisches Christentum“. Danach soll Walesa während seiner Internierung in einem auf Tarnung ausgerichteten Gespräch mit seinem Bruder Stanislaw der Kirche vorgeworfen haben, ihm in den Rücken fallen zu wollen. Sie betriehe eine Politik auf lange Sicht und opfere dafür die Gegenwart, wird Walesa zitiert. Die Kirche betreibe ihre Politik auf eigene Kosten. Die Festzeitung „Trybuna Ludu“ hatte Walesa als „Präsident einer Saison“ und „Marronette“ westlicher Interessen bezeichnet.  
Der Kongreß der „Patriotischen Bewegung“ wurde von einer großen Publizität in den vom Staat gelenkten Medien begleitet. PRON soll eine Plattform für eine „nationale Verständigung“ zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen sein. In seiner Eröffnungssprache betonte Jaruzelski die katholische Schriftsteller Jan Dobrzanski, der an der Spitze dieser Bewegung steht, auf Kardinal Glemp. Der Primas der katholischen Kirche hatte die Gründung von PRON im Januar 1982 begründet. Später aber ist er nie wieder auf dieses Thema eingegangen. Die Mehrheit der Bevölkerung steht der neuen Organisation äußerst reserviert gegenüber.

## Worms steigt in die CDU-Spitze auf

Neuorientierung in Nordrhein-Westfalen / Was wird aus Biedenkopf?

Die CDU an Rhein und Ruhr wird sich im engen Schulterschluss an die Bundespartei lehnen. Mit einer „Politik mit Herz und Verstand“ sucht sie die Wähler zurückzugewinnen.  
Die Mülheimer Abstimmung gilt als Abkehr von der Politik des Westfalen-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf, dem die intellektuelle Problemlösung der Tagesthemen offenbar dringlicher schien als die Arbeit an der „Basis“ und der einem Streit mit der Bundespartei zugunsten des eigenen Profils und zu Lasten der Geschlossenheit nicht am Wege ging.  
Nach dem Monatswettbewerb personellen Streit, der die beiden Landesverbände wie die Fraktionen in der Auseinandersetzung mit der regierenden SPD faktisch lähmte, sind für den Sieger Worms alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start geschaffen. Durch den Verzicht Biedenkopfs auf seinen Platz im Bundespräsidium wird er sich Ende Mai in Köln auf dem Bundesparteitag um einen der Stellvertreterposten Helmut Kohls bemühen. In den nächsten Wochen übernimmt er von Biedenkopf auch die Führung der Landtagsfraktion. Dem ehemaligen Generalsekretär der Union bleibt dann nur noch der Vorsitz in Westfalen-Lippe, über den sein Landesverband am 2. Juni entscheiden wird.  
In Mülheim wies Biedenkopf Signale aus Bonn, nach der erwarteten Niederlage ein hohes Amt in internationalen Organisationen – etwa der EG – zu übernehmen, schroff ab. Er wolle diesem Land und den Menschen hier dienen.“ Kohls Gratulation für seinen Freund Worms fiel herzlich aus: „Beide wissen, daß die Landtagswahl 1985 in die Halbwertzeit der Kanzlerschaft fällt und ein Sieg der Union in Düsseldorf die Position Kohls und der Koalition stärken würde.“

Seite 3: Auf Verstand gesetzt

## DER KOMMENTAR

### Kanäle

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Man kann davon ausgehen, daß unsere Behörden, auch die Nachrichtendienste, nichts unversucht lassen, um herauszufinden, wer die Fälschung der angeblichen Tagebücher Hitlers ins Werk gesetzt hat. Erst wenn das aufgeklärt ist, wird man die politische Dimension der Affäre erkennen können.  
Eigentlich sollte es aber solcher Anstrengungen der Nachrichtendienste nicht bedürfen. Denn der „Stern“ ist, wie er erklärt, Betrügnern aufgesessen, und für Betrügnern kann es keinen journalistischen Quellenschutz geben. Das räumt auch Nannen ein.  
Nannen hat außerdem klargestellt, daß die gefälschten Tagebücher nicht aus „rechtsradikalen Kreisen“ gekommen sind. Wenn das die Wahrheit ist, dann verdichtet sich die Vermutung, diese skrupellose Desinformation sei in der „DDR“ gestartet worden, nahezu schon zur Gewißheit.  
Dafür gibt es zumindest drei Indizien:  
1. Einem der Autoren der „Stern“-Serie, Walde, hat das Bundesverteidigungsministerium eine einschlägige Verbindung zum „DDR“-Ministerium für Staatssicherheit zugeschrieben, die schon drei Jahre alt zu sein scheint.  
2. Wie die „Sunday Times“ berichtet, hat die Frau des düsseldorfer „Stern“-Reporters Heidemann die Quelle mit den Worten beschrieben, die gefälschten Tagebücher seien von höchster Stelle aus der „DDR“ gekommen.  
3. Nannen gibt zu, daß ein Teil der Bücher sich in der „DDR“ befand; deshalb sei ein Teil dieser „Dinge“ aus der „DDR“ geholt worden.  
Die Affäre hätte wenigstens einen Nutzen, wenn es jetzt gelänge, die Kanäle zu stopfen, durch die Ost-Berlin seit Jahr und Tag Desinformationen in die westdeutschen Medien schleust. Wenn nicht alles täuscht, dann hatte die Fälschung der Tagebücher Hitlers den Sinn, in der Bundesrepublik Deutschland eine leidenschaftliche Diskussion darüber zu entfachen, daß Hitler so schlimm gar nicht gewesen sei. Die kalkulierte Folge sollte wohl sein, die Bundesrepublik gegenüber der Weltöffentlichkeit, besonders aber gegenüber den Juden in Amerika und in Israel, in Verruf zu bringen – ein teuflischer Plan, das von Adenauer mit der Wiedergutmachung begonnene Werk der allmählichen Aussöhnung zu torpedieren.

## SPD-Votum gegen die Nachrüstung

Die Gegner der NATO-Nachrüstung in der SPD haben einen weiteren parteiinternen Sieg errungen: Der Parteitag des Bezirks Mittelrhein stimmte in Heinsberg einstimmig, daß die gesamte SPD den Nachrüstungsplänen mit einem klaren und eindeutigen Nein gegenübertritt.“ Der Antrag wurde entgegen einem Votum der Antirüstfraktion angenommen. Mehrere Redner, die dafür plädierten, einen solchen endgültigen Beschluß aufgrund der Entwicklungen der Genfer Verhandlungen erst auf einem Sonderparteitag des Bezirks im Herbst zu fassen, blieben deutlich in der Minderheit.  
Die Delegierten forderten, Aufgabe der SPD sei es, jetzt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen zu verhindern.“ Das könne auch die Aufforderung „zur Teilnahme an Aktionen gewaltfreien Widerstands gegen die Stationierung neuer, sozialdemokratischer und Friedensbewegung müssen es gemeinsam schaffen, die Bedingungen für eine friedliche Koexistenz der Völker zu verbessern.“  
Der SPD-Vorsitzende Brandt trat in den „Westfälischen Nachrichten“ für eine „Freeze“-Resolution des Bundesrates ein. Das amerikanische Repräsentantenhaus hatte ein „sofortiges, beiderseitiges und verifizierbares Einfrieren“ der atomaren Rüstung verlangt. Brandt äußerte Verständnis für den Wunsch der Sowjetunion, britische und französische Raketen in die Abrüstungsgespräche einzubeziehen.

## CSU: Klarheit im Verhältnis zu Ost-Berlin

Einem Verzicht auf die Begriffe „Kontinuität“ und „Wende“ in der Deutschlandpolitik hat der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, gefordert.  
Der CSU-Politiker erklärte auf dem Kongreß der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der Union in Bonn, an die Stelle beider Begriffe sollten konkrete Forderungen gesetzt werden. Auf diese Weise werde auch innerhalb der Koalition eine schnelle Einigung über den deutsch-deutschen Kurs möglich. „Das schließt deutliche neue Akzentuierungen, gegebenenfalls auch Meinungsunterschiede in der Koalition bei bestimmten Punkten nicht aus. Aber diese können dann in aller Offenheit beseitigt werden und gehen nicht an die Substanz der neuen Regierungsmehrheit.“  
Lintner führte den jüngsten Streit zwischen CSU und FDP auf die Verwendung mehrdeutiger Begriffe zurück, die falsche Vorstellungen vermittelten. Die FDP habe den Begriff Kontinuität in einer Art definiert und verwendet, wie sie für die Union nicht akzeptabel sei. „Sie hat nämlich, teils offen, teils zwischen den Zeilen, damit die bloße Fortsetzung der Deutschland- und Ostpolitik der Regierung der sozial-liberalen Koalition propagiert und darauf gehofft, daß die Union sich auf diese Art und Weise auf diesen Kurs würde festlegen lassen. Das ist mit Recht verhindert worden.“ Der Begriff der Wende habe bei Anhängern der Union sowie in der Bevölkerung einen viel zu hohen Erwartungshorizont aufgebaut.

## Schweden: Rätselraten über Haltung Moskaus

Suche nach fremden U-Booten verstärkt

R. GATERMANN, Stockholm  
Die Jagd nach fremden U-Booten vor der nordwestschwedischen Stadt Sundsvall hat ein Ausmaß erreicht, das sich am Wochenende streckenweise nicht mehr von einem Kriegszustand unterscheidet. Am Samstag wurden nach Angaben des Kommandos der Seestreitkräfte „mehr als zehn“ Wasserbomben eingesetzt. Gleichzeitig wurde ein größeres Gebiet für die Zivilbevölkerung gesperrt.  
Das Marinekommando ist weiterhin überzeugt davon, daß sich in der Sundsvall-Bucht mehrere fremde U-Boote aufhalten. Wahrscheinlich sind es zwei Klein-U-Boote und ihr Mutterschiff. Die Sprengung der beiden Minen Mitte der Woche hat bisher kein sicheres Resultat gezeigt, was die Militärs aber offenbar nicht überrascht. Die Taucher hätten bisher lediglich das Gebiet in unmittelbarer Nähe der Minensperre untersucht. Inzwischen ist die Suche erheblich ausgeweitet worden. Die Wasserbomben wurden von Patrouillenbooten abgeworfen, nachdem Hubschrauberbesatzungen glaubten, ein U-Boot ausgemacht zu haben. Am Samstag wurde darüber hinaus gemeldet, daß ein Klein-U-Boot vermutlich versenkt habe, eine Sperre zu überwinden. Keinen Kommentar gab es seitens der Militärs zu der Beobachtung von etwa 20 Personen, gegen Abend ein Periskop gesehen zu haben.  
In Schweden wird intensiv darüber diskutiert, warum die Sowjetunion die unerwünschten Besuche ihrer U-Boote in Schweden nicht einstellt. In der Debatte zeichnen sich zwei Hauptargumente ab. Zum einen heißt es, in der schwerfälligen sowjetischen Bürokratie sei unter Umständen eine Anweisung des Kremls, diese Spionagefahrten zu stoppen, noch nicht bis zu den entsprechenden Stellen durchgedrungen, zum anderen wird auf die starke Position des Militärs gegenüber den Politikern verwiesen, die möglicherweise die Anordnungen der Staatsführung ignorieren.  
Die „New York Times“, die sich auf Geheimdienstquellen beruft, mutmaßte, die nordeuropäischen Staaten und insbesondere Schweden würden von der sowjetischen Marine auf ihre Abwehrbereitschaft geprüft.

## Heute in der WELT

Meinungen: Die Gratwanderung von Dorothee Wilms	S. 2	Wirtschaft: WELT-Gespräch mit dem Verkehrsminister	S. 9
Schily: Die Grünen müssen sich an der Praxis orientieren	S. 4	Japan: Die großen Handelshäuser spüren die Flaute	S. 10
Aufwind für Labour treibt die Tories in die Enge	S. 5	Sport: Deutsche Turnerinnen überraschten	S. 14
Nahost: Ist Syriens Nein nicht endgültig?	S. 6	Kultur: Die 10. Frankfurter Römerberggespräche	S. 15
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern	S. 6	Aus aller Welt: Ist der Herzinfarkt eine Hormonkrankheit?	S. 16



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Post für Andropow

Von Fritz Wirth

Außenseiter tun im Wahlkampf zuweilen verzweifelte Dinge. Die britische Labour Party geht, wie sie am Wochenende selbst zugab, als Außenseiter in die kommende Unterhauswahl. In ihrer Verzweiflung sandte sie in der letzten Woche einen Brief an den Kreml. Die zu erwartende Antwort soll - so hofft sie - etwas zum Vorzeigen im Wahlkampf sein.

In diesem Brief erbittet die Labour Party vom Kreml Auskunft, ob die Sowjets bereit seien, ihr eigenes Nuklear-Arsenal um die gleiche Anzahl von Raketen und Gefechtsköpfen zu reduzieren, wenn eine künftige Labour-Regierung das eigene Polaris-Arsenal aufgibt und verschrottet.

Die Antwort der Sowjets liegt noch nicht vor. Man darf jedoch erwarten, daß sie wohlwollend ausfallen wird. Der Kreml, dessen Verhältnis zur Regierung Thatcher seit Jahren mit beiderseitiger diplomatischer Sprachlosigkeit beschrieben werden kann, ist zweifellos an einem Wahlsieg des nuklearen Abrüstungs-Feldzählers Michael Foot interessiert.

Das Besondere an dem von der Labour Party nun erbetenen Gegenangebot der Sowjets ist nur, daß sie vor einem halben Jahr auf ihrem Parteitag in Blackpool bereits das gesamte britische Nuklearpotential preis- und ersatzlos zur Verschrottung preisgegeben hatte. Nun, nachdem die Sowjets darauf beharren, das britische und französische Raketenpotential in die Genfer Verhandlungen mit einzubringen, sieht Labour plötzlich eine Chance, sich nachträglich für ihr eigenes einseitiges Abrüstungskonzept einen Preis zu holen und damit im Wahlkampf haushieren zu gehen.

Ein schlechter Handel bleibt es dennoch, denn hier opfert eine Nation ihr gesamtes strategisches Raketenlager gegen ein paar hundert taktische Nuklearraketen der Sowjets, die sie ohnehin im Überfluß haben. Ein britisches Raketenpotential im übrigen, das die gleiche Labour Party unter Führung von James Callaghan und Michael Foot in Regierungszeiten vor sechs Jahren klammheimlich zum Preis von einer Milliarde Pfund modernisieren ließ, damit es bis in die neunziger Jahre ein wirksamer britischer Atomschild bleibe.

Ein Akt nuklearer Aufrüstung also. Und das macht diese Wahlaktion so peinlich: Hier gesellt sich zur neuentdeckten einseitigen Atomaufrüstung peinliche einseitige Gedächtnisschwäche.

## Besucher, nicht Versucher

Von Carl Gustaf Ströhm

Anders als der seinerzeit aufsehenerregende Besuch des damaligen chinesischen Parteichefs Hua Guofeng vor fünf Jahren läßt sich diesmal die Reise seines Nachfolgers Hu Yaobang nach Rumänien und Jugoslawien an die internationale Position Bukarests wie Belgrads ist aufgrund verschiedener Umstände - Titos Tod oder auch die schwere Wirtschaftskrise in beiden Ländern - inzwischen nicht besser, sondern eher problematischer geworden.

Die Chinesen ihrerseits haben offenbar kein besonderes Interesse mehr, die „revisionistischen“, von Moskau unabhängigen Kommunisten Südosteuropas in ihrem Widerstand gegen die Sowjetunion besonders zu ermuntern. Hu Yaobang sprach in Bukarest von der Wiederherstellung der Einheit der kommunistischen Staaten und „dankte“ den Rumänen für ihre Mittlerdienste zwischen Peking und Moskau.

Dies ist allerdings ein seltsamer Dank: Denn die rumänische Position gegenüber dem Kreml ist heute prekärer denn je. Das Ceausescu-Regime hat nicht nur die sowjetische These von der „Diktatur des Proletariats“ öffentlich verworfen, es lehnt auch Moskaus Formel vom „realen Sozialismus“ ab. Bukarest hält auch an seinem Anspruch auf das UdSSR eingegliederte Bessarabien fest.

Werden die Chinesen, die in früheren Jahren Ceausescu in seinem Widerstand gegen Moskau zu ermuntern pflegten, ihrem Gastgeber jetzt zu bremsen versuchen? An der Peking-Politik hat sich zumindest methodisch einiges geändert.

## Schmidt und die Zaren

Von Enno v. Loewenstern

Helmut Schmidt hat sich schon einige Male als Historiker versucht. Die Folgen sind in die Geschichte eingegangen - denjenigen Teil der Geschichte, der dem weiland Professor Galletti („sie rissen ihm das Herz aus der Brust, schlugen es ihm um die Ohren und ließen ihn laufen“) einen Ehrenplatz einräumt. Unvergessen ist beispielsweise Schmidts französische Chronologie: die Revolution 1789, dann Napoleon, dann Ludwig XVI. (erst nach Hinweis aus der Öffentlichkeit im Regierbulletin geändert in „Ludwig XVIII“).

Auf ähnlichem Niveau, aber politisch viel ärgerlicher, ist die jüngste Glatzeleistung, mit der er sich in der „Zeit“ als neuer Mithrasgeber einführt:

„Rußland war und ist eine expansionistische Macht - ob unter den Zaren oder unter den Kommunisten. Sie bedarf des entschlossenen Gegengewichts - in Zukunft ebenso wie bisher.“

Der Satz ist in zweifacher Hinsicht richtig, und darum doppelt falsch. Rußland ist in der Tat heute eine expansionistische Macht, die des entschlossenen Gegengewichts bedarf. Rußland war auch schon unter den Zaren expansionistisch.

Und in der Richtigkeit dieses Teils liegt der Unfug. Rußland war früher einmal so expansionistisch wie Deutschland, England, Frankreich, Spanien, Portugal, Polen, Italien, Schweden, Dänemark, die Türkei, China, Japan, die Azteken und die Inka, von Römern und Griechen, Hethitern, Assyriern und Ägyptern, Arabern und Bantu gar nicht zu reden.

Inzwischen ist der Expansionismus aus der Mode gekommen, Selbstbestimmung und Zusammenarbeit haben ihn ersetzt. Nur da und dort gibt es rechtlose Regime, die auf Raub ausziehen. Ihnen muß man entgegengetreten; daß Schmidt dafür ist, ehrt ihn - aber der quasirassistische Bezug auf Rußland und damit „die Russen (zur Abwechslung; sonst sind es „die Deutschen oder neuerdings „die Amerikaner)“ ist unerträglich.



„Die Geschichte können Sie mir nicht anhängen, Nanneni!“ ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

## Die Gratwanderung

Von Dorothee Wilms

Die Entwicklung der Studienanfänger- und der Studentenzahlen bereitet wachsende Sorgen: 1982 lag die Zahl der Studienanfänger bei 225 000, die Gesamtzahl aller Studenten an den wissenschaftlichen und an den Fachhochschulen der Bundesrepublik Deutschland stieg erstmals auf über 1,2 Millionen an.

Die Prognosen lassen eine weitere, nicht unerhebliche Steigerung der Zahlen erwarten. Gleichzeitig sieht sich eine wachsende Zahl von Hochschulabsolventen vor bisher nicht bekannte Arbeitsmarktprobleme gestellt. Von daher wird häufig die Frage nach der Zweckmäßigkeit vermehrter Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen gestellt.

Auch im Hochschulbereich spielt die demographische Entwicklung eine entscheidende Rolle: 1980 wurden 980 000 Geburten registriert, 1986 gar 1 050 000 Geburten, aber 1978 nur noch 578 000 Geburten, das sind 45 Prozent weniger gegenüber 1986. Diese Schwankungen der Geburtenjahrgänge stellen zunächst die Bildungspolitik, später, und in sehr veränderten zeitlichen Rhythmen, auch die Beschäftigungspolitik vor schwierige Aufgaben.

Neben der Entwicklung der Geburtenjahrgänge hat sich in den letzten 20 Jahren aber auch das Bildungsverhalten der Bevölkerung drastisch verändert. Während 1960 rd. 7,3 Prozent eines Altersjahrganges die Hochschulreife erwarben, waren dies 1981 bereits 23,8 Prozent.

In dieser Entwicklung spiegeln sich mehrere Faktoren wider: Zum einen der Wunsch der Eltern, ihren Kindern einen möglichst guten Bildungsabschluß zu geben in der Erwartung, das Hochschulstudium sei der beste Weg zum wirtschaftlichen Erfolg; zum anderen die intensive Bildungswerbung der frühen 60er Jahre mit einer einseitigen auf Schule und Hochschule ausgerichteten Bildungspolitik.

Das Hochschulsystem ist überlastet, obwohl es in den vergangenen Jahren mit erheblichen schlichten und personellen Investitionen etwa um einen Faktor vier ausgebaut wurde. Gerade wegen der hohen Investitionskosten konnte die Hochschulplanung aber nicht auf den sogenannten „Studentenberg“ der geburtenstarken Jahrgänge abgestellt werden.

Die Rentner sind zwar sehr zahlreich, sie haben aber keine Lobby. Auch fühlen sich Politiker, wenn gerechnet werden muß, noch halbwegs kompetent. Was aber Krankheit ist, weiß man nicht so genau, was die Rentner sind, weiß man nicht so genau, was die Rentner sind, weiß man nicht so genau.

Die Rentner sind zwar sehr zahlreich, sie haben aber keine Lobby. Auch fühlen sich Politiker, wenn gerechnet werden muß, noch halbwegs kompetent. Was aber Krankheit ist, weiß man nicht so genau, was die Rentner sind, weiß man nicht so genau, was die Rentner sind, weiß man nicht so genau.

Die Rentner sind zwar sehr zahlreich, sie haben aber keine Lobby. Auch fühlen sich Politiker, wenn gerechnet werden muß, noch halbwegs kompetent. Was aber Krankheit ist, weiß man nicht so genau, was die Rentner sind, weiß man nicht so genau, was die Rentner sind, weiß man nicht so genau.

werden, sondern mußte im Hinblick auf die Nutzungsdauer der Hochschulbauten bereits diejenige Phase ins Auge fassen, in der die Studentenzahlen wieder zurückgehen; das bedeutet, 850 000 Studienplätze waren und sind eingeplant. Die gegenwärtige Überlast im Hochschulbereich war also eingeplant.

Parallel sinken die Beschäftigungschancen für Hochschulabsolventen in drastischer Weise. Es besteht weder in der Wirtschaft noch im öffentlichen Dienst ein wesentlicher Zusatzbedarf mehr, gleichzeitig ist der Ersatzbedarf auf längere Zeit unterdurchschnittlich.

Bildungspolitische Grundsatze muß sein, jedem Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. Im Interesse der Abiturienten aus den geburtenstarken Jahrgängen müssen wir uns daher für das Offenhalten der Hochschulen einsetzen. Die Bundesregierung ist deshalb bemüht, daß der Numerus clausus nicht ausgeweitet wird, denn die Alternative „Weitere Zulassungsbeschränkungen“ der Hochschulen wäre im Augenblick höchst problematisch.

Die Reduktion der Studienanfängerzahlen würde zur Folge haben, daß die abgelehnten Studienbewerber nach anderen Ausbildungsmöglichkeiten in der betrieblichen Ausbildung suchen. Quantitativ stehen solche Ausbildungsmöglichkeiten derzeit nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung.

Zulassungsbeschränkungen, die zu einer Senkung der bisherigen Zulassungszahlen

GAST-KOMMENTAR



Alle Bildungswege offenhalten: Dr. Dorothee Wilms, Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft

PHOTO: JUPP DÄRCHINGER

## Norbert Blüm oder Welch ein Job in dieser Zeit!

Auf den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wartet eine Herkulesaufgabe / Von Albert Müller

Das ist die Ausgangslage: Wo kann Norbert Blüm mehr sparen, bei den Älteren oder bei den Jüngeren? Die Öffentlichkeit kennt diesen Minister nicht als Herkules, sondern als Entertainer. Es mag sein, daß ihm die Schwere der Aufgabe erst bewußt wurde, als er schon im Amt war. Immerhin ist er der erste Arbeitsminister, der nicht zu verteidigen, sondern nur wegzunehmen, unzuschießen, aufzulösen hat. Jeder seiner Vorgänger hatte es leichter. Doch ist noch nicht ausgeschlossen, daß er sie alle an Einfallreichtum und Zivilcourage übertrifft.

Einstweilen wird sichtbar, daß Blüm bei der Rentenversicherung kräftig zupacken will, in der Krankenversicherung aber Zurückhaltung übt. Diesem zweiten großen Versicherungszweig droht nie eine Liquiditätskrise, weil er ohne Bundeszuschuß funktioniert. Geld kann er sich immer beschaffen. Wollte man Sparen hier erzwingen, man müßte das System ändern. Aber an solchem Versuch ist schon Theodor Blank unter Adenauer, im Besitz absoluter Mehrheit, gescheitert.

Die Rentner sind zwar sehr zahlreich, sie haben aber keine Lobby. Auch fühlen sich Politiker, wenn gerechnet werden muß, noch halbwegs kompetent. Was aber Krankheit ist, weiß man nicht so genau, was die Rentner sind, weiß man nicht so genau, was die Rentner sind, weiß man nicht so genau.

Die Rentner sind zwar sehr zahlreich, sie haben aber keine Lobby. Auch fühlen sich Politiker, wenn gerechnet werden muß, noch halbwegs kompetent. Was aber Krankheit ist, weiß man nicht so genau, was die Rentner sind, weiß man nicht so genau, was die Rentner sind, weiß man nicht so genau.

führen, sind keineswegs ohne weiteres möglich. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt nachdrücklich betont, daß über Zulassungsbeschränkungen eine Berufslösung nicht erfolgen darf.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich einige Leitlinien für die nahe Zukunft:

Alle Bildungswege müssen offengehalten werden, auch die der Hochschulen, solange diese Politik des Offenhaltens der Hochschulen nicht zu einer spürbaren Beeinträchtigung der Qualität der Lehre und Forschung führt. Die Erhaltung der Mindestqualität ist die äußerste Grenze für die Belastbarkeit der Hochschulen.

Gleichzeitig müssen die Studienbewerber stärker als in der Vergangenheit durch Information und Beratung darauf vorbereitet werden, daß das Studium keine Garantie für einen bestimmten Arbeitsplatz unter den gegebenen Umständen auch keine Garantie für einen Arbeitsplatz überhaupt gewährt.

Sobald die Beanspruchung des beruflichen Bildungssystems durch die Haupt- und Realschulabgänger - etwa ab 1985 - nachläßt, muß für die sich hier bietenden Ausbildungsmöglichkeiten bei Abiturienten stärker geworben werden. Dies wird jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn die Entwicklung- und Aufstiegsmöglichkeiten für Absolventen des beruflichen Bildungssystems erweitert werden.

Im Hochschulbereich selbst müssen Kapazitäten in denjenigen Studienbereichen, in denen die Berufsaussichten für die Hochschulabsolventen sehr schlecht sind, im Rahmen des Möglichen dorthin verlagert werden, wo die Berufsaussichten relativ günstiger sind.

Die Inhalte des Hochschulstudiums in Fächern, die gegenwärtig auf enge Berufsbilder ausgerichtet sind (z. B. Lehramtsfächer), müssen so rasch wie möglich in einer Weise reformiert werden, die den Absolventen größere berufliche Flexibilität bietet. Gleichzeitig sind Möglichkeiten der Umwidmung von Hochschulkapazitäten in Studiengänge, die größere Arbeitsmarktchancen versprechen, intensiv zu nutzen.

Die Politik des Offenhaltens der Hochschulen ist angesichts dieser Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren eine Gratwanderung, für die es aber keine Alternativen gibt.

## IM GESPRÄCH Günther Zade

### Professor und Kapitän

Von Winfried Wessendorf

Bremen ist um eine Persönlichkeit ärmer geworden. Der Chef der renommierten Hochschule für Nautik, der Professor und Kapitän Günther Zade (46), hat die Wesermetropole verlassen, um als 1. Vize-Rektor der Weltschiffahrtsuniversität (World Maritime University) im schwedischen Malmö zu dienen. Dort ist er auf eine ganz spezielle Weise für die Entwicklungshilfe tätig.

Zum Leiter der Abteilung Nautische Wissenschaften der internationalen Institution berufen, wird Günther Zade fortsetzen, was 15 Jahre lang in Bremen Aktivitäten und Engagement bestimmte: qualifizierte Ausbildung von Schiffsoffizieren und allen an Binnen- und Seeschifffahrt beteiligten Personen und Dienstleistungsunternehmen.

Die Weltschiffahrtsuniversität bietet dem Mann mit Weitblick und weltweiten Kontakten nun die Möglichkeit, international zu wirken, indem er Nautikstudenten aus Entwicklungsländern in die moderne Technologie des Seeverkehrs und der Hafenwirtschaft einführt. Die Anforderungen der internationalen Schifffahrtsorganisation IMO einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, sind Basis für Theorie und Praxis. So bauen die Studiengänge auf den internationalen IMO-Konventionen zur Schiffsicherheit, Seestraßenordnung und Verhütung von Umweltschmutzung durch Schiffe auf. In einer zweijährigen postgradualen Ausbildung vermitteln die Führungskräfte für Verwaltung, Sicherheit und maritime Ausbildungsstellen die notwendigen Kenntnisse.

Lehrthemen und Verwaltung bewältigt der Kapitän auf trockenem, landschaftlich zurückhaltend, mit trockenem Humor. Vor der von Stolz und Bedauern begleiteten offiziellen Verabschiedung durch



Kurs auf die Dritte Welt: Günther Zade

den Bremer Wissenschaftssenator Horst-Werner Franke, hatte Günther Zade kritisch eine Zusammenlegung der Hochschulfächerbereiche in Bremen kommentiert. Vier Fachbereiche waren konzentriert worden zur Hochschule Bremen, in der die Nautik nur noch einen Bereich darstellt. Zade fand das Tempo, in dem die Zentralisierung erfolgte, viel zu hoch. Seiner Meinung nach hätte sie schrittweise erfolgen sollen: „Dann wäre es leichter gewesen, Unpraktikables wieder abzuschaffen. So kämpft jeder Fachbereich für sich allein.“

Wenig Verständnis hat der Inhaber zahlreicher fachbezogener Ehrenämter - die er im übrigen beibehalten wird - für Besamementalität. Wer Erfolg haben will, müsse ständig präsent sein. So schickte nach Zades Kenntnissen der Verkauf eines Schiffssimulators nach Fernost dann, daß sich die Unterhändler des Bremer Herstellers von Marinteknik lieber zu Hause unter dem Weihnachtsbaum setzen, als beim Kunden vor Ort Tee zu trinken und zu verhandeln.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### BERLINER MORGENPOST

Wie heißt es über die mit staatlicher Förderung der sogenannten Hitler-Tagebücher:

Schadenfreude darüber, daß der anmaßende „Stern“ einer plumpen Fälschung aufgesessen ist, kann nicht das letzte Wort sein. Die Hintergründe der Fälschung bedürfen der dringenden Aufklärung. Wer steckt dahinter? Welche Kräfte hatten ein Interesse daran, daß die Biographie Hitlers in einem freundlicheren Licht erscheinen sollte? Es genügt nicht, wenn sich „Stern“-Altmagazin Henri Nannen an die Brust schlägt und sagt, das Magazin schäme sich vor seinen Lesern. Der „Stern“ muß jetzt Roß und Reiter, nämlich seine vergiftete Quelle, beim Namen nennen.

### Daily Mail

Das Londoner Blatt sagt nach dem Welt-Vorabend, die dem „Stern“ die Fälschung angedreht haben:

Außer den zwei Millionen Pfund, die der „Stern“ für die freche Fälschung gezahlt hat, was für Motive könnten noch dahinterstecken, daß ein Betrüger so einen riesigen Schwindel unternimmt? ... Wäre die „DDR“ der Fälscher, dann - so glauben westdeutsche Kommentatoren - könnte ihr Ziel die Schaffung von Zwist zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten sein, indem man „Hitler“ Gelegenheit zur Darstellung seiner Versuche, den Krieg zu beenden, gibt und gleichzeitig von anglo-amerikanischer Zurückweisung der Friedensvorschläge spricht. Andere glauben, daß hinter der Fälschung Neonazis stecken, die Hitler ein besseres Image verschaffen wollen. Worauf sie auch immer gerichtet gewesen sein mögen - die Tagebücher haben zweifellos im Jahre 1983 einige gute Reputationen beschädigt.

### MAIL ON SUNDAY

Die britische Sonntagszeitung merkt zu den leichtfertigen Behauptungen über die Hitler-Tagebücher an:

Eine der unterhaltsamsten Zeitungsstories der vergangenen Wochen war sicherlich die hastige Echtheitsklärung für die angeblichen Hitler-Tagebücher durch den Historiker Lord Dacre (Hughes Trevor-Roper) ... Das war wirklich ein pikantes Schicksalsschlag! Was für

### SUNDAY TELEGRAPH

Die Zeitung aus London schreibt zum Plan für einen Truppenrückzug aus Libanon:

Die „prinzipielle“ Annahme des amerikanischen Planes für einen allgemeinen israelischen Truppenrückzug aus Libanon ist sicherlich ein wichtiger erster Schritt in Richtung auf die Wiederherstellung von Frieden und Würde in jenem vom Kriege zerrissenen und vielfach gedemütigten Land. Doch außer den nicht näher erläuterten „Klarstellungen“, die Israel verlangt hat, gibt es noch mehr Hindernisse auszuräumen, bevor der Plan zu einer allgemeinen Lösung in der Region frei ist. Der syrische Präsident Assad muß zum Rückzug seiner Besatzungstruppen überredet werden.

### WASHINGTON POST

Das Blatt schreibt über die neuen Ergebnisse der Nahost-Mission von US-Außenminister Shultz:

US-Außenminister Shultz hat der Reagan-Regierung vielleicht ihren bisher größten diplomatischen Erfolg beschert. Als Ergebnis seiner jüngsten Nahost-Mission hat Libanon „im Prinzip“ die noch gebliebenen Vertragsbestimmungen akzeptiert, nach denen Israel bereit ist, seine Truppen aus Libanon abzuziehen. Die zusätzlichen Erklärungen, die Israel fordert, stellen nach Meinung von Shultz „keine Probleme dar“. Libanon mußte einerseits zwischen den Forderungen Israels taktieren und andererseits den Erkenntnis, daß zu weitreichende Kompromisse es verletzbar machen würde, sowohl gegenüber Fraktionen im eigenen Land als auch gegenüber den arabischen Nachbarstaaten. Israel seinerseits mußte sich entscheiden, ob es sich langfristig für eine Position der Stärke im südlichen Libanon festlegen soll oder ob es dem Vertragswerk einer Regierung zustimmen soll, die es aus einer Position der Schwäche heraus vielleicht nicht verwirklichen kann.

Der Pr  
auf Ve  
pergaß

DELTA A

PROFIS



inther Zade  
apitän



Bremer Wissenschaftler

auf die Dritte Welt: Gen  
auf die Dritte Welt: Gen  
auf die Dritte Welt: Gen

R ANDEREN

beeindruckender Sinn  
und was für ein Spaß  
es bedeutet, sich zu  
freuen, wie Gede  
und Berühmte mit  
man müßte schon ein  
haben, um sich kein  
gen zu können.

NDAY TELEGRAM

Washington Post  
schreibt über die neue  
der Nahost-Mission von  
der Shultz:

Außenminister Shultz  
Reagan-Regierung  
bisher größten diplom  
Erfolg beschied. Als  
inner jüngsten Nahost-M  
banon „im Prinzip“ die  
nen Vertragsbestimmu  
biert, nach denen Israel  
die Truppen aus Libanon  
ziehen. Die „zusätzliche  
ten“, die Shultz fordert,  
ch Meinung von Shultz  
obstet, daß Libanon mit  
eits zwischen den Partei  
zuela taktischen und an  
ler Erkenntnis, daß zu  
nde Kompromisse es  
achen würde, sowohl  
fraktionen im eigenen  
h gegenüber den arabis  
erstatten. Israel schen  
st sich entscheiden, ob  
stigt für eine Position  
im südlichen Libanon  
oll oder ob es dem Ver  
siner Regierung zustim  
e es aus einer Position  
che heraus vielleicht  
klischen kann.

Der Professor setzte  
auf Verstand und  
vergaß das Herz

Von WILM HERLYN

Herrenrunde im feinsten  
Raum des Jagdschloß  
„achen“ zu Ascheberg. Eine  
Schar Journalisten, handverlesen,  
ein hochkarätiger Politiker im Hin  
tergrundgespräch bei „Gesplek  
tem Reinkleben Allgäu Art“ und  
„Flambierten Kirschen mit Rot  
wein und Kirschwasser, Eis und  
Sahne“. Zwischen den Gängen des  
erlesenen Mahles erscheint Josef  
Porkristl, Maître de la cuisine. Er  
erwartet - wie in besseren Häusern  
üblich - ein lobendes Wort für seine  
Mühe. Der Gastgeber, des Herrn  
mit der hohen weißen Mütze an  
sichtig: „Lassen Sie abräumen und  
weiter zügig abwickeln.“

Diese Szene, die sich vor gut  
anderthalb Jahren beim traditi  
onellen westfälischen „Ascheberger  
Gesprächskreis“ abspielte, ist so  
recht typisch für Kurt Hans Bie  
denkopf. „Effizienz“ ist ihm eine  
Maxime, die menschliche Geste  
kommt zu kurz. Und ausgerechnet  
jetzt, wo er begreift, daß Politik  
nicht nur errechenbares Verhalten,  
Normen und Ideologie bedeutet,  
sondern Zuwendung und auch  
Wärme, ausgerechnet jetzt sagt  
sich die Partei von ihm los und  
wählt den Rheinländer Bernhard  
Worms zum Spitzenkandidaten der  
Union.

Dieser Partei ist er zugeflogen  
wie ein bunter, seltener Paradies  
vogel. In einer Zeit, in der die CDU  
damiederlag, sich nach der für sie  
bitteren und katastrophalen Wahl  
niederlage von 1972 kaum jemand  
für sie zu interessieren schien,  
wandte sich ihr ein Mann zu mit  
allen Etiketten des Erfolgreichen.  
Der Sohn eines Cheffingenieurs  
bei IG Farben bestand das Abitur  
unter einem glänzenden Noten  
durchschnitt von 1,55. Es folgte ein  
Politikwissenschaftsstudium mit  
Stipendium in Davidson/ North Ca  
rolina. Danach Jura-Studium in  
München und Frankfurt, dann Re  
habilitation über „Grenzen der Tarif  
autonomie“.

Schon früh wußte Biedenkopf,  
wie er sein Leben gestalten wollte:  
„Zehn Jahre Wissenschaft, zehn  
Jahre Wirtschaft, zehn Jahre Poli  
tik“ - aber immer als Primus.

Den ersten Teil schaffte er nach  
Plan: Mit 34 Jahren Professor - in  
Bochum lehrte er Handels-, Wirt  
schafts- und Arbeitsrecht - und  
wurde mit 37 Jahren Rektor, der  
„Jüngste in Deutschland“. Die Ver  
fassung der Ruhr-Universität trägt  
seine Handschrift - und er schaffte  
das ohne Drittmittel, damals all  
überall der „magische Schlüssel“  
für Entwicklungsmodelle. Kein  
Wunder, daß er Vorsitzender der  
von der Bundesregierung ein  
gesetzten Mitbestimmungskommission  
wurde, die das „Biedenkopf  
Gutachten“ 1970 vorlegte - später  
Grundlage des Mitbestimmungsges  
etzes.

Auf dem Höhepunkt seiner wis  
senschaftlichen Karriere angelangt  
beschloß er mit 40 Jahren, „in der  
Praxis zu vollziehen, was ich bis  
her gelehrt habe“. Er stieg beim  
Düsseldorfer Henkel-Konzern ein.

Doch nach zwei Jahren gab er  
auf. Denn ihm wurde bewußt, daß  
er in dem Familienunternehmen  
nie Primus werden konnte. Zudem  
war die Kluft zwischen Theorie  
und Praxis doch größer, als er sich  
das vorgestellt hatte. So kam ihm



Professor, Manager, Generalsekretär, Spitzenkandidat: Wohin geht die  
Reise des Kurt Biedenkopf jetzt?

männ arrogant, ja elitär spüren und  
auch keinen Zweifel daran, daß er  
geistige Omnipotenz beansprucht.  
„So ist das nicht“, weist er in einer  
oft gebrauchten Wendung seine  
Gesprächspartner zurecht. Er,  
Kurt Hans Biedenkopf, aber weiß,  
wie das ist.

Handelnde Personen können auf  
Biedenkopf nicht zählen. Denn  
was er für richtig erkennt, ori  
entiert sich allein an seinen Vorstel  
lungen. Das bekam Franz Josef  
Strauß ebenso wie Helmut Kohl zu  
spüren.

● 1975 rief er ohne Absprache mit  
dem Bayern Helmut Kohl zum  
Kanzlerkandidaten aus - und re  
klamirte für ihn sogar die Richtli  
nenkompetenz in der Union.  
Strauß rächte sich mit einer Sotti  
se: „Dem Bürscherl hätte man  
Kunststücker in die Schuhe schü  
ten müssen.“

● 1978 kritisierte er Kohl:  
drei Ämter (Partei, Fraktions  
führer und Kanzlerkandidat) seien  
zu viel in einer Hand. Von nun an  
favorsierte er Strauß als Heraus  
forderer von Bundeskanzler Hel  
mut Schmidt.

Der Tod Heinrich Köpplers mit  
ten im Landtagswahlkampf 1980  
machte ihn zur Nummer eins in der  
nordrhein-westfälischen CDU. Die  
Union verlor niederschmetternd -  
gewiß nicht die Schuld Bieden  
kopfs allein. Auch wenn ihm Par  
teifreunde flink vorrechneten, daß  
die Wahl in NRW so gedeutet sei,  
„hing auch mit jenem Kandidaten  
zusammen, der am Schluß dran  
war“.

Er tut wenig, Ressentiments ge  
gen sich abzubauen, eher ver  
schärft er programmierte Konflik  
te. Normale Abgeordnete, befand  
er ausgerechnet in einer Journal  
stenrunde, seien „schon sprachlich  
nicht jeder intellektuellen Anfor  
derung gewachsen“. Mit solchen  
Sprüchen konnte er gewiß nicht  
die Herzen seiner Fraktionskolle  
gen im Düsseldorfer Landtag er  
obern. Aber niemand brachte den  
Mut auf, dem „Professor“, wie er  
respektvoll in der Fraktionsge  
schäftsstelle genannt wird, Kritik  
im Gesicht zu sagen. So rumoren  
und motzen sie hinter den Kulis  
sen.

In der psychischen Anspannung  
vor der Wahl offenbarte sich Bie  
denkopf am Wochenende in der  
Mülheimer Stadthalle wie nie zu  
vor. Fast stemmte er die Hände  
der Delegierten das Bekenntnis eines  
Mannes, der ganz oben als Gener  
alsekretär der Union angefangen hat  
und nun vor der Entscheidung  
stand, zurück ins Glied komman  
diert zu werden. „Ich liebe die  
Menschen in diesem Land. Gewiß  
auf meine Weise. Und ich möchte  
den Menschen in diesem Land die  
nen. Mit dem, was ich gelernt habe  
und mit der Erfahrung, die ich ge  
wonnen habe.“

Der Beifall war noch nicht ver  
klungen, als sein Redemanskript  
verleitet wurde. Das Bekenntnis, so  
spontan und sensationell, es auch  
gekungen hatte, war pro  
grammiert - wörtlich auf den Sei  
ten 12 und 13 nachzulesen.

„Hitler-Tagebücher“: Wie  
aus dem Hit ein Flop wurde

Von UWE BAHNSEN

Drei Jahre, so erklärte die  
„Stern“-Redaktion vor zwei  
Wochen, hätten ihre Recher  
chen zu den Hitler-Tagebüchern  
gedauert. Drei Tage benötigten die  
Experten des Bundesarchivs und  
des Bundeskriminalamtes für den  
Nachweis, daß diese 60 Kladden  
gefälscht sind. Drei Stunden nach  
dieser Nachricht, die um die Welt  
ging, stand „Stern“-Herausgeber  
Henri Nannen am letzten Freitag  
vor den Trümmern seines journali  
stischen Lebenswerkes. Der 69jäh  
rige Illustriertenmacher, der dem  
Bilderblatt in drei Jahrzehnten  
journalistisches und politisches  
Profil gegeben hatte, mußte vor  
den Fernsehkameras bekennen,  
daß aus dem angeblichen Superhit  
ein Superflop geworden ist, der in  
der deutschen Nachkriegspresse  
geschichte seinesgleichen sucht.

Sir Henri, sonst bei TV-Auftritten  
stets um smarte Selbstdarstel  
lung bemüht, zeigte sichtlich Wir  
kung - so angeschlagen war er  
noch nicht auf dem Bildschirm zu  
sehen. Er kennt die unbarmherzi  
gen Spielregeln des Pressege  
werbes lange genug und wußte,  
was auf ihn herausgebrochen war.  
Wenige Minuten nach dem Woch  
ende schon in voller Schärfe ein  
gestellt hat: Der psychologische Zu  
sammenbruch einer Redaktion, die  
sich mehr oder weniger verzweifelt  
fragt, wie das Blatt in eine solche  
Schiefelage geraten konnte; die un  
ausweichlichen personellen Kon  
sequenzen, zunächst der Rücktritt  
der beiden in dieser verhängnisvol  
len Sache tonangebenden Chefre  
dakteure Peter Koch und Felix  
Schmidt, die beide einst beim  
„Spiegel“ gelernt hatten, welche  
Risiken mit dem Magazinjournalis  
mus verbunden sein können; die  
knallharten Schadensersatzforde  
rungen der ausländischen Ver  
tragspartner des „Stern“, die sich  
logischerweise gefoppt fühlen  
müssen; die notwendigerweise tur  
bulente Arbeit an neuen Heften;  
die Aufdeckung der Fälschung, bis  
in alle Einzelheiten, die im In- und  
Ausland immer dringlicher ver  
langt wird; und das alles vor dem  
Hintergrund eines weltweiten poli  
tischen Flurschadens und eines  
Goodwill-Verlustes für den  
„Stern“, dessen Dimensionen im  
Augenblick noch nicht abzusehen  
sind.

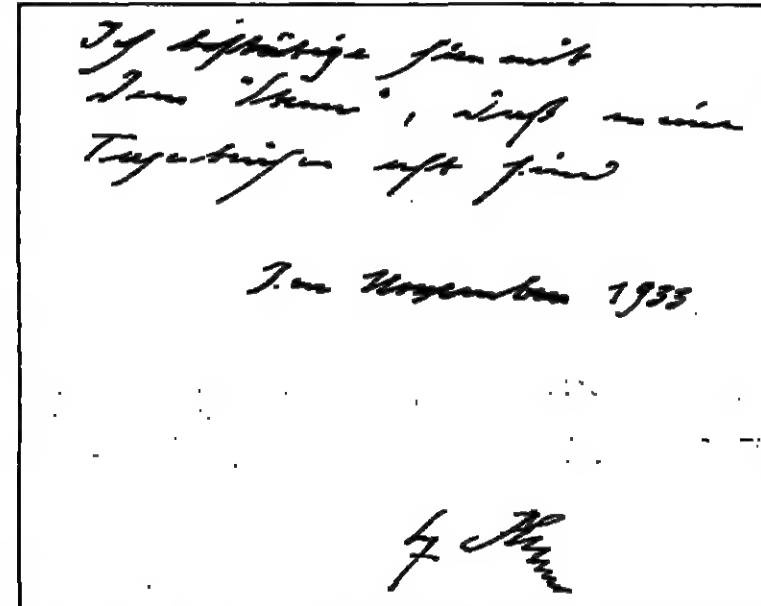
Es ist eine verheerende Bilanz,  
die Henri Nannen an diesem Wo  
chenende zu ziehen hatte. Er wird  
sich sagen müssen, daß er selbst,  
der ohnehin gegenüber dem ge  
samten Unternehmen skeptisch  
war, „den beiden betäubenden  
Chefredakteuren die den Scoop  
des Jahrhunderts für das Blatt an  
Land liehen und damit ihre Stel  
lung in der Redaktion und im Ver  
lag Gruner und Jahr endgültig un  
angreifbar machen wollten, schär  
fer hätte auf die Finger sehen müs  
sen. Denn eines ist sicher: Das De  
bakei, vor dem Verlag und Redak  
tion des „Stern“ jetzt stehen, ist  
nicht zuletzt das Resultat redak  
tionsinterner Machtkämpfe, in de  
nen Peter Koch sich durchsetzte.

Nur so ist es zu erklären, daß  
schon bei der redaktionellen Prü  
fung etwa des Bandes über den  
Fall Heß die Zeithistoriker des  
„Stern“ - deren Kompetenz und  
kritische Schulung Nannen zuvor  
noch selbst hervorgehoben hatte -  
an tumultuarischen Vorgängen auf  
dem Obersalzberg abspielte, als  
Hitler, der sich im Berghof auf  
dort zu lassen waren. Heß, so die  
drei „Stern“-Autoren Gerd Heide  
mann, Leo Pesch und Thomas Wal  
de, habe seinen England-Flug als  
Ein-Mann-Unternehmen geheim  
halten müssen und sich daher  
nicht von Bodenleitern helfen  
lassen können; ihm „gelang es, das  
dicht gestaffelte deutsche Flugab  
wehssystem zu überwinden und  
dann seinen Kurs quer zu den  
Flugwegen der deutschen und eng  
lischen Bombengeschwader zu  
steuern“. „Tatsächlich war es so,  
daß Heß, ein guter Flieger, für sein  
Unternehmen die neueste Sperrge  
bietskarte benötigte, in der die Ge  
bietsgrenzen eingetragen waren, die  
von deutschen Maschinen entwe  
der überhaupt nicht oder aber nur  
in bestimmten, vorgeschriebenen  
Höhen überflogen werden durften“ -

so Hitlers früherer Chefpilot Hans  
Baur, der auch geschildert hat, auf  
welchen Umwegen sich Rudolf  
Heß eine solche Karte besorgen  
mußte: Baur weigerte sich unter  
Hinweis auf diese „Geheime  
Reichssache“, Heß seine eigene  
Sperrgebietskarte zu überlassen,  
und schaltete in dieser delikaten  
Angelegenheit den Staatssekretär  
Erhard Milch ein: „... zu dem ging  
ich, um für Heß eine Sperrgebiets  
karte zu besorgen. Milch: „Ja, ir  
gendwo hört das Mißtrauen auf.  
Heß ist der Stellvertreter des Füh  
rers, hier ist die Karte! Gegen Quit  
tung wurde sie ausgegeben. Heß  
unterschied eine andere Quitting,  
die an Milch zurückging.“

Es ist schwer vorstellbar, daß  
Heß derartige Umwege hätte ge  
hen müssen, wenn er im geheimen  
Einverständnis mit Hitler gehan  
delt hätte. Das Risiko, von der ei  
genen Flak abgeschossen zu werden,  
hätten der „Führer“ und sein ver  
schwiegerter Paladim doch zweifel  
los erörtert, wenn Heß alle we  
sentlichen Details des Unterneh  
mens mit Hitler durchgesprochen  
hätte, wie die „Stern“-Autoren un  
ter Hinweis auf die angeblichen  
Tagebucheinträge mitzuteilen  
wußten.

Ebenso unbegreiflich ist, daß die  
Zeithistoriker der Illustrierten  
nicht stutzig wurden, als sie in der  
Heß-Kladden lasen, was Hitler unter  
dem Stichwort „Der Plan“ ange  
geben hat: Die drei mit Heß verabre  
deten Handlungsvarianten notiert ha  
ben sollte: „1. Sollte die Mission  
gelingen, und Heß hat Erfolg, hat  
er mit meinem Einverständnis ge  
handelt. 2. Wird Heß als Spion in  
England gefangengesetzt, so hat er  
mich früher einmal von seinem  
Plan Kenntnis gegeben, ich aber  
habe es abgelehnt. 3. Sollte seine  
Mission total fehlschlagen, erkläre  
ich, Heß habe in einer Wahnvor  
stellung gehandelt.“



Ich bestätige hiermit dem „Stern“, daß meine Tagebücher echt sind. Im  
November 1935 - Adolf Hitler

MIT DELTA AIR LINES KÖNNEN SIE ZWISCHEN FRANKFURT UND ATLANTA DREIFACHEN LUXUS GENIEßEN.

Schlafsaal in der Ersten Klasse. Auf Knopfdruck können Sie sich senk in unseren neuen, verbesserten Sessel sinken lassen, wenn Sie sich zurücklehnen und ausstrecken möchten. Das ist der besondere Komfort für Sie auf jedem Kilometer Ihres Fluges.

Priorität beim Verlassen des Flugzeuges und bei der Gepäckabfertigung. Wenn Sie mit Deltas Erster oder Medallion-Business-Klasse fliegen, verlassen Sie als einer der ersten Gäste das Flugzeug, nehmen Ihr Gepäck in Empfang und werden als einer der ersten beim Zoll abgefertigt.

Menüauswahl in der Medallion-Business-Klasse. Ab jetzt stehen Ihnen speziell ausgewählte Menüs zur Auswahl: Rinderfilet, Geflügel-Cordon Bleu und gefülltes Seezungenfilet. Diese Gerichte werden auf feinem Porzellan serviert. Darüber hinaus haben wir ein reichhaltiges Angebot an Desserts, Weinen, Champagner und Likören. Und außerdem wird vor der Ankunft noch ein kleiner, schmackhafter Gourmet-Snack gereicht. Die Medallion-Business-Klasse ist jetzt auch mit den neuen, breiteren Sitzen ausgestattet. Delta macht jetzt das Reisen nach Atlanta bequemer als je zuvor. Delta fliegt täglich - Abflug 11.45 Uhr - nonstop von Frankfurt nach Atlanta.

Für Informationen und Buchungen rufen Sie bitte Ihr Reisebüro oder Delta Air Lines in Frankfurt unter der Nummer (0611) 233024, Telex 416233. An das Delta-Buchungsbüro ist in der Friedensstr. 7, 6000 Frankfurt/Main. A DELTA

Tarife und Flugpläne können ohne vorherige Ankündigung geändert werden.

DELTA PROFIS AUF DER GANZEN LINIE.



## Im Streit um den Nordstrander Deich setzten sich die Politiker durch

Von BERND LAMPE

Verwaltungsgerichte haben die Schleswig-holsteinische Landesregierung schon so manches Mal in Bedrängnis gebracht. Der Bau des Kernkraftwerks Brokdorf wurde durch ein Urteil für vier Jahre gestoppt, das geplante Großflughafenprojekt Kaltenkirchen erst gar nicht verwirklicht, die Autobahn Hamburg-Berlin konnte auf Bundesgebiet nicht städtebaulich in letzter Minute gebaut werden. Und zuletzt drohte für die Vordeichung in der Nordstrander Bucht ein längerer Baustopp.

Das Obergericht in Lüneburg hob aber jetzt in letzter Instanz ein etwa einen Monat altes Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig auf, in dem die Arbeiten am Deich untersagt wurden. Etwa 8000 Menschen leben hinter dem alten Deich an der nordhiesigen Küste, der wie die sehr schwere Sturmflut vor zwei Jahren zeigte - kaum dem „Blanken Hans“ standhalten kann. Deshalb sollte im Watt ein knapp neun Kilometer langer Deich und ein Leitmole an der Halbinsel Nordstrand errichtet werden, um die Gewalt der Sturmfluten zu bremsen.

Der Lehrer Helmut Kruppe aus Nordstrand mochte sich durch den Bau des Damms an Leib und Leben bedroht. Im Prozess ging es schließlich um die Erhöhung des Wasserstandes bei Naturkatastrophen, der durch den neuen Damm nach Berechnung von Experten um bis zu 15 Zentimeter steigen kann. In ihrem Urteil meinten die Schleswiger Richter, „daß die Vordeichungsmaßnahmen infolge der Flutraumverkleinerung bei Stürmen aus südwestlicher Richtung zu einer signifikanten Erhöhung des Wasserstandes führen könnten. Dieser vom Antragsteller (Anm. d. Redaktion: Kruppe) behauptete Kausalverlauf liegt nicht außerhalb jeglichen Vorstellungsvermögens.“

In der Beschwerde des Landwirtschaftsministeriums gegen

das Urteil wurde jedoch, wie bei der Gerichtsverhandlung in Schleswig schon geschehen, noch einmal nachgewiesen, daß der Lehrer über die Höhe der Schulwahl falsche Angaben gemacht hatte. Gerade diese Warft ist besser gegen Sturmfluten gesichert als die anderen Gebäude auf dem Eiland. Und der Garten, den der Lehrer angelegt hatte und nun gefährdet sah, lag in einem Schutzstreifen, der nicht einmal bepflanzt werden darf und war somit „ordnungswidrig“.

Scharfe Geschütze hatten die Schleswiger Richter auch aufgeföhren, als sie dem Schleswig-Holsteinischen Landtag beschleunigten, die Abgeordneten hätten mit ihrer einstimmig verabschiedeten Novelle zum Landesverwaltungsrecht, durch die die Arbeit in den Behörden gestrafft werden sollte, einer „Interessenskonflikts“ bei der „Konzentration von Verwaltungsfunktionen“ Vorschub geleistet. Dadurch sei der Leiter des Amtes für Landwirtschaft und Wasserbau in Husum nämlich zugleich für den Bau und ein Anhörungsverfahren über den Deich zuständig gewesen. Dies sei schlicht eine „Rechtswidrigkeit“.

Vom Kieler Innenministerium mußten sich die Schleswiger Richter jetzt in einer Stellungnahme beschreiben lassen. Das Verwaltungsgericht ist letzten Endes einer insbesondere auch beim juristischen Nachwuchs häufiger anzutreffenden Verwechselung eines Trägers der öffentlichen Verwaltung mit seinen Behörden zum Opfer gefallen. „Und, daß das Land „nur durch eine Behörde handeln kann, liegt auf der Hand“. Das sei ein „alltäglicher Fall des Verwaltungslebens“. Die Richter des Obergerichts hätten die beiden Klagen gegen die Novelle und die zwei Beigeladenen in vier Beispielen zu einem Zehntel trafen. Macht zusammen 120 Prozent.

Kiel legte beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde gegen das Urteil ein.

experten: Heddies Andresen leitete, fragte sich allerdings, „ob technische und Verwaltungszusammenhänge nicht noch einfacher und verständlicher formuliert werden können, damit der Richter dem Grundgedanken folgen kann. Wir haben uns Mühe gegeben, das so zu machen.“ Andresen: „Das hilft aber nichts, wenn die Unterlagen vom Gericht nicht gelesen werden.“

Diese Erklärung machte im vorigen Jahr auch das Kieler Sozialministerium, das den Bau von Kernkraftwerken zwischen Nord- und Ostsee genehmigt. In einer der inzwischen mehr als zehn „Tellerichtigungsmaßnahmen“ für das Kernkraftwerk Krümmel an der Oberelbe fand das Obergericht im Sicherheitssystem „einen Mangel“, der beseitigt werden müsse. Die Richter stellten fest: „Es handelt sich um die Druckausgleichskappen in der Decke der Kondensationskammer. Diese werden im Sicherheitsbericht in einem einzigen Satz und sonst nirgends erwähnt, weder in der Konzeptgenehmigung, noch in der späteren Genehmigung oder in einem dem Senat zugänglichen Gutachten. Gleichwohl handelt es sich dabei um ein für die Sicherheit der Anlage bedeutsames Detail.“

Doch der Kieler Sozialminister mußte die Richter darauf hinweisen, daß in fünf Berichten bzw. Gutachten die Funktion dieser Ventile erläutert worden war. Auch hieß es in dem Urteil: „Die besagten Klappen sollen indes in Öffnungen von insgesamt einigen Quadratmetern... verschlossen. Die vier Sicherheitsklappen sind jedoch zusammen nur 1,17 Quadratmeter groß.“

Bei der Verteilung der Gerichtskosten im Urteil sollten die drei Klagen je zwei Zehntel und die zwei Beigeladenen je ein Zehntel trafen. Macht zusammen 120 Prozent.

Kiel legte beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde gegen das Urteil ein.

## Schily: Die Grünen müssen sich an der Praxis orientieren

Bundesausschuss tagte in Bonn / Deutliche Kritik am Parteivorstand

STEFAN HEYDECK, Bonn. Die Grünen sind mit sich zufrieden. Zumindest was ihre Bundestagsfraktion angeht. Nach der dreitägigen Plenarsitzung über die Regierungserklärung fühlen sich die 28 Abgeordneten gestärkt. Das gilt nach den internen Querelen und Anlaufschwierigkeiten so wohl für die Innerebene als auch für die Partei gegenüber. So meinte gestern Otto Schily als einer der drei Fraktionssprecher: „Die Fraktion konzentriert sich nicht nur darauf, sich mit sich selbst zu beschäftigen.“

Dazu kam es aber bereits am Wochenende wieder weitgehend auf der Sitzung des Bundesausschusses in Bonn: Die etwa 70 Mitglieder des höchsten Gremiums der Grünen zwischen den Parteitagen schritten über Personalfragen und Kompetenzen.

So gaben sie die Auflösung des dreiköpfigen „Ständigen Ausschusses“. Seine Mitglieder sollen von der Parteiseite her die Arbeit der Abgeordneten kontrollieren, bei wichtigen personellen Entscheidungen der Fraktion mitwirken und die Verbindung zum Bundesausschuss halten. Dagegen gab es aber nicht nur bei den Parlamentariern Vorbehalte. So hatten die Grünen aus Baden-Württemberg das von ihnen gewählte Mitglied zurückgezogen. Denn die Abgeordneten, so die Argumentation, seien in erster Linie

der Basis vor Ort und nicht den Führungsgremien gegenüber verantwortlich. Nach einer kontroversen Diskussion wurde am Nachmittag die Auflösung des Ausschusses abgelehnt.

Bereits am Samstag hatte der Parteivorstand deutlich die Kritik des Bundesausschusses zu spüren bekommen, weil er seinen Geschäftsführer Lukas Beckmann entlassen wollte. Zur Begründung war ihm in einem Antrag bei sieben gegen drei Stimmen mangelnde Kooperationsbereitschaft und das Betreiben einer eigenen Politik angelastet worden.

Aufgrund des Widerstands mußte der Vorstand noch am Samstag schriftlich erklären, daß Beckmann weiter im Amt bleibt. Allerdings wurde gleichzeitig eine klare Kompetenzverteilung zwischen Vorstand und den beiden Geschäftsführern gefordert. Noch ob ihm zunächst, ob die beiden Parteifunktionäre in das Rotationsprinzip einbezogen werden sollen. Allerdings wandte sich Schily gegen eine „Kavallerie der Prinzipienreiterei“. Man müsse sich vielmehr an der Praxis orientieren.

Der Hauptausschuss hatte sich gegen die Art und Weise des Vorgehens und des Umgangs gewandt. Beanstandet wurde, daß die Verantwortlichkeit einer Vorstandsklausurtragung gebrochen worden war. So sprach Rudolf Bahro von einer

„Wegwerf-Mentalität“ gegenüber Mitarbeitern und von „gekränkten Eitelkeiten“, weil Beckmann neben Petra Kelly „einen der wichtigsten Beiträge zum Aufstieg der Grünen geleistet“ habe. Mit dem Rückzieher des Vorstands scheinen die Auseinandersetzungen in der Führung nunmehr zumindest bis auf weiteres ausgetümpelt zu sein.

Dagegen werden sich die Grünen weiter mit der Frage der Diktatur für die Abgeordneten und deren Nachrücker befassen. Hier war es zum Konflikt gekommen, weil nach dem Beschluß von Siedelfingen jeder nur ein „Facharbeiterkompetenz“ beziehen sollte. Tatsächlich aber hätte sich das Bruttoeinkommen für die Nachrücker bis zu 1000 Mark belaufen, weil anders als bei den Abgeordneten die ihnen zugewiesene 1500-DM-Aufwandspauschale zu versteuern ist. Ein Ausweg soll jetzt dadurch gefunden werden, daß sie ihre Aufwandskosten pro Einzelbeleg und damit steuerfrei abrechnen. Endgültig gelöst werden soll das Problem „Facharbeiterlohn“ von einer neuen dreiköpfigen Kommission.

Nach der ersten Sitzungswoche sehen sich die Grünen nach wie vor gegenüber den anderen Fraktionen benachteiligt. So wollen sie auch trotz der Ablehnung durch CDU/CSU und SPD weiter auf einen Sitz in der G-10-Kommission bestehen. Dazu planen sie bereits eine Gesetzesinitiative.

## Galinski: 8. Mai Tag der Befreiung

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat sich dagegen gewandt, den Tag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 als „Zusammenbruch“ zu bezeichnen. Der Erinnerungstag als „Tag der Befreiung“ begangen werden, empfahl Galinski.

In der Epoche des Nazismus, die mit dem 8. Mai 1945 ihren Abschluß gefunden habe, sei es für die jüdischen Menschen nicht allein um Freiheit oder Knechtschaft, sondern um Leben oder Tod gegangen.

Es sei allgemein bekannt, daß der vollständige Sieg der Alliierten über die NS-Diktatur die unabdingbare Voraussetzung für das Entstehen unserer demokratischen Ordnung gewesen sei.

## Kruse warnt vor jeglicher Nötigung

AP, Berlin. Gegen „gewaltfreie Aktionen“ der Kirche in den Auseinandersetzungen um Friedens- und Abrüstungsfragen hat sich der Berliner evangelische Bischof, Martin Kruse, gewandt. Kruse sagte vor der Regionalversammlung der Berlin-Brandenburgischen Kirche, daß die Kirche keine derartigen Aktionen veranstalten werde. Außerdem warnte er davor, mit dem Begriff „gewaltfrei“ zu hantieren. Nach seiner Auffassung stelle bereits ein Hungerstreik eine Form von Gewalt dar. Das Leben eines anderen „vor die Füße zu legen und ihm die Verantwortung aufzubürden“ könne schlimmer sein, „als wenn mir jemand den Finger abhackt“, bemerkte Kruse. Die Kirche dürfe man „sich einander nicht nötigen“.

## Wieder Großer Zapfenstreich

ms. Taubertschheim. Erstmals seit dem Amtsantritt von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) im letzten Oktober hat die Bundeswehr wieder den Großen Zapfenstreich in der Öffentlichkeit gespielt. Minister Wörner hatte dazu das 25jährige Bestehen des 12. Panzerregiments in Taubertschheim am Wochenende zum Anlaß genommen. In seiner Ansprache erklärte Wörner, die Bundeswehr sei Teil der Gesellschaft. Er wolle mit seiner Teilnahme an dem „Großen Zapfenstreich“ bewußt ein „Zeichen“ setzen. Wörner: „Ich bin entschlossen dafür, daß sich unsere Soldaten der Öffentlichkeit zeigen.“ Der Minister erklärte, die Bundeswehr leiste Friedensdienst und habe „keinen Grund, sich zu schämen oder sich zu verstecken“. Er könne es nicht befahlen, aber er wolle die Bundeswehrsoldaten ermutigen, in der Öffentlichkeit Uniform zu tragen. Wörner: „Die Zeit ist zu Ende, in der eine lautstarke Minderheit versucht hat, das Gesetz des Handelns der übrigen Mehrheit aufzuheben. Es gibt bei uns kein Monopol auf friedliche Gesinnung.“ Frieden und Freiheit wolle das ganze Volk, betonte Wörner.

## Initiative für Jahr der Vertriebenen

AP, Bonn. Die „Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung“ der CDU/CSU hat die Bundesregierung aufgefordert, sich bei den Vereinten Nationen für die Proklamation eines Jahres der Vertriebenen einzusetzen. In einem von der Bundesdelegiertenversammlung der Vereinigung verabschiedeten Antrag wird die Forderung mit den fortwährenden Vertriebenen begründet. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Hopka wurde von den Delegierten ohne Gegenstimme für weitere zwei Jahre in seinem Amt als Vorsitzender der Vereinigung bestätigt.

## Altenburg zu nuklearem Erstsatz in Europa

Generalinspekteur sprach vor Kommandeuren in Eichholz

RÜDIGER MONIAC, Bonn. Eine bemerkenswert einhellige Analyse der sowjetischen Außenpolitik haben ein führender Bonner Politiker und der erste Soldat der Bundeswehr bei einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung gegeben. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Maier, zeigte die Sowjetunion als beachtliche Gefahr nicht ihr großes Militärvorteil, sondern die Gefahr der Demokratie. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, analysierte, die Sowjetunion könne die Militärstrategie der NATO sehr genau. Deshalb habe sie auch versucht, mit ihrer SS-20-Rüstung gerade in deren Lücke in der Reaktionsfähigkeit und damit Glaubwürdigkeit hineinzusteuern. Aus politischen wie militärischen Gründen habe deshalb insbesondere der deutsche Teil der NATO auf den Abschluß des Doppelbeschlusses gedrungen.

Mertes und Altenburg sprachen zeitlich getrennt voneinander auf einer in Eichholz bei Bonn von der Stiftung zum ersten Mal für Kommandeure der Bundeswehr veranstalteten Fachtagung über außen- und sicherheitspolitische Probleme dieses Jahrzehnts. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt gab vor den Offizieren seiner Überzeugung Ausdruck, daß im „Wettstreit der Systeme“ zwischen West und Ost auf lange Sicht der Freiheitgedanke vor dem Totalitarismus die Oberhand gewinnen und diese Tendenz auch die Sowjetunion in ihrem Innern ganz entscheidend verändern werde. Altenburg nahm sehr dezidiert zum Erstsatz im Rahmen der NATO-Strategie der flexiblen Erwidrerung Stellung und sagte, auf absehbare Zeit sei für ihn

unmöglich zu erkennen, daß die Allianz davon absehen könne, zur Kriegsverhinderung auf dem nuklearen Erstsatz zu bestehen. Der Erstsatz, wie ihn die NATO militärisch operativ für das „Gefechtsfeld“ in Europa, falls erforderlich, planerisch vorbereite, führt nach Worten des Generalinspektors keineswegs zwangsläufig in den allgemeinen Atomkrieg auf unserem Kontinent. Im Gegenteil, sagte er, sei dieser Erstsatz dazu geeignet, den vom Osten mit konventionellen Waffen begonnenen Krieg zum Stehen zu bringen und auf diese Weise wieder „die Abschreckung herzustellen“.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Peter-Kurt Würbach, kündigte sowohl vor dem Kommando als auch anschließend vor den Delegierten einer Versammlung des Reservistenverbandes in Gelsenkirchen an, daß die Bundeswehr zur Deckung der ihr zum Ende des Jahrzehnts drohenden Personallicke auch Wehrpflichtige heranziehen werde, die nach heute gültigen Bestimmungen gesundheitlich zum Wehrdienst untüchtig seien. An eine Verlängerung des Grundwehrdienstes von heute 15 auf 18 Monate jedoch werde erst dann gedacht, wenn „Wehrfähigkeit hergestellt“ sei.

Die 300 Reservisten-Delegierten versammelten in Gelsenkirchen eine Resolution, in der sie die Kultusminister einstimmig aufforderten, die Dissonanzen zu überbrücken und die seit zwei Jahren überfällige Empfehlung zur Behandlung der Friedens- und Sicherheitspolitik zu beschließen. Ein „gemeinsames Impulse“ der Kultusminister solle die Lehrer in ihrem Bemühen bestärken, „den Schülern die für die Wahrung des Friedens in Freiheit wesentlichen Sachverhalte zu vermitteln“.

## Ratzinger: Notfalls Konfrontation

KNA, Hamburg. Eine Verpflichtung der Kirche, verstärkt die Rolle des prophetischen Kritikers zu übernehmen und „notfalls“ auf Konfrontation zu gehen, wo die Güter der Menschheit und die moralischen Güter des Glaubens es verlangen, hat der Prälat der Glaubenskongregation im Vatikan, Kardinal Joseph Ratzinger, herausgestellt. Insofern fände er „in sich selbst“, daß die amerikanische katholische Bischöfe den „Mut“ gehabt hätten, sich quer zur Politik zu legen, sagte Ratzinger unter Bezugnahme auf das Hirtenwort der US-Bischöfe in einem Interview des „Spiegel“.

Ziel einer realistischen Friedenssuche sei es, sich nicht der „Diktatur der Tatsachen“ zu unterwerfen, sondern sie moralisch zu verändern, hebt Ratzinger hervor. Das „eigentliche Elend“ sei, daß nur „brutale Fakten“ zählten und moralische Prinzipien im Grunde als unwirksam beiseite geschoben würden. Der Kardinal: „Die Schwäche der Kirche in dieser Zeit ist doch die Schwäche der Moral.“ Wenn moralische Aussagen der Kirche zu nichts führten, spreche das nicht gegen solche Appelle, sondern gegen die „Verteilung der Wirklichkeitskräfte in unserer Welt“. Hier zeige sich, daß etwas nicht stimme in der Werbung dessen, was Realität sei.

Ratzinger, der das Friedenswort der amerikanischen Bischöfe als „rationale Anwendung der Bergpredigt“ wertet, ist der Meinung, wenn eine militärische Abschreckung erreicht sei, die zugleich auch Verhandlungen erzwingen, dürfe es mit der Rüstung nicht mehr weitergehen. Er hält es für notwendig, Verständnis für die schützenden Interessen der Gegenseite aufzubringen. Auch wenn der Gegner möglicherweise böse sei, habe er doch „legitime Interessen“.

## Jeder zwölfte Berliner lebt vom Staat

Senator Kunz fordert Konzentration der Sozialhilfe auf die wirklich Bedürftigen

hbk, Berlin. Berlins Finanzsenator Gerhard Kunz - als früherer parlamentarischer Geschäftsführer von Helmut Kohl - hat in Anwesenheit von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg im Finanzplanungsausschuss des Bundes die Sozialleistungen des Staates auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren. Andernfalls drohe die „Explosion“ der Sozialhilfeausgaben die öffentlichen Haushalte „in ihren Fundamenten zu erschüttern“.

Als Beispiel führte Kunz in seiner Rede die katastrophale Entwicklung in Berlin an: Die Stadt muß in diesem Jahr etwa 1,6 Milliarden Mark - das sind rund 15 Prozent der gesamten Sozialhilfe - für rund 150 000 Sozialhilfeempfänger ausgeben. Besonders durch die inzwischen etwa jeder zwölfte Berliner staatliche Unterstützung.

Etwa 30 000 Bezahler leben in Heimen, bei denen der Senat fast die gesamten Unterbringungskosten tragen muß. Berlins Sozialhilfeempfänger gehören immer häufiger jüngeren Jahrgängen an. 17

Prozent von ihnen sind erst zwischen 15 und 25 Jahre alt.

Der Senat muß morgen mit 130 Millionen Mark praktisch den halben Betrag des gesamten Nachtragshaushalts 1983 nur für weitere Sozialhilfemaßnahmen bewilligen. Berlin steht mit seinen bereits 1982 aufgewandten rund 1,2 Milliarden Mark an der Spitze sämtlicher Großstädte und Ballungsräume der Bundesrepublik.

Hamburgs Sozialhilfekasse wurde 1982 mit rund 800 Millionen Mark in Anspruch genommen.

München rechnet 1983 mit Mehrausgaben von rund 50 Millionen Mark.

Nach Berechnungen des Deutschen Städtetages steigen die Ausgaben der Städte und Gemeinden 1982 für die „Hilfen zum Lebensunterhalt“ in der gesamten Bundesrepublik um rund eine Milliarde Mark.

In seinem Vortrag im Kreis sämtlicher Länderfinanzminister machte Senator Kunz ausdrücklich auf Berlins eigene Bemühungen aufmerksam, die Ausgaben zu einzudämmen: So erhalten Asylbewerber kein Bargeld mehr, sondern nur noch Gutscheine. Binnen eines Jahres sank auch, durch diesen

Schritt bedingt, die Bewerberzahl von 18 000 auf 12 000, was eine Sozialhilfeparsimonie von 20 bis 30 Millionen Mark pro Jahr ausmacht.

Berlin sieht jetzt auch stärker als zuvor dafür taugliche Sozialhilfemaßnahmen zu gemeinsamen Arbeiten bei Gartenbau- und Fortstärken heran.

Zur grundsätzlichen Problematik erklärte Kunz vor dem Planungsausschuss: „Steigende Kosten können nicht länger durch eine immer stärkere Belastung der arbeitenden Menschen getragen werden. Es ist ohnehin der Eindruck entstanden, daß jüngere Sozialhilfeempfänger zum Teil höhere Nettoeinkommen als Arbeitnehmer unterer Lohngruppen haben.“

Bund, Länder und Gemeinden müssen „verhindern, daß Mißbrauch überdurchschnittlich von Gesetzgebenden Sozialleistungen in Anspruch genommen werden und damit der Sozialstaat insgesamt in Mißkredit gebracht wird“.

Kunz betonte abschließend: „Alles in allem führt kein Weg daran vorbei, daß die Sozialleistungen auf diejenigen konzentriert werden müssen, die ihre sozialen Probleme nicht allein lösen können.“

## Richter und die politischen Grenzen

Senator Scholz warnt auf Verwaltungsrichtertag in Berlin vor Kompetenzüberschreitung

F. DIEDERICHS, Berlin. Der Appell des Berliner Senators für Bundesangelegenheiten dürfte dem Gros der mehr als 1000 Verwaltungsjuristen noch in den Ohren klingen, als sie Berlin schon längst den Rücken gekehrt hatten. Die Aufforderung des Senatspräsidenten Rupert Scholz zum Ausklang des 7. Deutschen Verwaltungsrichtertages, in der Rechtssprechung der „Verlockung von Kompetenzüberschreitungen“ zu widerstehen und die Grenze der Politik zu respektieren, blieb ebenso wenig unwidersprochen wie die Thesen der Referenten, die während der Tagung in acht Arbeitskreisen zu aktuellen verwaltungsrechtlichen Problemen zum Meinungsaustausch und kontroverser Diskussion aufgerufen hatten.

Im abschließenden Podiumsgespräch zur „Gesellschaftlichen Akzeptanz verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen“ schälten sich die Schwierigkeiten heraus, die derzeit deutsche Verwaltungsrichter in der Trennung von öffentlichem Recht und Politik sehen. „Unvermeidlich“, so der von einem nordrhein-westfälischen Verwaltungsrichter eingebrachte Standpunkt,

sei das Einwirken zahlreicher Entscheidungen in die Politik und das politische Kräftefeld.

Vom Gesetzgeber „häufig allein gelassen“, müsse sich der Richter heute notgedrungen auf politische Gebiete vorwagen, „da durch Gesetzestexten auch bestimmte Regelungsmuster fehlen“. Die Verwirklichung des Rechts, so die mit großer Zustimmung bedachte These, dürfe aber nicht zu einer Beteiligung am „Kampf um die Macht“ führen. Eine Chance, „mehr Vertrauen beim Bürger zu schaffen“, trauert der Vorsitzende des Bundes Deutschen Verwaltungsrichter (BDVR), Georg Häring (Mannheim) in der „Drosselung der politischen Aktivitäten der Verwaltungsrichter“. Anwaltsvertreter appellierten bei diesem Thema an die Verwaltungsrichter, ihre Rechtssprechung „mehr am Horizont des Bürgers auszurichten“, und kritisierten die „langen Verfahrensdauern“ bei Verwaltungsgerichten.

Zu bislang nur in Verwaltungsgerichten und Richtlinien geregelten Fragen zur Integration der Ausländer im Bundesgebiet und Regelung des Familiennachzugs erhoben sich die Verwaltungsjuristen vom Gesetzgeber ein klares Wort;

das Asyl- und Ausländerrecht charakterisierten kritische Stimmen als „juristischen Fischdreck, in dem jeder nach Belieben herumwühlen konnte“.

Auf verfassungsrechtliche Bedenken stieß bei den Verwaltungsjuristen die Praxis von Bundesländern, die Veranstalter von Versammlungen und Demonstrationen mit den Kosten der Straßenreinigung zu belasten. Eine „wenig einheitliche Rechtsprechung“ kennzeichnete auch die Frage der Kostenhaftung für willkürlich durch technisches Versagen ausgelöste Feuerschäden. Als Kernpunkt von Diskussionen eines Arbeitskreises stellte sich das bisher noch nicht juristisch ausgelöste Problem dar, ob Demonstrationen gegen den Kosten eines gegen sie angewandten Zwanges herangezogen werden könnten. In Prozessen zu dieser Frage erwarten die Verwaltungsjuristen eine Anfechtungsquote, welche die „ohnehin hohe Belastung der Verwaltungsgerichte noch weiter verstärken“. Nicht zuletzt werde auch die Frage zu klären sein, ob eine „Gebührenpflicht“ für Demonstranten gegen im Grundgesetz verankerte Rechte verstößt.

## Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

- Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

- Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen- und klagebefugt ist.

- Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentrallausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW  
Abt. Kommunikation  
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Bitte senden Sie mir die Informationen über Abmahnungen an folgende Anschrift:

Name: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

ZAW  
Zentrallausschuß der Werbewirtschaft e.V.  
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2



### Galinski: 8. Mai Tag der Befreiung

Der Vorsitzende der DPJ-Gemeinde zu Berlin, Henry Galinski, hat sich dagegen gewandt, den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung zu bezeichnen. Der 8. Mai sei als Tag der Befreiung zu werden, empfahl Galinski. In der Epoche des Zweiten Weltkriegs habe er sich für die Befreiung der Menschen nicht umsonst um Leben und Tod gekümpft.

Es sei „allgemein bekannt“, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung der deutschen Bevölkerung von der NS-Diktatur sei. Galinski forderte die Bundesregierung auf, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu bezeichnen.

### Kruse warnt vor jeglicher Nötigung

Gegen „gewaltfreie Revolution“ in der DDR warnte der evangelische Bischof, Hans-Joachim Kruse, vor jeglicher Nötigung. Er forderte die DDR-Regierung auf, die Menschenrechte zu achten und die Freiheit der Meinungsäußerung zu gewährleisten.

### Nkomo will Bürgerkrieg verhindern

Zimbabwe Ex-Minister wirft Mugabe Errichtung eines Einpartei-Staates vor

CLAUS GEISSMAR, London. Nur 300 Meter von der Hyde Park Corner entfernt, wo sich jeder auf eine Seifenblase stellen kann, über Gott und die Welt reden kann, lebt Joshua Nkomo in einer möblierten Londoner Wohnung. Der Politiker aus Zimbabwe, in dessen Heimat bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen und wo in den letzten Wochen 3000 bis 4000 Menschen starben, zieht das Einzelinterview den lauten Worten auf einer Seifenblase vor.

Sein seit März andauerndes Londoner Exil ist eine Paradoxie. Einst steckten ihn die Briten als Aufständischen ins Gefängnis. Nach zehn Jahren Haft, sieben Jahren im Exil und mehreren Jahren als Guerillaführer im Untergrund war Nkomo bis Anfang 1982 Zimbabwes Innenminister. Jetzt braucht er den Schutz der Engländer, weil Zimbabwes Premierminister Robert Mugabe damit begonnen hat, das Land nach sozialistischen Vorbildern in einen Ein-Parteien-Staat umzuwandeln. Mugabe geht dabei immer skrupelloser vor. Seine von nordkoreanischen Offizieren ausgebildete „5. Brigade“ wird im Matabeland, der Heimat Nkomos, wie eine staatliche Mörderbande gefürchtet. Während sich Nkomo in London sicher fühlen kann, lebt seine Familie unter Hausarrest.

WELT: Wie lange bleiben Sie noch als politischer Flüchtling in Großbritannien?

Nkomo: Ich arbeite an Plänen, die ich der Regierung in Harare vorlegen werde. Wir müssen uns einigen. Sonst droht Zimbabwe ein Bürgerkrieg. Das wäre furchtbar.

WELT: Wird es Robert Mugabe gelingen, aus Zimbabwe einen sozialistischen Ein-Parteien-Staat zu machen?

Nkomo: Diese Pläne sind verfassungswidrig. Mugabe steht für dieses Ziel nur ein Weg offen: Er muß die Verfassung ändern. Das kann er ohne mich nicht. Ich werde das daher verhindern.

WELT: Von London aus ist das unmöglich. Suchen Sie internationale Kontakte?

Nkomo: Wir sind ein unabhängiger Staat. Ich habe weder mit der britischen Regierung noch mit anderen Staaten Verhandlungen geführt. Für jedes Land, das sich für Zimbabwe interessiert, gibt es nur einen Weg – offizielle Kontakte über das Außenministerium in Harare.

Ich mische mich nicht in Außenpolitik ein.

WELT: Aber Sie sprechen von Bürgerkrieg. In solchen Situationen werden einzelne Gruppen oft vom Ausland unterstützt.

Nkomo: Ich will einen Bürgerkrieg vermeiden. Wenn es dazu käme, wäre es tragisch. Daß kämpfende Truppen Hilfe brauchen, ist mir klar. Woher sie kommt, wäre egal.

WELT: Wie groß sind die Chancen, sich mit Mugabe doch noch zu einigen?

Nkomo: Mugabe und seine verfassungswidrige 5. Brigade, die nicht staatlich ist, sondern auf das Kommando des Zentralkomitees der Mugabe-Partei Zanu hört, sind zu brutaler Gewalt übergegangen. Ich stehe täglich mit meinen Parteifreunden telefonisch in Verbindung. Aber meine Zanu-Partei kann nicht mehr normal arbeiten, weil Versammlungen von ministeriellen Genehmigungen abhängig sind. Mugabe muß seine Gewaltmethoden aufgeben und die Mordkommandos zügeln. Nur dann ist eine Einigung möglich. Wenn er das nicht tut, kann er auch das Volk nicht gewinnen und hat selbst keine Zukunft. (SAD)

### Aufwind für Labour treibt Tories in die Enge

Unterhaus-Wahlen schon im Juni scheinen ratsam / Auch die Krise der sozial-liberalen Allianz gilt es zu nutzen

FRITZ WIRTH, London. Großbritannien bereitet sich auf Wahlen innerhalb der nächsten sechs Wochen vor. Noch bevor Premierministerin Margaret Thatcher gestern auf ihrem Landsitz in Chequers mit engsten Beratern zu einer Strategie-Konferenz zusammentraf, gab es in Westminster kaum noch Zweifel, daß im Juni gewählt wird, und daß es auf dieser Konferenz nur noch um die endgültige Festlegung eines genauen Termins im Juni ging. Zur Debatte stehen der 9., 16. und 23. Juni (Wahlen finden in Großbritannien jeweils an einem Donnerstag statt). Dabei bietet sich der 23. Juni als wahrscheinlichster Termin an, weil er Frau Thatcher noch die Möglichkeit gäbe, zuvor den Wahlwirksamen Weltwirtschafts-Gipfel in Williamsburg zu besuchen.

Frau Thatcher hat bisher stets einen Wahltermin im Oktober bevorzugt. Die jüngsten Ereignisse und besonders das Ergebnis der Gemeindewahlen am letzten Donnerstag haben die Mehrzahl ihrer Berater – vor allem Innenminister Whitelaw, Arbeitsminister Tabbit und Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe – jedoch überzeugt, daß frühe Wahlen den Tories die besten Siegchancen bieten.

Abgesehen von Entwicklungen im wirtschaftlichen und finanzpolitischen Bereich machen zwei parteipolitische Trends eine frühe Wahl für die Tories ratsam: Zum einen ist nach Jahren der Krise eine Stabilisierung innerhalb der Labour Party erkennbar, zum anderen ist in den letzten Wochen deutlich geworden, daß die sozialliberale Allianz sich in einem Stimm- und Stimmungstief befindet. Es liegt nahe, diese Krise zu nutzen. Sicher jedenfalls ist, daß die Zeit für die Labour Party arbeitet und daß angesichts des wachsenden Stabilisierungsprozesses der Partei ein Wahltermin im Oktober für sie günstiger wäre als für die Konservativen.

Zwei Meinungsumfragen haben diesen Regenerationsprozeß der Labour Party bestätigt. So hat nach einer gestern veröffentlichten Meinungsumfrage des „Observer“ die Labour Party mit 38 Punkten ihren höchsten Stimmenanteil seit Mitte 1981 zu verzeichnen. Sie liegt damit nur noch um acht Punkte hinter der Konservativen Partei. Nach einer Meinungsumfrage der „Daily Mail“ liegt der Stimmenanteil der Labour Party bei 34 Prozent gegenüber 47 Prozent für die Konservative Partei.

So unterschiedlich die Zahlen sein mögen – sie zeigen doch einen übereinstimmenden Trend: Der konservative Wählerstamm ist relativ stabil, während der Anstieg des Wähleranteils der Labour Party fast ausschließlich auf Kosten der sozialliberalen Allianz geht, die mit 15 beziehungsweise 18 Punkten weit hinter die beiden großen Parteien zurückgefallen ist.

Diese Krise ist besonders alarmierend für den sozialdemokratischen Partner der Allianz, die SDP, muß nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge befürchten, bei der bevorstehenden Wahl ihre gesamte Führungsspitze, die sogenannte „Vierbande“ (Roy Jenkins, David Owen, Shirley Williams und William Rodgers) zu verlieren. Alle vier werden jedenfalls große Schwierigkeiten haben, ihre Unterhausitze zu verteidigen.

Der neugewonnene Optimismus der Labour Party schimmerte am Wochenende deutlich auf einer zweitägigen Arbeitskonferenz des Parteivorstandes mit britischen Gewerkschaftsführern durch, auf der die Gewerkschaftsbosse den Entschluß faßten, mit einem Zuschuß von 2,5 Millionen Pfund (knapp zehn Millionen Mark) praktisch den gesamten Wahlkampf Labour zu finanzieren. Als Preis dafür erhielten sie ein entscheidendes Mitspracherecht im bevorstehenden Wahlkampf eingeräumt: Die Gewerkschaften werden mehr als 400 Gewerkschaftsfunktionäre abstellen, um der Labour Party besonders in jenen 100 von insgesamt 650 Wahlbezirken zu helfen, die Labour den Tories abnehmen muß, um am Wahltag eine Wende herbeizuführen.

Trotz allem Optimismus, den die Partei zur Schau trägt, weiß man in der Labour-Führung dennoch, daß man nur mit einer Außenseiterchance in eine Juni-Wahl geht. Ihr Generalsekretär John Mortimer gab zu: „Wir haben noch einen langen Weg zurückzulegen, bevor wir bei einer Unterhauswahl wieder eine absolute Mehrheit gewinnen können.“

## Um zum Frieden zu gelangen, zum Frieden erziehen.

PAPST PAUL VI.

VOLKSLAND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE EV  
35 KASSEL WERNER-HILPERT-STRASSE 2  
POSTFACHKONTO HANNOVER 1033 60-01

### Seitenweise praktische Erfahrung

#### NEUERSCHEINUNG

Wissenswertes über Mahnverfahren, Zwangsvollstreckung und Konkursverfahren bietet der Band 10 der Reihe RECHTSRATGEBER FÜR DIE WIRTSCHAFTSPRAXIS von Richter Wolfgang Rogalla „Was tun, wenn der Schuldner nicht zahlt?“.

Fundierte rechtliche Kenntnisse zur Sicherung und Beitreibung von Außenständen, ergänzt durch Formulärmuster und aufschlußreiche Beispiele. 1. Auflage 1983. 152 Seiten. Kartoniert. 32,80 DM. Art.-Nr. 1023. ISBN 3-7783-0209-4.

#### NEUAUFLAGE

Lösungsmöglichkeiten zu den steuerlichen, betriebswirtschaftlichen und handelsrechtlichen Problemen der GmbH nebst zahlreichen Vorschlägen zur praktischen Gestaltung und rechtlichen Konstruktion findet man im Band 2 der Reihe RECHTSRATGEBER FÜR DIE WIRTSCHAFTSPRAXIS von Dr. Heinz Stehle „Die GmbH – Unternehmensform mit Zukunft für mittelständische Betriebe“.

6. Auflage 1983. 160 Seiten. Kartoniert. 32,80 DM. Art.-Nr. 1025. ISBN 3-7783-0196-9.

Eine Gemeinschaftsproduktion der Verlage TAYLOR FACHVERLAG und HANS HOLZMANN VERLAG.  
Im Buchhandel erhältlich.

**Bestellschein**

Bitte ausgefüllt einsenden an Ihre Buchhandlung oder die Versandbuchhandlung Hans Holzmann, Postfach 13 42, D-8339 Bad Wörthshofen, Telefon (08247) 1031

Liefere Sie mir/uns sofort mit Rechnung und Porto

..... Expl. Rogalla, W.: Was tun, wenn der Schuldner nicht zahlt? à 32,80 DM. ISBN 3-7783-0209-4

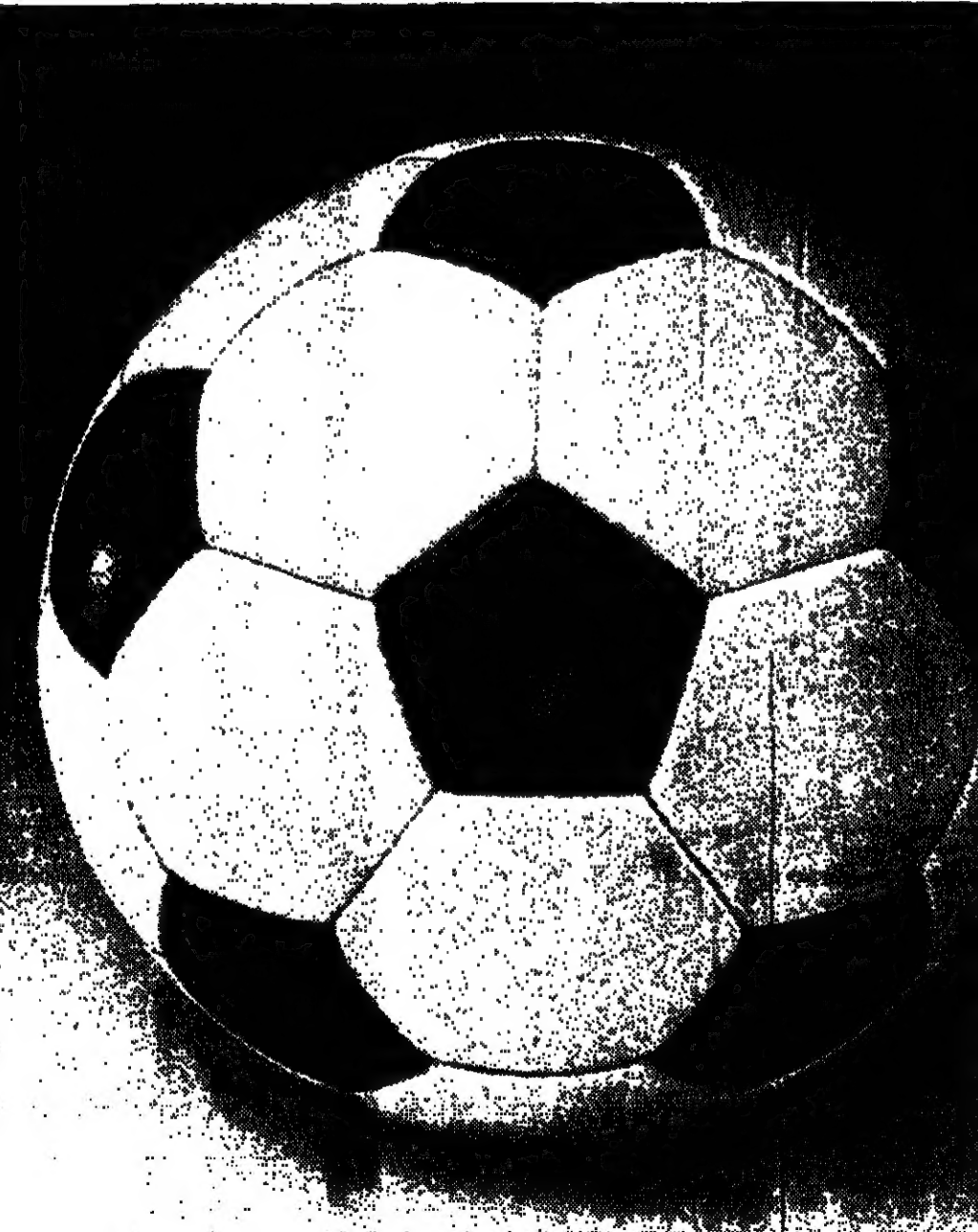
..... Expl. Stehle, H.: Die GmbH – Unternehmensform mit Zukunft für mittelständische Betriebe à 32,80 DM. ISBN 3-7783-0196-9

Datum: ..... Unterschrift: .....

Absender: .....

## Thema „Arbeitszeit“

# Banken: Spielend ist das Problem der Arbeitslosigkeit nicht zu lösen



Es sieht aus wie eine einfache Prozentrechnung: Wenn 26 Millionen Berufstätige zehn Prozent weniger arbeiten, ergeben sich 2,6 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze.

Wer so rechnet, versucht das ernste Problem der Arbeitslosigkeit geradezu spielend zu lösen. Doch ist das so einfach? Da sind zunächst jene, die mehr leisten wollen und nicht weniger. Sei es als Unternehmer, Handwerksmeister, Angestellter oder Facharbeiter. Und da sind jene, die gern weniger arbeiten oder früher in Pension gehen, aber möglichst nicht weniger verdienen möchten.

Wir Banken meinen: Nicht jede Arbeit läßt sich umverteilen, und Kostensteigerungen wären eine Belastung für den erhofften Aufschwung. Damit muß jeder rechnen, der das Problem der Arbeitslosigkeit wie eine Rechenaufgabe lösen will. Und er muß bedenken, daß wir mit Ländern konkurrieren, in denen die Menschen für mehr Arbeit weniger Lohn erhalten als bei uns.



# Ist Syriens Nein nicht endgültig?

Einlenken unter Druck Moskaus und mit dem Platzen der Saudis möglich

E. LAHAV/DW. Jerusalem

Syrien hat am Wochenende das israelisch-libanesisches Abkommen abgelehnt. US-Außenminister Shultz sagte über sein Gespräch mit Präsident Assad in Damaskus: „Es war sehr schwierig und sehr kompliziert.“ Zur Rettung des Vertragsentwurfes intensivierte Shultz seine Bemühungen: Er sondierte in Saudi-Arabien und erneut in Israel. Gestern nachmittags flog er nach Beirut weiter.

Die amtliche syrische Nachrichtenagentur Sana berichtete, Assad habe auf den syrischen Standpunkt verwiesen, daß Israel Libanon bedingungslos räumen müsse. Wenn es Bedingungen wie in dem Abkommen auferlege, dränge es seine Präsenz nicht nur über einen Teil, sondern ganz Libanon auf. Assad flog gestern, begleitet von seinem Außenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten, zu Beratungen mit König Fahd nach Dschidda.

Die syrische Ablehnung scheint aber trotz der Äußerungen Assads nicht endgültig zu sein. Diese Erwartung äußerten „kompetente arabische Stellen“ sowie „syrische Quellen“, die die israelische Zeitung „Ha-Aretz“ zitiert. Assad, heißt es, werde eine Serie innerarabischer Beratungen beginnen und von König Fahd den finanziellen Segen holen. Nach den Beratungen würde Syrien seine Truppen aus Libanon abziehen. Die Sowjetunion habe Assad klargemacht, daß sie an einer vollständigen Räumung Libanons von fremden Streitkräften interessiert sei. Die Sowjets hätten zwar zugesichert, Syrien bei einem Angriff auf dessen Staatsgebiet nötigenfalls militärisch, das heißt mit Einsatz sowjetischer Truppen, zu verteidigen. Aber diese Garantie gelte nicht für das libanesisches Staatsgebiet.

Unter Berufung auf eine „hochplazierte israelische Stelle“ berichtete auch die israelische Zeitung „Davar“, es werde „schwierige und

komplizierte Verhandlungen“ mit den Syrern geben, doch letzten Endes würden sie Libanon verlassen. Shultz selbst wies auf eine solche Entwicklung hin, als er betonte, Assad habe ihm erklärt, „die Tür steht offen für weitere Gespräche“.

Die syrische Ablehnung, auch Assads Begründung („Das ist eine Kapitulation vor Israel und den USA“) schafft für Israels Premier Begin innerpolitisch Erleichterung. Er kann damit dem Vorwurf der Opposition entgegentreten, daß das Abkommen einen großen militärischen Rückschlag bedeute. Oppositionsführer Peres hatte in einem Interview außerdem angekündigt, daß seine Partei in der Knesset gegen das Abkommen stimmen werde. Die Regierung ist zwar gesetzlich nicht verpflichtet, das Abkommen dem Parlament zu unterbreiten, wird sich aber der moralischen Verpflichtung wahrscheinlich nicht entziehen.

Ebenfalls auf der Seite der Opposition sagte Begin Antwortgegner, Itzhak Rabin, „das Abkommen ist schlecht, aber es ist das beste, das wir unter den gegebenen Umständen erzielen konnten“. Rabin meinte außerdem, Libanon sei der „falsche Vertragspartner“. Israel habe nicht gegen Libanon Krieg geführt, sondern gegen die PLO, und über den Abzug der Truppen aus Libanon müsse es mit Syrien verhandeln.

Sogar in der Koalition gab es viel Widerstand. Energieminister Itzhak Mordechai erklärte: „Hätte ich vor einigen Wochen gewußt, wie das Ganze enden würde, so hätte ich nicht für die Erweiterung des Krieges über die ursprünglich geplanten 45 Kilometer hinaus gestimmt.“ In Südbanonen selbst melden sich jene Libanesen zu Wort, die mit den israelischen Truppen zusammenarbeiten und sich jetzt vor Racheakten durch die PLO fürchten. Das gilt besonders für Major Haddad selbst. Um dessen Befürchtungen zu zerstreuen,

besuchte ihn am Samstag der israelische Generalstabschef Moshe Levy in seinem Haus in Mardjayoun gemeinsam mit einer Gruppe hoher israelischer Offiziere und versicherte ihm, er stehe weiterhin unter israelischem Schutz.

Die israelische Zustimmung zu dem Abkommen basiert, so wird hier vermutet, auf zwei Überlegungen: Die eine war die amerikanische Methode von „Zuckerbrot und Peitsche“. Israel stand unter amerikanischem Druck, Verzicht zu leisten. Sein J-Führer zu einer spürbaren Verbesserung in den Beziehungen zu seinem einzigen materiellen Rückhalt. Auch die zeitweilig abgeschnittene Waffenhilfe aus Amerika wird jetzt wieder gelockert. US-Präsident Reagan hatte im Falle der Flugzeuge vom Typ F-15 ganz deutlich erklärt, er werde die Lieferung der Flugzeuge nach der israelischen Zustimmung zum Abzug seiner Truppen aus Libanon genehmigen.

Die zweite israelische Überlegung betraf die Zukunft der Golanhöhen (die Israel im Sechstagekrieg 1967 eroberte und seither faktisch annektiert hat). Beobachter vermuten, daß Syrien als Preis für den Abzug seiner Truppen aus Libanon den Golan von Israel zurückhaben möchte – oder in diesem Zusammenhang zumindest amerikanischen Druck auf Israel ausüben wird.

Ein einseitiger Teilerfolg der Israelis aus Libanon ist noch immer nicht ausgeschlossen. Wissenschaftler Yuval Nerman schlug gestern nach der wöchentlichen Regierungssitzung vor, Israel solle den Syrern bloß eine Woche zur Annahme des israelisch-libanesischen Abkommens geben. Sollte Syrien auch dann nein sagen, so sollte sich Israel auf eine Linie zurückziehen, die etwa 45 Kilometer von der israelischen Grenze entfernt liegt und mit dieser parallel läuft.

## Bonn: „DDR“ verstößt gegen Vereinbarung

Frankfurt

Die Bundesregierung hat der „DDR“ vorgeworfen, gegen den Briefwechsel über journalistische Arbeitsmöglichkeiten vom November 1972 verstoßen zu haben. Anlaß für diese Feststellung bot die unbegründete Einreiseverweigerung für einen Journalisten der WELT und zwei Berichterstatter der „Bild-Zeitung“, die am 30. März 1983 von der Fußball-Europameisterschafts-Qualifikation „DDR“ gegen Belgien in Leipzig berichten wollten.

Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Schulze verlangte zu diesem Vorgang eine Stellungnahme der Bundesregierung. In der Antwort an den Bundestag hier heißt es unter Hinweis auf eine entsprechende Bestimmung in der damals geschlossenen Vereinbarung: „Sie (die DDR) ermöglicht bei rechtmäßiger Ausübung des Berufs die Tätigkeit als Reisekorrespondent.“

Wenn die „DDR“ Anträge von Reisekorrespondenten „nicht oder nur selektiv“ genehmigt, so schränkt sie die generell zugesagten Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten empfindlich ein. Die Bundesregierung betrachtet dies als einen Verstoß gegen den Briefwechsel mit der DDR vom 8. November 1972.

## 89 Festnahmen bei Hausräumung

F. D. Berlin

Während der Räumung eines besetzten Hauses ist es am vergangenen Samstagnachmittag in Berlin zu Krawallen gekommen, in deren Verlauf die Polizei 89 zumeist junge Leute festnahm. Die Randalierer, die nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden der Hausbesetzer zugeordnet werden müssen, haben auf einer befestigten Einkaufsstraße im Bezirk Steglitz Schaufenster von Banken und Kaufhäusern eingeworfen und Passanten attackiert.

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Kampf gegen den Grauen Star Ohne Vermischung

„Eingriffe in der Medizin: Beispiel Augen-“

chirurgie“; WELT vom 22. März

Die bisherige Starbrille nach Staroperation sei eine Zumutung und restauriere das Sehvermögen unvollkommen. Tatsächlich erreichen über 90 Prozent unserer nach bisheriger Methode Operierten 100 Prozent Sehschärfe für die Ferne und können in der Nähe mit dem Bifokalglass von weniger als 10 Gramm Gewicht kleinste Schrift fließend lesen.

Die neuen Methoden mit Ultraschall und Einpflanzen einer Kunststofflinse kommen zahlenmäßig zu den Seherfolg der alten Methode noch nicht heran. Ob die Kunststofflinse auf die Dauer getragen wird, kann man erst nach zehn Jahren sagen. Das bisher geübte Verfahren der Einpflanzung in die Vorderkammer hat so viele Nachteile gezeigt, daß man jetzt in großem Maße zur zweiten Versuchsserie, der Einpflanzung in die Hinterkammer, startet. Aber auch hier gibt es Nachteile.

Wenn Herr Müller von einer Warteiste von rund 3000 Namen spricht, so betrifft das einzig und allein seine eine „Beispiel-Klinik“ mit 22 Betten, die ihre Patienten nach zwei Tagen nach Hause entläßt und für die er offensichtlich Reklame machen will. Bei uns über 100 operierenden Belegärzten kann jeder Starpatient innerhalb 2-3 Wochen einen Operationstermin erhalten. Von Engpaß keine Rede. Bekümmere ich heute einen Star, ich ließe mich nicht „ambulante“ operieren und mir auch keine Kunststofflinse einpflanzen.

Dr. Gerd Häfing, Facharzt für Augenkrankheiten, Belegarzt Krankenhaus Wilfrath

Angeht die Häufigkeit des grauen Stars ist eine Verunsicherung weiter Kreise durch den Artikel zu befürchten. Die Einpflanzung von Kunststofflinsen ist keineswegs grundsätzlich anderes Verfahren überlegen. Sie findet in der Bundesrepublik lediglich bei etwa 20 Prozent aller Staroperationen Anwendung. Strengste Indikationsstellung wird gefordert im Hinblick auf Spätkomplikationen und die nicht endgültig beantwortete Frage der Dauerhaftigkeit.

Albert Müller

„Jahres-Tage“; WELT vom 2. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren, die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Frau Liselotte Funke, glaubt, daß auch bei einer hohen Arbeitslosigkeit ausländische Arbeitnehmer unverzichtbar seien, da die deutschen Arbeitslosen nicht für die freiwerdenden Stellen zur Verfügung ständen. Dem ist heftig zu widersprechen. In den schweren Zeiten nach dem 1. und 2. Weltkrieg hat jeder Deutsche die Armut hochgekloppt und jede sich bietende Arbeit angefaßt. Erst eine überzogene und damit leistungs- und arbeitseindringende Sozialpolitik hat diese Bereitschaft unterminiert.

Wenn heute jede Arbeit für einen Arbeitslosen zumutbar wäre, vorausgesetzt, er ist gesund, wäre das Problem sofort vom Tisch. Politiken fällt aber offensichtlich das Verteilen leichter.

Dr. Wulf Rothenbacher, Dietz

„Gute Chancen für die Kohle“; WELT vom 24. April

Sehr geehrte Damen und Herren, das Argument, daß die Haldefinanzierung für die Steinkohle der Preis für unsere Energiesicherheit ist, habe ich, Verfassende, in der Energiepolitik muß nämlich langfristig gedacht und Vorsorge getroffen werden. Wir können uns nicht nur auf Importe verlassen. Sie kosten Devisen und belasten unsere Zahlungsbilanz. Das gilt sowohl für Erdöl und Erdgas als auch für die Einfuhr von ausländischer Kohle, die im vergangenen Jahr um fast 15 Prozent auf immerhin 12,3 Millionen Tonnen angestiegen ist.

Daß dafür heimische Kohle auf Halde kommt, verzagt ich nicht einzusehen. Hoffentlich bleibt auch für die neue Regierung der im Energieprogramm festgelegte „Vorrang für die heimische Kohle“ bestehen.

Peter Kottwitz, Scheidegg

„Keine Vorratsrolle bei den Gasmischungen“; WELT vom 2. März

Selbst in dem Bericht der Technischen Kommission an den AK II der Innenministerkonferenz vom Herbst 1981, der auch dem Korrespondenten der Welt, Herrn Xing-Hu Kuo vorliegt, wird davon gesprochen, daß es nach „offiziellen Berichten“ zweimal zum Verlust eines Auges bei Demonstrationen gekommen sei. In einem Fall sei die Ursache „nicht eindeutig geklärt“. Der Züricher „Verein betroffener Eltern“, dessen Präsident bei der Pressekonferenz der Grünen in Stuttgart anwesend war, und Mitglieder der „Autonomen Sozialistischen Jugend“ im Schweizer Botschaatensprecher von sieben Menschen, die ein Auge verloren haben bis zum Februar 1983, also zwei Jahre nach dem Bericht für die Innenministerkonferenz.

Die Grünen haben darüber hinaus sehr deutlich unterschieden zwischen verschiedenen Geschossen und diese den Pressevertretern teilweise auch vorgezeigt (frisches Plastikgeschloß, Gummischrot aus Zürich, Gummischrot, wie es für Baden-Württemberg geplant ist) sowie der jeweils damit verbundenen Gefahren. Von einer „Vermischung“ kann keine Rede sein.

Wolfgang Schmitt, Pressesprecher der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart 1

„Ein Skandal“

Sehr geehrte Herren, ich habe Ihre Berichterstattung und Kommentierung zu den beiden Todesfällen anlässlich der scharfen und offensichtlich unmenschlichen Vernehmungen der DDR-Behörden mit Gemutung zur Kenntnis genommen.

Was demgegenüber in den „Tagesschau“ seitens des Herrn Merseburger am Abend des 28. April 1983 verurteilt wurde, stellt einen Skandal dar. Herr Merseburger bestanden nicht etwa die scharfen Verhöre der DDR-Behörden. Vielmehr wollte er diese offensichtlich aus deren „Souveränität“ gerechtfertigt sehen, während er aber scharfen Tadel für alle diejenigen fand, welche die Verhältnisse, die zu derartigen Todesfällen führen, kritisiert haben.

Ich bitte Sie, ein entsprechendes Protokoll vom NDR anzufordern und hierzu vielleicht noch einmal Stellung zu nehmen. Man sollte dergestalt skandalöse Einzelheiten nicht unkommentiert lassen.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. F.-J. Rinsche, Hamm 1

„Wort des Tages“

„Es gibt nur ganz wenige Sünden, die unter gar keinen Umständen vergeben werden – zu ihnen gehört es, wenn jemand gegenüber dem Leben un dankbar ist.“

Horst Wolfram Geißler, dt. Schriftsteller (1898-1968)

„Personalien“

Der Komponist und Dirigent Leo- und Bernstein erhält den mit 20 000 Mark dotierten Beethoven-Kulturpreis. Damit soll nicht nur das künstlerische Werk, sondern auch sein „herausragendes Engagement“ für die Jugend gewürdigt werden. Prof. Dr. Gerd Meyer-Schwickerath, Direktor der Augen- und der Otolaryngologischen Gesellschaft Dänemarks, deren höchste Auszeichnung, die Bjerrum-Memorale, erhalten. Die polnische Ophthalmologische Gesellschaft ernannte Prof. Meyer-Schwickerath zum Ehrenmitglied.

„Auszeichnungen“

Die Internationale Liga für Menschenrechte hat dieses Jahr die Carl-von-Ossietzky-Medaille an den Gewerkschaftler Heinz Brandt und an den Geistlichen Martin Niemöller verliehen. Brandt war vom Staatssicherheitsdienst verschleppt und jahrelang in „DDR“-Zuchthäusern gefangen gehalten worden. Niemöller wurde als führender Kopfläufer „Bekennenden Kirche“ geehrt.

## Der Friedens-Protest spart die Force de Frappe aus

Frankreichs Grüne wehren sich gegen Kernenergie / Nationaler Konsens über Abschreckung hat historische Gründe

Von A. GRAF KAGENECK

In Frankreich finden keine Ostermärsche statt. Es gibt auch keine nennenswerte Friedensbewegung, die sich in bedrohlicher oder nur auffälliger Form auf den Straßen manifestiert. Zwar betätigen sich „französische Zweige“ internationaler Friedensbewegungen propagandistisch in der Öffentlichkeit, aber sie finden praktisch keinen Zugang zu den Massenmedien.

Die „Ökologen“, die französische Variation der deutschen Grünen, wenden sich in ihren Programmen gegen das zivile Atom, aber es findet sich nichts gegen die militärische Verwendung der Kernspaltung. Gewaltaktionen gegen im Entstehen begriffene Atomreaktoren hat es in Frankreich nicht minder gegeben als in der Bundesrepublik, aber es wurde daraus kein Protest gegen die Force de frappe abgeleitet.

In letzter Zeit meldet sich verstärkt der französische Sektor der internationalen Friedensbewegung mit Abrüstungsvorschlägen zu Wort. Er organisiert im ganzen Land „Generalstreiks für die Abrüstung“, auf denen neben getarnten Kommunisten auch Links-Gaullisten, der ehemalige sozialistische Minister Jean-Pierre Cot, oder übergeleitete Militärs, wie der (dem deutschen General Bastian entsprechende) Admiral Antoine Sanguinetti, das Wort ergreifen.

Zweifelloso steht die kommunistische Partei hinter dieser Initiative, und sie tut es wahrscheinlich auf Weisung Moskaus. Aber es ist merkwürdigerweise nie von der französischen Atomwaffe dabei die Rede. Die Friedensbewegung brandmarkiert die „Überlistung“, das Wetrüsten und seine moralischen, wirtschaftlichen und sozia-

len Auswirkungen auf die Menschheit, die Rolle, die bei dessen Bedrohung die Kirchen und die gesellschaftlichen Gruppen spielen können. Solche „Generalstreiks“ sollen den ganzen Sommer über in fast allen der 95 Départements Frankreichs stattfinden; sie sind zeitlich auf die im Herbst zu erwartende große Auseinandersetzung über eine Nachrüstung in Europa ausgerichtet. Aber sie finden keine Beachtung in der Öffentlichkeit.

Frankreichs mächtige katholische Kirche äußert sich ebenfalls nicht zu nationalen atomaren Abschreckung. Sie habe, heißt es, ihren Standpunkt dazu noch nicht endgültig festgelegt. Um so engagierter vertritt sie die Auffassung, daß die nukleare Verteidigung eines Landes Bestandteil der konventionellen Verteidigung sei und nicht als Mittel der Abschreckung eines Angriffs ausgeschlossen werden kann, so „schrecklich“ diese Waffe auch sei. Hier gehen Frankreichs Bischöfe deutlich auf Distanz zu ihren amerikanischen Confratres. Sie sagen sogar ausdrücklich, daß sie als Europäer einen anderen Blickwinkel zu diesen Fragen hätten und daß sie sich hier besonders solidarisch mit den deutschen Bischöfen fühlen.

Mit diesen zusammen arbeiteten, wie im letzten Juni in Lyon ein Positionspapier aus, in dem „der Rückgriff auf die militärische Deckung als letztes Mittel einer Friedenspolitik“ als vom moralischen Standpunkt aus zu billigen bezeichnet, einseitige Abrüstung ausgeschlossen und das Rüstungsgleichgewicht „in der augenblicklichen Situation“ als Voraussetzung für wirkungsvolle Abrüstungsverhandlungen hingestellt wird.

Dies alles aber betrifft die Welt-Umstände, nicht die französischen

militärischen Dinge. Die eigene Atomstreitmacht bleibt ausgeschlossen aus der Abrüstungsdebatte, als sei sie tabu oder gar nicht vorhanden. Präsident Mitterrand hat sich in Peking wie zuvor schon viele Male energisch gegen den Versuch der Sowjets gewandt, die französischen Atomraketen in die Genuß Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen. Die KPF unterstützt ihn in dieser Weigerung, obwohl sie stalinistisch und moskauhörig ist. Selbstverständlich würde man auch keinen Giscardisten finden, der hier einwilligt, von den Gaullisten ganz zu schweigen. So mit herrscht in der Frage der Notwendigkeit und Unantastbarkeit der nationalen und unabhängigen atomaren Abschreckung in Frankreich ein schweigender, aber ganz und gar durchgehender nationaler Konsens, der die ersteinständige Kontinuität und Intransiganz der französischen Sicherheitspolitik erklärt.

Frägt man nach den Gründen für diesen Konsens, so wird man ihn im Trauma des Zweiten Weltkrieges zu suchen haben. Die Blitzniederlage im Mai 1940, vierzehnhundert Jahre fremde Besatzung, mißsagte Wiedererlangung der Unabhängigkeit Frankreichs nach dem Kriege durch General de Gaulle gegen die übrigen Siegermächte, Eroberung und Behauptung eines ebenbürtigen Platzes im westlichen Machtgefüge an der Seite der USA und Großbritannien – das alles hat tiefe Spuren im Nationalbewußtsein der Franzosen hinterlassen.

Der Entschluß, eine französische Atomwaffe zu bauen, wurde nicht etwa von General de Gaulle gefaßt. Er fiel bereits 1945 mit der Schaffung eines Kommissariats für Atomenergie als Vorstufe zu einer militärischen Anwendung des

Atoms. Als 1953 die erste britische Atomwaffe explodierte, beschleunigten sich die französischen Vorbereitungen: Am 13. Februar 1960, nur 21 Monate nach der Gaullies Amtsantritt als letzter Ministerpräsident der 4. Republik, explodierte die erste französische Bombe in Reggane in der Sahara.

Es blieb nur, die politischen Konsequenzen aus dem Besitz der „absoluten Waffe“ zu ziehen. Der General zögerte nicht, dies zu tun. Als Eisenhower und MacMillan seinen Vorschlag, zusammen mit ihm ein Dreier-Direktorium über die Atlantische Allianz zu errichten, ablehnten, nahm er Frankreich 1966 aus der militärischen atlantischen Integration heraus – im wesentlichen mit dem Argument, daß man die Verantwortung über den Einsatz der Bombe nicht mit anderen teilen könne. Wenn andere die Bombe haben, muß Frankreich sie auch haben, da es sonst politisch emantant sei, hieß ein anderes. Ein drittes war, daß man sich der Erpressung durch andere entziehen müsse. Ein viertes schließlich, daß man nicht wisse, ob Europa wirklich von den Amerikanern verteidigt würde. Als Alibi für den Vorwurf des nationalen Egoismus war damals in Frankreich zu hören, daß, solange Europa (sprich Deutschland) seine Unabhängigkeit (von den USA) nicht erlangen könne, Frankreich mit engem Beispiel vorangehen müsse.

Keines dieser Argumente ist je von einer politischen Partei in Frankreich dauerhaft in Frage gestellt worden. Die jüngste Willensbekundung der Links-Regierung, die Rüstungsanstrengungen auf den atomaren Sektor der Streitkräfte zu verlagern, ist im fünfjährigen Rüstungsplan bis 1988 enthalten. Auch die Kommunisten stimmten dem zu.

Wir trauern um unseren Gründer und Seniorchef

Gerhard Schütt

geb. 5. Mai 1919 gest. 1. Mai 1983

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Falcon

Export-Ges. mbH

Wir haben in aller Stille Abschied genommen.

Aus dem Leben ist er zwar geschieden, aber nicht aus unserem Leben, denn wir vermischen wir ihn tot zu wämen, so er lebt in unserem Herzen.

Augustinus

Heute verstarb mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

**Ludwig Friedewald**

\* 27. 7. 1924 † 6. 5. 1983

In Liebe und Dankbarkeit  
Hilke Friedewald geb. Merz  
Karin und Rolf  
und alle Angehörigen

5300 Bonn 1, Brieger Weg 5

Die Trauerfeier und Beerdigung finden statt am Dienstag, den 10. Mai 1983, um 11 Uhr auf dem Waldfriedhof in Firmasens.

Wir trauern um unseren Gründer und Seniorchef

**Gerhard Schütt**

geb. 5. Mai 1919 gest. 1. Mai 1983

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Falcon

Export-Ges. mbH

Wir haben in aller Stille Abschied genommen.

**Liebe ist...**

wenn Sie ein Kind vor dem Verhungern retten.

Wir vermitteln Ihnen die persönliche Patenschaft mit einem hungernden Kind. Das kostet Sie nur ein wenig Liebe und DM 45,- im Monat (steuerlich absetzbar).

CCF Kinderhilfswerk Deutscher Patenkreis e.V.  
Postfach 1105, 7440 Nürtingen, Postscheckkonto 1710-702 PSA Stuttgart. CCF ist eines der größten internationalen Kinderhilfswerke der Welt und betreut schon über 260.000 Kinder.

**Brot für die Welt**

Spendenkonto 500 500-500  
Beiländesgrotasse Stuttgart  
Commerzbank AG Stuttgart  
und Postscheckamt Köln

weltweite Sicht **DIE WELT** weltoffene Haltung

CCF Kinderhilfswerk Deutscher Patenkreis e.V.  
Postfach 1105, 7440 Nürtingen, Postscheckkonto 1710-702 PSA Stuttgart. CCF ist eines der größten internationalen Kinderhilfswerke der Welt und betreut schon über 260.000 Kinder.







## Wer steckt hinter der Fälschung?

● Fortsetzung von Seite 1

thal hält aber eine „Kombination zwischen Nazi-Fälschern in Südamerika und jenen des Stasi-Sicherheitsdienstes in der DDR nicht für ausgeschlossen“. Ähnlich äußerte sich in „Bild am Sonntag“ auch Hitler-Biograph Professor Werner Maser.

In einem Bericht der neuen Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Spiegel“ heißt es, daß vor Abdruck der angeblichen Tagebücher nicht einmal die Chefredakteure des „Stern“, und damit Koch und Schmidt, die Quelle erfahren hätten. Die Herkunft der 60 „Tagebücher“ und „Sonderbände“ sei nur dem Vorstandsvorsitzenden von Gruner + Jahr, Gerd Schulte-Hillen, vom „Tagebuch“-Besitzer, dem „Stern“-Reporter Gerd Heide, mitgeteilt worden.

Nach offiziellen Informationen gab es im „Times“-Verlag heftige Diskussionen über die Zukunft des Historikers Hughes Trevor-Roper (Lord Dacre). Das Mitglied des Beratungskomitees bei der „Times“ hatte die Notizen zunächst für echt erklärt, dann jedoch einen spektakulären Sinneswandel vollzogen. Der Professor aus Cambridge war persönlich nicht erreichbar. Er soll sich verbittern über das Vorgehen des „Stern“-geäußert und von journalistischem Druck“ gesprochen haben.

Die Nachricht, daß die angeblichen Hitler-Tagebücher des Bundesarchivs in Koblenz als totale Fälschung eingestuft wurden, ist von den britischen Zeitungen mit Hohn und Spott und bei der „Times“-Gruppe mit großer Betrübnis aufgenommen worden. Der „Daily Telegraph“ schrieb das „Fiasco“ dem Stil und den Methoden des Verlegers Murdoch zu, des Besitzers von „Times“ und „Sunday Times“. Das Blatt erinnerte daran, daß die „Times“ bereits 1968 ebenfalls gefälschte „Mussolini-Aufzeichnungen“ veröffentlichte. Das Massenblatt „Daily Star“ schrieb in einem ironischen Kommentar, die angeblichen Tagebücher seien ein riesiger Witz gewesen. Als „echten Scoop“ veröffentlichte das Blatt vier Fotomontagen aus dem „geheimen Fotoalbum Hitlers“, das von seiner Ordanz gerettet wurde. Eine der Montagen zeigt Hitler zeittunelnd mit der darunterstehenden Anmerkung: „Ich beim Lesen der Sunday Times.“

Die Pariser Sonntagszeitung „Journal de Dimanche“ kommentierte: „Jetzt muß man wissen, wer die falschen Hitler-Tagebücher hergestellt hat. Handelt es sich um einen banalen kommerziellen Betrug von Fälschern, die die Verantwortlichen des „Stern“ über Ohr hauben wollten? Oder verbirgt sich dahinter etwa viel Schlimmeres, eine politische Manipulation mit der Absicht, die Bundesrepublik Deutschland zu destabilisieren oder Hitler zu rehabilitieren, indem man dem Monstrum ein menschliches Gesicht verleiht? Wie immer die Wahrheit aussieht, es ist dringend notwendig, sie kennenzulernen.“

Berichte, wonach Bundeskanzler Kohl die Nachrichtendienst in die Prüfung der „Hitler-Tagebücher“ eingeschaltet habe, wurden gestern von einem Regierungssprecher als unzutreffend bezeichnet. Der Sprecher wollte aber nicht ausschließen, daß die Dienste „von Amts wegen“ tätig geworden seien.

## USA suchen Abstimmung mit Paris vor der nächsten Genfer Runde

Die Medien blicken auf Außenminister Shultz / Aus dem Nahen Osten zur OECD

TH. KIELINGER, Washington  
Von dem rauen diplomatischen Terrain Nahost kommend, erwartet den amerikanischen Außenminister George Shultz heute ein weiterer Einstieg in harte Wirklichkeiten, diesmal allerdings auf einem Gebiet – der Wirtschaft – wo der 62-jährige Geschäftsmann und frühere Professor sich seit langem auskennt: Shultz wird an der Sitzung der OECD in Paris teilnehmen.

In Paris wird dem Außenminister einen Tag später Verteidigungsminister Weinberger folgen, zu einem bilateralen Gespräch mit dessen französischem Amtskollegen, Herrn. Das mit wenig Publicity angekündigte Treffen der beiden Verteidigungsminister gewinnt vor dem Hintergrund der jüngsten Rede Andropows zur INF-Frage Bedeutung. Die amerikanische Abrüstungspolitik muß dringend mit der französischen Seite sprechen, ehe man am 17. Mai mit den Sowjets in Genf in die nächste Verhandlungsrunde eintritt.

Wiederum stehen die britischen und französischen nuklearen Systeme im Vordergrund – erneut müssen sich die Alliierten sorgfältig abklären in den Positionen, die sie in bezug auf diese Systeme gegenüber Moskau vertreten. Auch bei den INF-Verhandlungen – wie im Nahen Osten – steht die Hoffnung auf Durchbruch immer hart neben der Aussicht des Scheiterns. Bisher jedenfalls geht man in Washington davon aus, daß die Genfer Runde in der Sachegegend enden muß, wenn Moskau weiterhin auf dem Einschluss der britischen und französischen Arsenale in den INF-Verhandlungen besteht. Einschluss bei START, den Gesprächen über die Begrenzung der strategischen Rüstung, das wäre eine andere Sache, über die Amerikaner wie auch ihre Bündnispartner bereit wären zu sprechen.

Resümiert man die derzeitigen außenpolitischen Versuche der Reagan-Administration, wobei Zentralamerika als wichtiger drit-

ter Themenbereich hinzugezogen werden muß, so fällt immer mehr ein wichtiges Moment ins Auge: In ihren zweieinhalb Jahren hat diese gegenwärtige Administration noch keinen sichtbaren „Durchbruch“ auf irgendeinem nennenswerten Feld ihrer diplomatischen Aktivitäten erzielt. Sie ist andererseits auch noch keimhaft ernsthaft „eingebrochen“, sieht man von dem Debakel über die Sanktionen gegen den Bau der sibirischen Gasleitung ab. Dieser Testfall ist übrigens für Shultz das bisher größte Erfolgserlebnis gewesen: Er war es, der mit sanfter Überredungskunst den Präsidenten von dem immer gefährlicher werdenden Kollisionskurs mit den Alliierten abbrachte.

Angesichts der ausgeprägten Bilanz der Reagan'schen Außenpolitik finden sich die dazu aufgerufenen Kommentatoren denn auch in einem großen Dilemma: Sie können und wollen keine Summe ziehen, da das eigentliche Fazit noch so stark in der Schwebe hängt, die Außenpolitik der Reagan-Administration wie eine Partitur wirkt, nach der noch immer nicht recht gespielt wird.

Viele Beobachter suchen daher ihr Heil im Vergleich zur unmittelbar vorausgegangenen Carter-Administration. Doch sind die Unterschiede im Stil und Willen dieser beiden Regierungen so stark, daß ein Vergleich nur bedingt hilfreich wirkt. Jedenfalls war Carter im dritten Jahr seiner Regierung als der „Aktivist“ in der Außenpolitik eingestiegen, der er von Anfang an hatte sein wollen. Ihm waren bahnbrechende Erfolge gelungen – und er hatte Verluste einstecken müssen, die ihn schließlich um die Präsidentschaft bringen sollten.

Bis zum Sommer 1979 hatte Jimmy Carter die Panamakanal-Verträge unter Dach und Fach gebracht; die Beziehungen zur Volksrepublik China erweitert; das Camp-David-Abkommen eingeleitet und das (später gescheiterte) SALT-II-Vertragswerk abgeschlossen, mit den NATO-Verbün-

deten war die Nachrüstung abgesegnet worden.

Andererseits war: Im Frühjahr 1978 Äthiopien im Gefolge eines sowjetischen Militärs vollständig in die marxistisch-kommunistische Sphäre überwiegend; Afghanistan im April 1978 durch den kommunistischen Regierung gefallenen (was den späteren sowjetischen Einmarsch vorbereiten half); Iran im Januar 1979 von der Khomeini-Revolution endgültig erobert worden und – im Juni 1979 – Nicaragua von den Sandinisten; der Streit um die Neutronen-Waffe, im April 1978, hatte die Allianz schwer belastet.

Außenpolitik war die Carter-Ära eine nicht endende Abfolge hoher Dramas. Der außenpolitische Höhepunkt in der Reagan-Administration dagegen war bisher die Ablösung Alexander Haigs durch George Shultz. In der Substanz verläßt sich diese Regierung auf Deklamatorische, wobei den Worten durch Gesetzskraft in Washington Druck verliehen werden soll. Das gelingt – siehe Zentralamerika – nur mit Einschränkung. Ihre Vorgängerin ging ganz auf Aktivität – und die ungeschützten Flanken machte sie um so verwundbarer. Drama erleben beide in der Bündnispolitik ein Zeichen, daß die amerikanische „Westpolitik“ in den letzten sieben Jahren unangenehm Schwankungen unterworfen war.

Es ist sehr schwer vorherzusagen, welche Rolle das bisher außenpolitische der Reagan-Administration im heraufziehenden Wahlkampf spielen wird. Sehr viel wird von George Shultz selber und seiner Stellung in der Regierung sowie seinem Ansehen draußen, vor allem in den Medien, abhängen. Bis vor kurzem sah es so aus, als verschände der äußerlich gewichtige Mann hinter der Masse der anfallenden Themen. George Shultz ist nicht präsent, hieß es.

## Sindermann beschreibt Marschrichtung der SED

Fortsetzung aller Verhandlungen mit Bonn

H.-R. KARUTZ, Bonn/Berlin  
SED-Politbüromitglied Horst Sindermann hat sich bei seinem Zusammentreffen mit dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker am Rande des „Luther-Tages“ in Eisenach dafür ausgesprochen, sämtliche zwischen Bonn und Ost-Berlin abgesprochenen oder beabsichtigten Verhandlungen und Verhandlungen zügig zu beginnen oder fortzusetzen.

Wie aus Bonn über die Unterredung mit Weizsäcker im Hause des thüringischen Landesbischofs Werner Leich (WELT v. 6. 5.) durchsickerte, ist Sindermann, Präsident der „Volkskammer“, damit als erster „DDR“-Repräsentant nach Erich Honeckers Besuchssage auch offiziell der SED-Linie gefolgt. Sie besteht darin, die Verhandlung nicht zu vertiefen, sondern wieder auf eine geschäftsmäßige Ebene zurückzuführen.

Wie kirchliche Teilnehmer des Abendessens in der Residenz von Leich berichteten, hatten sich Sindermann und Weizsäcker zu einem separaten Gespräch zurückgezogen, bei dem auch der Vorsitzende der Ost-CDU, Gerald Götting, gegen war. Da nach Bonner Informationen dabei die gesamte aktuelle innersowjetische Themenpalette zur Sprache gekommen sei, ist auch davon auszugehen, daß Weizsäcker die westliche Forderung nach messbaren und für die Menschen im geteilten Deutschland nachvollziehbaren Erleichterungen bekräftigte. Folglich kann dabei auch das Problem des teilweise mehr als verdoppelten Zwangsumtauschs durch die „DDR“ nicht ausgeklammert worden sein, das Ost-Berlin in jüngsten Äußerungen als ein „finanzielles“ Problem darstellte, das nicht so sehr einen politischen Hintergrund habe.

Deshalb dürfte auch Sindermann nicht über eine entsprechende Bemerkung von SED-Politbüromitglied Günter Mittag hinausgegangen sein, der in einem Gespräch mit Uwe Ronneburger (DFP) Mitte Februar in Ost-Berlin den geldlichen Aspekt in den Vor-

dergrund gerückt hatte. Damals war Ronneburger zum Abschied die Bemerkung mit auf den Weg gegeben worden, möglicherweise falle der Bonner Seite zu diesem Thema „eine Idee“ ein.

Denkbar wäre, daß die „DDR“ einer Übereinkunft zustimmt, die ihr den Mehrerlös aus der Erhöhung läßt, aber den einzelnen West-Reisenden nicht höher als bis zum Herbst 1980 belastet.

Zu den verabredeten, aber bisher nicht in Angriff genommenen Verhandlungen, auf die Sindermann offenbar in Eisenach anspielte, zählt die schon im September 1982 von Honecker bei einem Besuch von Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski zugestandene Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Kulturabkommen. Vor der Bundestagswahl zeigte die „DDR“ jedoch kein Interesse.

Dafür bewegt sich jedoch auf westlicher Seite das S-Bahn-Problem, bei dem es um eine Übernahme der seit Herbst 1980 weitgehend stillgelegten S-Bahn-Anlagen in westliche Regie geht. Der in dieser Frage vereinbarte Zeit-Fahrplan kann allem Anschein nach eingehalten werden. Daran liegt vor allem der „DDR“, die nach eigenen Angaben jährlich 100 bis 140 Millionen D-Mark als Defizit ausgleichen muß.

In der vergangenen Woche verabschiedete eine politische Expertenrunde auf Kanzleramt- und Ministerial-Ebene ein S-Bahn-Papier, das Berlins neuer Bundesdeutscher Professor Rupert Scholz als abschließendes Votum des Senats vorlegte. Es sieht die Wiederbelebung eines vorerst minimalen Rumpf-Netzes mit nur noch einer S-Bahn-Verbindung zwischen West- und Ost-Berlin zum Bahnhof Friedrichstraße sowie die Aufgabe eines bislang betriebenen Bahntunnels unter der Sektorengrenze vor.

Noch vor Pfingsten soll diese Übereinkunft auf der Bonner Ministersterebene gebilligt werden, bevor bei den westlichen Alliierten um ihre endgültige Zustimmung nachgesucht wird.

## Kabul kann Widerstand nicht brechen

AFP, Kabul

Die extrem starken Sicherheitsmaßnahmen des kommunistischen Regimes zum Schutz Kabuls können eine Intensivierung der Widerstandstätigkeit in der afghanischen Hauptstadt offensichtlich nicht verhindern. Eine Serie Anschläge zeugte in den vergangenen zwei Wochen von der verstärkten Präsenz der islamischen Nationalisten in unmittelbarer Nähe der staatlichen Schalt- und Machtzentren.

Am 27. April, als sowjetische und afghanische Sicherheitskräfte massiv zum Schutz der Feierlichkeiten zum 5. Jahrestag der Revolution mobilisiert worden waren, wurden im Süden Kabuls Busse in die Luft gesprengt. Mehrere Dutzend Schüler, die zu einem offiziellen Umzug gebracht werden sollten, wurden nach Informationen aus verschiedenen Quellen bei den Anschlägen getötet. Zwei Tage zuvor war Kabul durch die Sprengung von Hochspannungsleitungen von drei Elektrizitätswerken im Osten der Stadt abgeschnitten worden. Seither gibt es nur noch Sparstrom.

Am Abend des 28. April wurde im Norden Kabuls mit schwerer Artillerie geschossen. Drei Wohnungen des Randviertels „Micro-rayon“, in dem die sowjetischen Berater und die afghanischen Spitzenfunktionäre untergebracht sind, flogen fast zum selben Zeitpunkt im Abstand von je einer halben Stunde in die Luft, nachdem den Bewohnern Sprengpakete zu gestellt worden waren. 41 Personen wurden getötet, 32 weitere verletzt, hieß es aus glaubwürdiger Quelle. Das Privilegiertenviertel mit seinen großen Betonklötzen inmitten der Elände erinnert heute an eine Stadt im Belagerungszustand: Sowjetische Panzer, Stacheldrahtverhaue und sowjetisch-afghanische Patrouillen zeugen davon, daß die Normalisierung hier noch keine großen Fortschritte erzielt hat. Auch die Zivilisten in „Micro-rayon“ trennen sich nie von ihren Waffen. Die Männer begleiten ihre Frauen gewöhnlich beim Einkauf. Abgesehen von den motorisierten Patrouillen wegen sich die Sowjets nur noch sehr selten in die Kabuler Innenstadt.

## „DDR“: Schulterschuß mit Moskau

Ergebnis des Honecker-Besuchs bei Andropow / Probleme der Wirtschaft erörtert

Der fünftägige Staatsbesuch Erich Honeckers in der Sowjetunion und die dabei verabredete Genesivität von Jurij Andropow in der „DDR“ zu einem noch abzustimmenden Termin haben den wieder deutlich ergründeten Schulterschuß der SED mit dem großen Bruder in Moskau demonstriert.

Zwar ohne den zu Breschnevs Zeiten obligatorischen Bruderkuß auf dem Moskauer Flughafen begrüßt, aber durch Andropow mit dem „Lenin-Orden“ und dem Goldenen Stern eines „Helden der Sowjetunion“ höchstmöglich dekoriert, bestätigte Erich Honecker die seit Polens Ausfall eindeutige Rolle der „DDR“ als die zweite Kraft im Warschauer Pakt.

Die wiederholte Bezugnahme beider Seiten auf den Freundschaftspakt zwischen der „DDR“ und der UdSSR vom 7. Oktober 1975 unterstrich, daß die Reise in erster Linie dazu diene, auch die „DDR“ auf den neuen Mann Andropow einzuschwören und erste Festlegungen für den Fall zu treffen, daß zum Jahresende die erste Etappe der NATO-Nachrüstung greift.

Die Zusammensetzung der „DDR“-Delegation ließ schwerer die Hauptpunkte der Gespräche erkennen: Hermann Asen gilt als „Falken“-„Außenpolitiker“ mit Schwerpunkt „Abrüstungspolitik“ der SED, Werner Feile ist für Landwirtschaftsfragen zuständig, Günter Mittag für das komplizierte Gebiet der RGW-Zusammenarbeit, Joachim Herrmann ist der immer mehr in den Vordergrund rücken der Agitationschef im SED-Zentralkomitee sowie Staatssicherheitschef Erich Mielke, der in Andropow zumindest einen dienstlich gut bekannten Kollegen vorgefunden haben dürfte.

Legt man den Kern dieser fünftägigen Tour nach Moskau, Taschkent, Usbekistan bis nach Alma Ata bloß, zeigt sich das Gesprächsthema Nr. 1, die Wirtschaft.

Die mehrfach betonte „völlige Übereinstimmung der Ansichten zu allen wichtigen Fragen der Gegenwart“ fand auf ökonomischem Gebiet anscheinend ihre Grenzen.

fen, daß zum Jahresende die erste Etappe der NATO-Nachrüstung greift.

Die Zusammensetzung der „DDR“-Delegation ließ schwerer die Hauptpunkte der Gespräche erkennen: Hermann Asen gilt als „Falken“-„Außenpolitiker“ mit Schwerpunkt „Abrüstungspolitik“ der SED, Werner Feile ist für Landwirtschaftsfragen zuständig, Günter Mittag für das komplizierte Gebiet der RGW-Zusammenarbeit, Joachim Herrmann ist der immer mehr in den Vordergrund rücken der Agitationschef im SED-Zentralkomitee sowie Staatssicherheitschef Erich Mielke, der in Andropow zumindest einen dienstlich gut bekannten Kollegen vorgefunden haben dürfte.

Legt man den Kern dieser fünftägigen Tour nach Moskau, Taschkent, Usbekistan bis nach Alma Ata bloß, zeigt sich das Gesprächsthema Nr. 1, die Wirtschaft.

Die mehrfach betonte „völlige Übereinstimmung der Ansichten zu allen wichtigen Fragen der Gegenwart“ fand auf ökonomischem Gebiet anscheinend ihre Grenzen.

Erich Honecker kam in seinem Toast sogar ungewöhnlich deutlich auf die Probleme zu sprechen. Er sprach von der „lebenswichtigen Bedeutung“ der gemeinsamen Anstrengungen für den Fortschritt von Wissenschaft und Technik und der Nutzung ihrer modernsten Erkenntnisse, zum Beispiel in der Mikroelektronik und der Robotertechnik.

Von „großer Bedeutung“ in den Gesprächen seien auch die gegenwärtigen Bemühungen der RGW-Länder, ihre sozialistische ökonomische Integration wirksamer zu gestalten. Offenbar fehlt es noch an der gewünschten Effizienz. Dabei geht es immer wieder um das alte Problem, das den Chef-Planern in Ost-Berlin Sorge bereitet: Die Sowjetunion zwingt quasi die „DDR“ angesichts der Arbeitsleistung innerhalb des Comecon, sie mit der modernsten verfügbaren Elektronik und computergesteuerten schließelfertigen Anlagen zu versorgen, aber bei der Bezahlung weiterhin auf den ungünstigen Transfer-Rubel angewiesen zu sein.

## Wo und wie Blüm sparen will

Zwei Milliarden von der Krankenversicherung, 835 Millionen von Versicherten

GISELA REINERS, Bonn  
Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) scheint flüchtig geworden zu sein: Rund 2 Milliarden Mark will er von der Krankenversicherung und 835 Millionen von den Versicherten verlangen, um die Rentenversicherung so liquide zu machen, daß die von den Finanz- und Wirtschaftspolitikern der Koalition befürwortete Verschiebung der nächsten Rentenerhöhung unterbleiben kann.

Die Arbeitnehmer würden dabei durch indirekte Beitragserhöhungen und Leistungseinschränkungen betroffen, der Bund will seine Zuschüsse kürzen. Fest steht, daß am Mittwochmittag Staatssekretär Franke vom Arbeitsministerium die Kassenträger informiert, wo und wie der Bund sparen will.

Neu ist, daß vom Krankengeld, dem Lohnersatz, nicht nur Beiträge zur Rentenversicherung, sondern auch zur Arbeitslosenversicherung gezahlt werden sollen; auch vom Mutterschaftslohn (nicht vom Geld, das während des Mutterschaftsurlaubs gezahlt wird) sollen diese Beiträge erhoben werden.

Wer Kranken- oder Mutterschaftsgeld bezieht, soll in Zukunft 11,3 Prozent (9 Renten-, 2,3 Arbeitslosenversicherung) abführen. Die andere Beitrags-Hälfte geht zu Lasten der Krankenversicherung, insgesamt rund 850 Millionen.

Ein weiterer Eingriff soll die Kürzung des Bundeszuschusses an die knappwirtschaftliche Rentenversicherung sein, durch die Anpassung der Krankenversicherung der Knappwirtschaftlichen Rentenversicherung. Zur Zeit wird die Krankenversicherung zu 100 Prozent von der knappwirtschaftlichen Rentenversicherung getragen, die wiederum zu 75 bis 80 Prozent vom Bund bezuschusst wird. Das bringt rund eine Milliarde in die Rechnung ein.

Die Verschiebung der Zuständigkeit für die Tuberkulose-Behandlung von der Renten- auf die Krankenversicherung zuzüglich der Angleichung des Kinderzuschusses für Rentner an das Kindergeld (statt 154 nur noch 50 Mark fürs erste Kind) sollen 420 Millionen bringen, das heißt, in diesen Größenordnungen wird die Bundes-Rentenkasse durch Verlagerung entlastet. Belastet wird die Krankenkasse noch durch die Aktualisierung der Rentenanpassung. Sinken die Rentenzuschüsse, sinken auch die absoluten Beiträge, die der Krankenversicherung der Rentner zufließen.

Insgesamt werden nach der Rechnung des Hauses Blüm die Krankenkassen mit etwa zwei Milliarden zur Kasse gebeten. Sie erhalten im Gegenzug rund 1,3 Milliarden aus den Beiträgen auf die einmaligen Sonderzahlungen, zu denen die Versicherten verpflichtet werden sollen. Bleibt ein Negativ-Saldo von 0,7 Milliarden. Die werden jedoch, so das Arbeitsministerium, überkompensiert durch den Fortfall der einmaligen Zahlung der Krankenkassen von 1,2 Milliarden, die der Bund ihnen für 1983 entzogen hatte unter Hinweis auf die Krankenkassenpflicht für Zusatzbeiträge zum Rentner. Blicke – rein rechnerisch – den Kassen ein Plus von rund einer halben Milliarde. – Die Reaktionen der Krankenkassenträger stehen noch aus.

Seite 2: Welch ein Job!

## Die zeitgemäße leichte Cigarette

Werte:  
außergewöhnlich niedrig

nur: 3 mg 0,3 mg

Kondensat Nikotin

Geschmack:  
überzeugend gut



Die CORTINA-Werte:  
Besonders niedrig – nur 3 mg Kondensat und 0,3 mg Nikotin (Durchschnittswerte nach DIN). Durch diese Werte Kombination ist CORTINA auf wünschenswerte Weise leicht.

Der CORTINA-Geschmack:  
Der klare Tabakgeschmack ist neben der angenehmen Leichtigkeit ein wesentliches Merkmal dieser besonderen Cigarette.

CORTINA

überzeugend in Leichtigkeit und Geschmack



abul kann  
iderstand  
cht brechen

AFP. In  
extrem starken  
nahmen des kommunistischen  
zum Schutz Kabuls  
eine Intensivierung der  
idität in der afghanischen  
indern. Eine Serie Anschläge  
ge in den vergangenen  
hen von der verstärkten  
der islamischen Nationalen  
mittelbarer Nähe der Stadt  
Schalt- und Mächtigkeits  
am 27. April, als sowjetische  
amische Sicherheiten  
siv zum Schutz der  
zum 5. Jahrestag der  
in mobilisierten wurden  
in den Süden Kabuls  
Lauf gesprengt. Mehrere  
Schüler, die zu einem  
Umzug gebracht werden  
verschiedenen Quellen  
nisten getötet. Zwei Tage  
wurde Kabul durch die  
von Hochpannungen  
von drei Elektrizitäts  
Jäten der Stadt abgeschnitten.  
Seither gibt es nur  
strom.

Am Abend des 28. April  
Norden Kabuls mit  
kerie geschossen. Die  
gen des Randviertels  
n", in dem die sowjetischen  
und die afghanischen  
nktionen unter  
flogen fast zum  
ci im Abstand von  
Stunde in die Luft,  
Bewohnern Sprengpa  
allt worden waren.  
wurden getötet, 30  
blies es aus glau  
le. Das Privileg  
seinen grauen Beton  
zu der Einöde er  
me Stadt im Belag  
i: Sowjetische Panzer  
trahverhaue und sow  
anische Patrouillen  
daß die Normalisier  
keine großen Fortsch  
hat. Auch die Zivilis  
rennen sich die  
Waffen. Die Männer  
hre Frauen gewöhnlich  
auf. Abgesen von den  
ten Patrouillen wegen  
owjets nur noch sehr  
abulcr Innenstadt.

Moskau  
irtschaft erörtert

Honecker kam in seinem  
ganz ungewöhnlich deut  
die Probleme zu spreche  
h von der Lebenswicht  
rung der gemeinsamen  
nungen für den Fortsch  
fissenschaft und Technik  
utzung ihrer modernste  
nisse, zum Beispiel in der  
elektronik und der Raum  
ik.

„großer Bedeutung“ in  
schen seien auch die  
gen Bemühungen der  
e, ihre sozialistische  
e Integration wirksam  
ten“. Offenbar fehlt es  
gewünschten Effekten  
ht es immer wieder um  
problem, das den Ch  
n Ost-Berlin Sorge bere  
zweitunion zwingt quasi  
" angesichts der Arbeit  
merhalb des Comecon  
er modernsten techn  
hlussfertigen Anlagen  
gen, aber bei der Beze  
hin auf den ungenü  
er-Rubel angewiesen

h  
te  
tte

ng  
ün  
auf  
ht  
ist  
s  
n

Franc weiter unter Druck

J. Sch. (Paris) - Steuert Frankreich ein neues Abwertung entgegen? Diese Frage stellt sich, nachdem der Franc letzte Woche zum ersten Mal seit der Paritätsbereinigung vom 21. März generell unter Druck geraten war. Der D-Mark-Kurs am amtlichen Paritätsmarkt überschritt dabei zunehmend die Drei-Franc-Marke, die als „Grenze“ der französischen Währungsstabilität angesehen wird.

Dies ist zwar objektiv falsch, denn das Europäische Währungssystem (EWS) läßt gegenwärtig Kursabweichungen zwischen 2,25 und 3,75 Prozent für die D-Mark zu. Mit bis zu 3,0280 Franc war die deutsche Valuta bisher noch nicht besonders stark. Je-

doch überrascht, daß sich der Franc so schnell von seinem bestmöglichen D-Mark-Kurs abhob. Nun kaufte allerdings die Bank von Frankreich in den ersten sechs Wochen nach der letzten Abwertung für immerhin 55 Milliarden Franc Devisen am Markt. Damit

gleich ist die zuvor wegen der Franc-Verteidigung entstandenen Devisenverluste mehr als aus. Andererseits leidet der Franc indirekt unter der Dollar-Schwäche, die ebenfalls aus technischen Gründen den D-Mark-Kurs weit

weit anziehen läßt. Die Franc-Schwäche auch gegenüber anderen EWS-Währungen spricht aber für einen eigenständigen Kursverfall. Mangels aktueller negativer Wirtschaftsdaten scheint der wichtigste Grund dafür die Verschlechterung des sozialen und innenpolitischen Klimas zu sein, durch die der neue französische Austeritäts-Plan in Frage gestellt werden könnte.

Probleme mit Überschüssen  
Von JOACHIM NEANDER

In England, so wußte man beim Deutschen Weinbaukongress in Stuttgart zu berichten, müßten nur Bullen verschauelt werden, um die Weinpreise zu senken. Auch Stuttgarts Oberbürgermeister Rottmann, um Scherz zu vermeiden, steuerte einen Tip für neue Verwendungszwecke bei, indem er auf einen wirtshausähnlichen Kellertourismus hinwies, bei dem landeseigene Wein zum Einbelegen gegen Krankheiten aller Art benutzt habe.

Die deutsche Weinwirtschaft, die nach dem von niemand erwarteten Ernteerfolg 1982 zum erstenmal seit langer Zeit zumindest kurzzeitig mit Überschüssen zu kämpfen hat, wie man sie normalerweise nur aus Italien und Frankreich kennt, kann zur Zeit gute Ratschläge gebrauchen. Die Preise sind im Keller. Auch die Qualität der Ernte wird, wie die Natur nicht noch gegensteuert, in der Menge überdurchschnittlich. Lagerstätten haben Lieferzeiten bis November. Wer Geld hat oder aufreiben kann, hant.

Nur die Weintrinker zögern. In der ersten Monatswoche 1983 hat der deutsche Wein im Inlandsverbrauch mit einem Zuwachs von 7 Prozent dem Auslandswein zwar wieder etwas Terrain abgenommen. Aber insgesamt ging der Weinkonsum weiter leicht zurück.

Bessere Ausstattung trotz der Klemme im Haushalt ist dringend erforderlich

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Bundesbahn kann auf Dauer nur überleben, wenn sie die Mittel erhält, um zu einem rational wirtschaftenden Unternehmen zu werden, das die modernste Technik nutzt. Bundesverkehrsminister Werner Dollinger will sich dafür einsetzen, daß die Bahn trotz der gegenwärtigen Haushaltsklemme finanziell besser als bisher ausgestattet wird, sonst werde sie zu „einem auslaufenden Betrieb“. Dollinger plant eine Novelle zum Bundesbahngesetz, um den Verwaltungsrat zu reformieren.

„So wie bisher kann es bei der Bahn nicht weitergehen“, betonte Bundesverkehrsminister Werner Dollinger in einem Gespräch mit der WELT. Er wolle gar nicht rechten, auf wessen Konto die Unterlassungen zu verbuchen seien, die zu den gegenwärtigen Zuständen geführt haben. Ob das Unternehmen zu lange als reine Verwaltung geführt worden sei, ob es zu wenig mit Kapital vom Eigentümer, dem Bund, ausgestattet worden sei, wolle er jetzt nicht untersuchen. Fest stehe, wenn so weiter wie bisher gefahren werde, könne es bei der Bahn nur noch schlimmer werden.

Wenn ein Unternehmen im Wettbewerb zurückgefallen sei, erläuterte Dollinger, so stehe es vor der Wahl, aufzuholen oder den Betrieb mit den vorhandenen Anlagen allmählich auslaufen zu lassen. Genau vor dieser Weichenstellung stehe jetzt die Bahn.

Er habe daher den Vorstand der Bundesbahn aufgefordert, ohne Rücksicht auf politische Zwänge rein betriebswirtschaftliche Vorstellungen für die Gesundung der Bahn zu entwickeln. Diese Pläne sollen dann mit den Vorstellungen verglichen werden, die in seinem

Hause bestehen. Mit dem sich daraus ergebenden Konzept will Dollinger ins Kabinett gehen. Er ist sich darüber im klaren, daß es angesichts der Haushaltschwierigkeiten nicht leicht werden wird, zusätzliche Mittel zu erhalten. Im Gespräch machte er jedoch deutlich, daß es für ihn keine Alternative gibt. Die in den letzten Wochen aus dem Finanzministerium bekanntgewordenen Modellrechnungen, die von einem leicht sinkenden Bundeszuschuß ausgingen, spiegeln nicht seine Meinung und auch nicht die des Finanzministers wider, beteuerte Dollinger.

„Ein Handwerksmeister, der heute noch mit dem Werkzeug von 1950 arbeiten muß, hat auch keine Chance.“ Ähnlich sieht Dollinger die Situation bei der Bahn. Weil es an Geld fehle, könnten nicht die modernen Lokomotiven angeschafft werden, die nur ein Drittel der Kosten der Geräte verursachen, die jetzt noch in Betrieb sind. Da der Unterbau nicht entsprechend sei, könnten die Züge nur mit einer Geschwindigkeit von gut 100 Stundenkilometern fahren, obwohl das Doppelte technisch möglich wäre. Aber nur wenn die Bahn

AUF EIN WORT

Neue Rekorde zum Wochenschluß

US-AKTIENMÄRKTE

H.A. SIEBERT, Washington

Alle wichtigen Börsenbarometer haben in den USA am Freitag neue Rekorde aufgestellt. An der New York Stock Exchange nahmen der Dow-Jones-Industrieindex um 12,87 auf 1237,59, der breitgestreute Nyse-Index um 1,07 auf 95,47 Punkte zu. Trotz ansehnlicher Verluste zu Beginn gewannen sie im Wochenauslauf 6,39 und 1,20 Punkte. Die Umsätze überstiegen am Freitag 128 Millionen Papiere.

Einen Gang zurückgeschaltet haben die institutionellen Investoren. Sie folgten eher den Wall-Street-Analysen, von denen nach wie vor nahezu zwei Drittel Kurskorrekturen voraussagen. Dem widerspricht allerdings einer der bekanntesten Beobachter in Manhattan Downtown, Ronald A. Glantz, von Faine webber. Für ihn sind die Papiere immer noch billiger, als sie zu sein scheinen.

Die Zinsen vor allem Auto- und Technologiepapiere gefragt. Auf die Aktienbörsen positiv wirken sich die jetzt stärker zurückgehenden Renditen an den US-Rentenmärkten aus. Die künftige Stimmung hängt ausschließlich von der Zinsentwicklung ab. Als Bremse kann sich die unerwartete Geldexplosion in der letzten Berichtswoche (M1 plus 1,4 Milliarden Dollar) erweisen.

Die beste Kontrolle für einen Unternehmer ist der konkurrierende zweite Unternehmer.

Prof. Dr. Rolf Sammet, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Frankfurt.

GROSSBRITANNIEN / Netto-Einkommen der Bauern 1982 um 45 Prozent gestiegen

Hohe Subventionen lösen Kritik aus

WILHELM FURLER, London

KERNKRAFT

Riesenhuber nach Kairo gereist

HEINZ HECK, Bonn

Forschungsminister Heinz Riesenhuber reist heute für sechs Tage nach Ägypten. Im Mittelpunkt steht dabei unausgesprochen das deutsche Interesse an der Lieferung von Kernkraftwerken in das Land am Nil. Kairo will in Kürze die ersten Kernkraftwerke zur nationalen Stromversorgung bestellen und hat für diesen Herbst die Lieferung international ausgeschrieben.

Aus der Bundesrepublik beteiligt sich die Kraftwerk Union AG (KWU), die zwei Angebote einreichen wird. Dabei geht es um die Lieferung eines Kraftwerks mit tausend Megawatt oder um die eines Doppelblocks mit zusammen zweitausend Megawatt für den Standort El Dabas am Mittelmeer. Der Preis der Druckwasserreaktoren wird auf etwa drei Milliarden Mark je Einheit veranschlagt.

Der ägyptische Beitrag zum Bau des Kraftwerks wird bei diesen ersten Anlagen noch gering veranschlagt. Soweit bekannt, sind auch Lieferunternehmen aus den USA und Frankreich aufgefordert worden, sich an der Ausschreibung zu beteiligen. Das Hauptproblem dürfte die Finanzierung sein.

Riesenhuber kann seinen Gastgebern in Kairo das Angebot machen, ihnen einen deutschen Forschungsreaktor zu schenken, der zur Zeit noch in der Universität Frankfurt steht. Seine Gespräche gelten der bilateralen Zusammenarbeit nicht nur in Fragen der Kernenergie, sondern auch der Elektronik und der erneuerbaren Energiequellen.

Weg der Kurse

US-Handelsbilanz

US-Handelsbilanz

BILDschirmTEXT

Zeitplan verschoben

GISELA REINERS, Bonn

Durch Lieferschwierigkeiten der Computerfirma IBM, die den neuen Fernmeldedienst Bildschirmtext (Btx) wichtigen Zentralrechner nicht rechtzeitig aufstellen kann, hat sich der Zeitplan für die Einführung verschoben. Wie aus dem Bundespostministerium verlautet, sieht der Fahrplan jetzt so aus:

Am 3. September wird Bildschirmtext, wie vorgesehen, im Rahmen der Funksaustellung in Berlin bundesweit eingeführt. Die endgültige Eröffnung ist für den 2. Mai 1984 vorgesehen.

Die Btx-Zentrale in Berlin wird so ausgebaut, daß sich zusätzlich zu den jetzt vorhandenen Teilnehmern des Feldversuchs in Berlin noch bis zu 5000 weitere Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet anschließen können.

Neue Informationsanbieter werden nicht mehr zugelassen, es bleibt also bis zur Lieferung der vollständigen technischen IBM-Einrichtung sowie der Programme (Software) bei dem Anbieterkreis, der sich an den Feldversuchen in den beiden Testgebieten beteiligt hatte.

Sogenannte Einwahlknoten werden in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart und München zwischengeschaltet, um den Teilnehmern aus dem Bundesgebiet den Btx-Dienst zu Ortsgebühren aus Berlin zukommen zu lassen.

Wer schon nach dem neuen (besseren) Europa-Standard arbeiten kann, erhält dazu die Möglichkeit durch einen Zusatz-Computer, der in Berlin eingerichtet wird.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Plus und Minus im Handel

Überschüsse bzw. Defizite im Außenhandel 1982 in Milliarden Dollar

BR Deutschland 21,9  
Kanada 13,6  
Japan 6,8  
Niederlande 3,5  
England 2,7  
Schweiz 1,2  
Italien 1,2  
Frankreich 31,7  
USA 1,2

Beiersdorf mit acht Mark Dividende

Hamburg (dpa/VWD) - Der Chemie- und Körperpflegemittelkonzern Beiersdorf AG, Hamburg, schlägt der Hauptversammlung am 21. Juni die Ausschüttung einer Dividende von acht Mark je 50-Mark-Aktie auf das Grundkapital von 182 Millionen Mark vor. Das beschloß der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am Freitag. Die Ausschüttung bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert. Damals waren aus dem 100-jährigen Bestehen eine Dividende von sieben Mark und ein Bonus von einer Mark gezahlt worden. In den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres lag der Umsatz nach Angaben des Unternehmens im Inland um 8,4 Prozent höher als im Vorjahr. Im Ausland blieb er etwa auf Vorjahreshöhe. Im Geschäftsjahr 1982 stieg der Umsatz der Beiersdorf AG um 5,4 Prozent auf 1,5 Milliarden Mark. Der Gruppenumsatz weltweit um 6,2 Prozent auf 2,17 Milliarden Mark.

Weg der Kurse

US-Handelsbilanz

US-Handelsbilanz

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Plus und Minus im Handel

Überschüsse bzw. Defizite im Außenhandel 1982 in Milliarden Dollar

BR Deutschland 21,9  
Kanada 13,6  
Japan 6,8  
Niederlande 3,5  
England 2,7  
Schweiz 1,2  
Italien 1,2  
Frankreich 31,7  
USA 1,2

Beiersdorf mit acht Mark Dividende

Hamburg (dpa/VWD) - Der Chemie- und Körperpflegemittelkonzern Beiersdorf AG, Hamburg, schlägt der Hauptversammlung am 21. Juni die Ausschüttung einer Dividende von acht Mark je 50-Mark-Aktie auf das Grundkapital von 182 Millionen Mark vor. Das beschloß der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am Freitag. Die Ausschüttung bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert. Damals waren aus dem 100-jährigen Bestehen eine Dividende von sieben Mark und ein Bonus von einer Mark gezahlt worden. In den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres lag der Umsatz nach Angaben des Unternehmens im Inland um 8,4 Prozent höher als im Vorjahr. Im Ausland blieb er etwa auf Vorjahreshöhe. Im Geschäftsjahr 1982 stieg der Umsatz der Beiersdorf AG um 5,4 Prozent auf 1,5 Milliarden Mark. Der Gruppenumsatz weltweit um 6,2 Prozent auf 2,17 Milliarden Mark.

Weg der Kurse

US-Handelsbilanz

US-Handelsbilanz

11. bis 17. Mai  
LIGNA HANNOVER '83  
Weltgrößte Fachmesse für Maschinen und Ausrüstung der Holzwirtschaft



Unser Dankeschön für Sie:

# Bücher und Schallplatten bis zu einem Ladenpreis von 50,- Mark.

Freunde der WELT, die einen neuen Abonnenten für die WELT gewinnen, haben Anspruch auf eine wertvolle Prämie:

ein beliebiges Buch oder eine beliebige Langspielplatte bis zu einem Ladenpreis von 50,- Mark. (Ausgenommen sind Bücher, die nicht in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin erschienen sind, Titel von verbilligten Restauflagen und Schallplatten, die nicht aus der Produktion der großen Plattenhersteller stammten.) Auf Wunsch geben wir Ihnen weitere Informationen. Bitte schreiben Sie an unsere Vertriebsabteilung.

**DIE WELT**  
1. VERBUNDIGES TAGESBLATT FÜR DEUTSCHLAND

Vertriebsabteilung  
Postfach 30 58 30  
2000 Hamburg 36  
Tel.: (040) 347-45 56 oder -1

W 1288























## Ist der Herzinfarkt eine Hormonkrankheit?

US-Studie: Höherer Östrogen-Spiegel bei „Infarktkranen“

JOCHEN AUMILLER, München  
Ein Zusammenhang zwischen Herzinfarkt und Geschlechtshormonen wird schon seit Jahrzehnten vermutet. Erste wissenschaftliche Belege für diese Hypothese wurden nun mit einer Studie vorgelegt, die an drei angesehenen amerikanischen Forschungszentren ausgearbeitet und in der ersten Ausgabe des „American Journal of Medicine“, dem Arztblatt der Amerikaner, veröffentlicht wurde. Wie Studienleiter Gerald E. Phillips aus New York jetzt bekannt ist, waren die Wissenschaftler selbst am meisten überrascht. Denn die klassischen Risikofaktoren wie Zigarettenrauchen, hoher Blutdruck und Bluthochdruck waren bei den untersuchten Infarktpatienten genauso häufig anzutreffen wie bei den Kontrollpersonen. Lediglich der Östrogen-Spiegel (das stärkste natürlich vorkommende Östrogen) war bei den „Infarktkranen“ deutlich höher als bei den Vergleichspersonen. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich bei dieser häufigsten Todesursache in zivilisierten Ländern zumindest auch um eine Hormonkrankheit handeln könnte.

Männern mit hohem Cholesterinspiegel nur drei von dieser Mangerversorgung des Herzmuskels betroffen waren.  
Die Experten scheinen derzeit ratlos. Sie können sich weder erklären, weshalb bei den Koronarpatienten der Östrogenspiegel erhöht ist, noch wissen sie Abhilfe. Möglicherweise stecken Umweltfaktoren dahinter, genauso gut könnte es aber sein, daß genetische Vorgänge zu dieser Abweichung im Hormonhaushalt der Männer führen. Es wird auch spekuliert, daß ein Enzymdefekt den natürlichen Abbau des Östrogens aus dem Blutkreislauf behindert.

### Noch viele Fragezeichen

Praktische Konsequenzen aus dieser Studie können nach Ansicht der amerikanischen Forscher noch nicht gezogen werden. Zu viele Fragezeichen müssen noch geklärt werden, als daß man die bisherige Lehrmeinung über Bord werfen könnte. Dennoch sind sich die Experten einig, daß diese Studie die Tür zu neuen Überlegungen aufgestoßen hat und die Bedeutung der Risikofaktoren neu überdacht werden mußte.  
Die sensationellen Befunde aus den USA werden von Forschungsergebnissen bestätigt, die Professor A. W. von Sitt von der Medizinischen Universität in Bonn vor Jahresfrist publiziert hat. Danach muß damit gerechnet werden, daß an der Entstehung des Bluthochdrucks Östrogene beteiligt sind. Er hat diese These mit tierexperimentellen Daten untermauert. In einem Interview äußerte er die Vermutung, daß die Östrogene im Zwischenhirn angreifen, der Zentrale für das sympathische Nervensystem. Wird es überstimuliert, kommt es zu den typischen Stresserscheinungen, wozu auch ein erhöhter Blutdruck gezählt wird. Der Bluthochdruck gilt seit langem als ein wichtiger Risikofaktor der koronaren Herzkrankheit.

### Experten sind ratlos

Die aufsehenerregende Studie lief an der Columbia Universität am Nationalen Gesundheitsinstitut sowie als Begleitprojekt der berühmten Framingham Studie. 122 Männer mit einem Durchschnittsalter von 70 Jahren waren einbezogen. Nach Phillips litten von 15 Männern mit einem hohen Östrogenspiegel 13 an der koronaren Herzkrankheit, während von 15

weiteren Beweise anbieten kann, müssen wir nun der Tatsache ins Auge sehen, daß Sbergar tot ist.“

**Fließende Überraschung**  
Yuri Bandoora, der stellvertretende Chefredakteur der sowjetischen „Iswestia“, und die Historikerin Ludmila Tarasewich-Skrynikowa konnten ihre Überraschung nicht verbergen. In einer Dorfschule mitten im US-Bundesstaat Vermont trafen sie einen elfjährigen, blonden, peubäckigen Jungen, der fließend Russisch sprach. Erst als sie ihn nach seinem Namen fragten, kam die Aufklärung des Rätsels: Die beiden Gäste der Organisation „Bridges for Peace“ (Brücken des Friedens) standen Yermolaj Soloschenizyn, dem Sohn des exilierten sowjetischen Schriftstellers Alexander Soloschenizyn gegenüber.

## LEUTE HEUTE

### Nachgemacht

Als erster Amerikaner hat der 26jährige Lehrer Larry Neilson am Samstag ohne Sauerstoffgerät den 8848 Meter hohen Gipfel des Mount Everest bezwungen. Mit ihm erreichte auch der Sherpa-Führer Agn Rita den höchsten Gipfel der Welt ohne Hilfe eines Sauerstoffgerätes.

### Ohne Hoffnung

„Es gibt keine Hoffnung mehr. Sbergar ist tot.“ Das erklärte am Wochenende der englische Milliardär Robert Sangster, Mitbegründer der „Wunderpferde“-Sbergar, ehemaliger Derby-Sieger und als Zuchtstute das teuerste Pferd der Welt, war am 8. Februar von bewaffneten Kidnappern entführt worden. Seitdem fehlt von ihm jede Spur. Sangster: „Kein Mitbegründer hat irgendeine Nachricht oder Forderung erhalten. Obwohl ich keine

weiteren Beweise anbieten kann, müssen wir nun der Tatsache ins Auge sehen, daß Sbergar tot ist.“

weiteren Beweise anbieten kann, müssen wir nun der Tatsache ins Auge sehen, daß Sbergar tot ist.“

## WETTER: Kühl und regnerisch

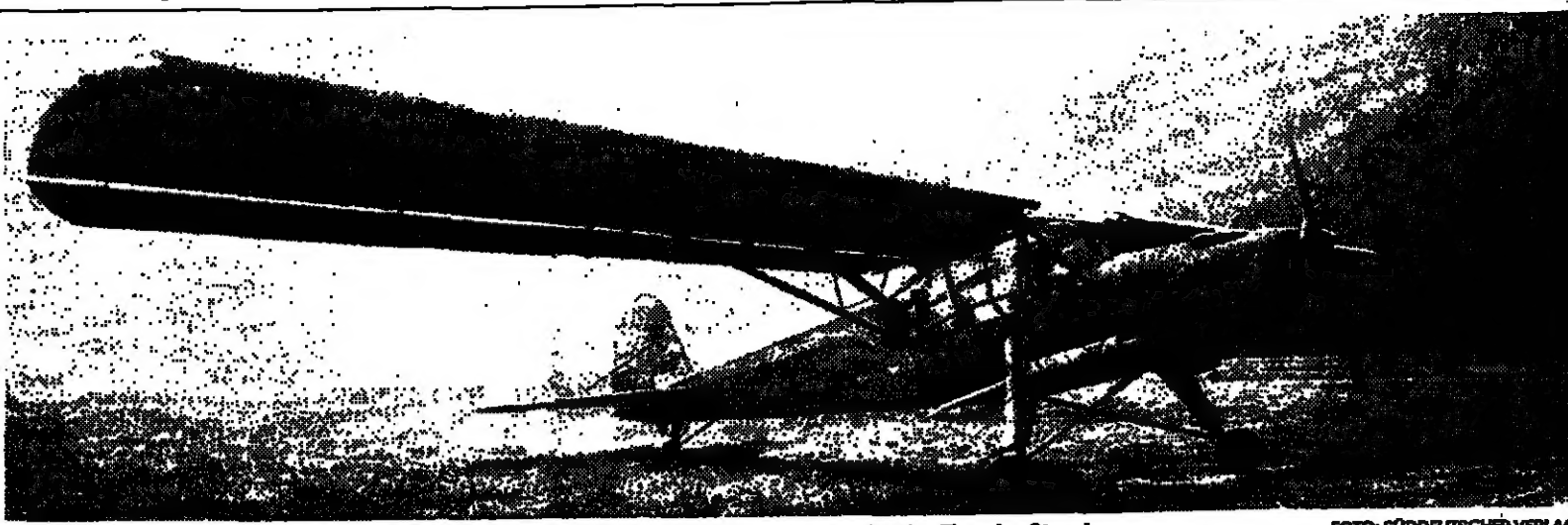
Wetterlage: Nach kurzem Zwischenhoch greift am Nachmittag von Südwesten her erneut ein Störungsausläufer auf Deutschland über.



Vorhersage für Montag:  
Bundessrepublik und Raum Berlin: Im Raum Berlin und in Ostbayern vorwiegend zeitweiliger Regen oder einzelne Schauer. Sonst bewölkt, aber kaum Niederschlag. Am Nachmittag im Westen und Südwesten Eintrübung und gegen Abend einsetzender Regen. Höchste Tagestemperaturen bei 15, im Bergland 10 Grad C. Tiefstwerte nachts um 10 Grad C.

Weitere Aussichten für Dienstag:  
Unbeständig mit Schauern oder länger andauerndem Regen, windig und kühl.

Temperaturen am Samstag, 13. Uhr:  
Berlin 10° Kairo 20°  
Bonn 13° Kopenh. 12°  
Dresden 10° Las Palmas 13°  
Essen 12° London 13°  
Frankfurt 13° Madrid 30°  
Hamburg 13° Mailand 21°  
Liss/Sylt 11° Mallorca 21°  
München 12° Moskau 13°  
Stuttgart 12° Nizza 18°  
Alger 23° Oslo 15°  
Amsterdam 12° Paris 12°  
Athen 19° Prag 9°  
Barcelona 16° Rom 20°  
Brüssel 13° Stockholm 15°  
Budapest 13° Tel Aviv 23°  
Bukarest 18° Tunis 23°  
Helsinki 14° Wien 10°  
Istanbul 15° Zürich 11°  
Sonnenaufgang: 5:40 Uhr  
Untergang: 20:58 Uhr, Mondlaufgang: 5:10 Uhr, Untergang: 18:02 Uhr.  
in MEZ, zentraler Ort Kassel



Er konnte auf einem Acker landen und brauchte für den Start nur 100 Meter „Anlauf“; der Fieseler Storch.

FOTO: SÜDDUTSCHER VERLAG

## Die Krönung einer feurigen Bahn am Himmel

Gerhard Fieseler, Konstrukteur des langsamsten Flugzeugs der Welt, entwarf und stiftete eine Kunstfliegertrophäe

ADALBERT BÄRWOLF, Kassel

Vor dem Start in der Kunstfliegertrophäe reichte ihm der Konstrukteur ein Glas Champagner. Dann gab er zügig Vollgas, holperte über den sandigen Exerzierplatz und hing bald in der Arena aus Luft über den Dächern von Paris. Im Zeitlupentempo drehte er den kleinen Flieger um die Längsachse, wirbelte ihn in Pirouetten durch das Blau über Vincennes. Elegante Flüge, die eine schwierige Figur an die andere, ohne Kurven, die nur Zeit kosten, ohne Punkte bringen.

Gerhard Fieseler fliegt bei der Kunstfliegertrophäe. 1934, dem größten Ereignis des Pariser Sommers, mit einem Motor, der auch in Rückenlage sicher arbeitet. Denn Fieseler will wieder einen Looping nach vorn fliegen, beim dem das Flugzeug auf dem Rücken fliegt, worfür besondere Vergaser und Spezialtanks neben aerodynamischen Erwägungen erforderlich sind. Der junge Fieseler hat diesen Looping nach vorn mit der hohen Belastung durch die negative Fliehkraft als erster Pilot überhaupt geflogen. Doch über dem Flugfeld von Vincennes geschieht es, nach 35 schwierigen Figuren und kurz bevor der Flugzeug in die Rückenlage drücken wollte:

Die gewaltigen Fliehkraft, die Fieseler nach außen drücken würden, müssen ohne die Gurte vermindert werden. So fliegt der Kunstflieger größere vertikale Kreise. Er überschreitet die Zeit und gewinnt trotzdem noch die erste Kunstfliegertrophäe.

Heute, fast 50 Jahre danach, steht Gerhard Fieseler in der Fliegerkategorie seines Hauses in Kassel. Er kann nach einer Krebsoperation nicht mehr richtig erzählen und nur noch über ein Kehltopftrinken mühsam sprechen, aber er signiert für Besucher sein Buch, das von seiner „Bahn am Himmel“ erzählt. Und es war eine feurige Bahn, die nicht nur aus Loops nach vorn, gesteuerten Rollen oder Fieseler-Kehren bestand, eine Bahn, die auch Flugzeuge ungewöhnlicher Konstruktion und „Wunderwaffen“ einschloß.



Wurde im eigenen Flugzeug Weltmeister: Gerhard Fieseler. FOTO: DPA

Der 87jährige, weißhaarig und rüstig, entwarf und stiftete jetzt die „Fieseler Kunstfliegertrophäe“, die der Deutsche Aero Club nach dem Internationalen Motorkunstflugwettbewerb der westeuropäischen Kunstflugassoziation auf bundesdeutschem Boden vom 18. bis 18. Juni in Kassel vergeben wird und die alle zwei Jahre ausgetauscht werden soll. In Flugformationen aufgereiht, hängen an der Bardele 19 Modelle von Maschinen, die Fieseler während des Ersten Weltkrieges über der Balkanfront und anderen Brennpunkten abgeschossen hat. Hinter der Bar ein Bild seines Freundes Ernst Udet, der im letzten Krieg Selbstmord beging, der aber wegen seiner Popularität im Dritten Reich bei der „Erprobung einer neuen Waffe“ verunglückte. Über der Bar baumelt, grün gespinnt, ein Fieseler Storch. Dies ist der berühmteste Flieger der Welt, der von den Fieseler Werken in Kassel nicht mit dem Ziel entwickelt wurde, immer schneller, sondern immer langsamer zu fliegen.

Fieseler gab der Fi-156 den Namen Storch wegen der gefederten Stelzenbeine, mit denen man auch auf einem Acker landen konnte. Die Fahrgaststühle hatten eine breite Spur, und ein starrer Vordrill zog sich über die gesamte Länge der Flügelvorderkante. Im Storch konnte man mit rund 50 Stundenkilometer fliegen. Und bei

entsprechendem Gegenwind stand die Maschine scheinbar still in der Luft. Die Startstrecke betrug, je nach Zuladung, nur etwa 100 Meter. Mussolini wurde vom zerklüfteten Abbruzzemassiv Gran Sasso auf kaum 120 Meter Anlaufstrecke mit einem Fieseler Storch befreit. Mit einem aufmerksamen Piloten von einem schnellen Jagdflugzeug kaum abgeschossen werden. Die Jäger konnten im Anfang von hinten nicht in Schußposition kommen, wenn der Storch plötzlich in eine Steilkurve ging. Fast 3000 dieser fliegenden Störche wurden gebaut.

Fieseler Name ist auch mit der „Wunderwaffe“ V-1 verbunden, die der Goebbelschen Propagandamotologie entlehnt, schlicht Fi-103 hieß. Es war ein pilotenloser Kollisionsbomber, der als Flugroboter bei einer Geschwindigkeit von fast 800 Stundenkilometer und einer 1000-Kilo-Bombe über eine Entfernung von 400 Kilometer befördert wurde. Mehr als 30 000 Fi-103 wurden gebaut. Der Flugautomat ist der Vorläufer der lufttenden amerikanischen Flugkörper (Cruise missiles), die von Jahresende an bei Scheitern der Genfer Verhandlungen in Westeuropa stationiert werden sollen. Nur: Die V-1 sollte unter dem Projekt Reichsbomben auch bemannt geflogen werden und die englische Flotte vernichten.

## Vorschlag teilt Venedig in zwei feindliche Lager

Beifall und wütende Ablehnung für das „Eintrittsgeld“

M. von ZITZEWITZ, Varese

Selten hat wohl ein Bürgermeister seine Stadt in zwei so feindliche Lager gespalten wie Venedig. Der Bürgermeister hat dem Vorschlag, 10 000 Lire Eintritt zu jedem Besucher der Lagunenstadt zu fordern. In dem Preis inbegriffen wären nach Mario Rigos die städtischen Museen und der Transport. Die Lagunenbrücken sollen für den Privatverkehr gesperrt und die Touristen per Bus und Bahn von Mestre und Venedig transportiert werden. Auch der Motorverkehr auf dem Canal Grande, der mit seinem Wellenschlag die Paläste auf Pfählen immer dramatischer gefährdet, müsse aufhören.

Ohne Einschränkung einverstanden mit diesen Vorschlägen, die von besorgten Experten schon seit Jahren erwogen wurden, ist die Unesco-Vertretung in Venedig. Der Vorschlag, Eintrittsgeld zu erheben, jedoch trennt die Geister. „10 000 Lire schrecken heute niemanden mehr ab. Sie würden kaum den Transport decken, geschweige denn den Massentourismus in die Museen locken“, wettert der kommunistische Senator für den Tourismus.

Der Maler Emilio Vedova: „Ich bin alles andere als ein Aristokrat. Aber ich meine, daß Venedig vor allem ein Ziel für Kulturinteressierte ist. Wer hierher kommt, hat immer 10 000 Lire übrig. Und wenn er damit die Museen besuchen darf, werden sie zum Ansporn, die Stadt auf der Suche nach Kultur zu durchstreifen.“

Der Besitzer von „Harry's Bar“, Arrigo Cipriani: „Der Vorschlag ist reine Utopie und verstößt meiner Meinung nach gegen die Verfassung, nach der das italienische Staatsgebiet jedermann zugänglich ist. Wie will man außerdem die Venezianer von den Touristen und den vielen Pendlern unter-

scheiden, die täglich zur Arbeit in die Lagune kommen? Man müßte einen Sonderpaß für sie erfinden! Den allerdings gibt es längst, er heißt „Carta Venezia“.“

Der Präsident der Biennale, Paolo Portoghesi, meint: „Man muß den Tourismus einschränken, weil der die Stadt gefährdet. Aber man darf Venedig nicht für die Reichen reservieren.“ Italo Gomez, der künstlerische Direktor der Oper La Fenice: „Mit einem Eintrittsgeld riskiert man, Venedig zum Konsumobjekt abzustempeln.“ Der Ökologe Antonio Cederna: „Der Massentourismus muß reguliert, kontrolliert und neu qualifiziert werden. Er darf nicht weiter zu einem müden, zerstreuten Spaziergang zwischen archaischen Trümmern oder Palästen degradiert werden. Er ist ein zu ernstes Phänomen, um ihn den Reiseagenturen zu überlassen, die nur an ihm verdienen wollen.“ Venedig hat knapp 100 000 Einwohner, aber 10 Millionen Touristen im Jahr. Zwei Drittel von ihnen werden morgens auf dem Markusplatz abgelieft und am Abend, versehen mit tiefgefrorener Pizza, Coca-Cola und Souvenirs made in Hongkong, wieder fortgeschickt.

Venedig wäre die erste Stadt der Welt, die einen „Numerus clausus“ für Touristen einführen würde. Sucht. Ist das berechtigt? Ich erinnere mich an mein Erschrecken, als ich zum ersten Mal in einem deutschen Dom Eintrittsgeld bezahlen sollte. „Nur für Gläubige ist der Eintritt frei“, sagte der Mann an der Kasse. Woran erkennt man, ob ein Mensch ehrfürchtig ist oder nur „konsumieren“ will? Wie lehrt man die Ehrfurcht, die Venedigs vortreffliche Schönheit verdient? Gewiß nicht mit einem obligaten Ticket. Aber wer hat einen besseren Vorschlag?

## UN-Studie zu „einer Form der Sklaverei“

Prostitution nicht das „älteste Gewerbe der Welt“

GITTA BAUER, New York

Entgegen der herrschenden Auffassung ist Prostitution nicht das älteste Gewerbe der Welt. Sie war und ist auch heute noch in sogenannten „primitiven“ Gesellschaften unbekannt. Das ist eine der Schlussfolgerungen, zu denen der französische UN-Botschafter in Genf, Jean-Fernand Laurent, in einem Bericht über Prostitution der Vereinten Nationen kommt. „Es ist jedoch zutreffend, daß Prostitution heute in unterschiedlichen Schattierungen in allen organisierten Staaten, in allen Kulturen und in allen Teilen der Welt vorkommt, besonders da, wo die Bevölkerung dicht ist und Geld häufig von Hand zu Hand wechselt“, sagt Jean-Fernand Laurent. Seiner Ansicht nach ist Prostitution, wenn man sie vom Standpunkt der Menschenrechte untersucht, eine Form der Sklaverei.

Wie der alte Sklavenhandel ist Prostitution – so der Bericht – ein Aspekt der Wirtschaft. Es gibt einen Markt, es gibt Angebot und Nachfrage. Und wie beim Handel mit Sklaven, so auch bei Prostitution, sind die Lieferanten, die drei Partner: den Zuhälter, den Abnehmer, also den Kunden, und die lebende Ware, hier die Prostituierte.

Sie ist zwar am besten bekannt, Sozialarbeiter, Ärzte und Polizisten haben mit ihr zu tun. Sie ist Gegenstand der Literatur von Shakespeare über Zola bis zu den „Rauchenden Kanälen“ und Miss Kitty mit dem goldenen Herzen oder Dolly Parton im „besten kleinen Hurenhaus in Texas“. Dennoch zieht nicht die großen Gewinn aus dem Geschäft. Und wenn es um Bestrafung geht, so trifft sie nie den Klienten, selten den Zuhälter, immer die Prostituierte. Der eine ist durch Anonymität, der andere

durch die Unterwelt, der er meist angehört, geschützt. Sie ist Opfer in doppelter Hinsicht. Massenverkehr und -kommunikation haben neue Märkte und neue Formen der Prostitution erschlossen. „Sex-Tours“ nach Thailand werden in dem Bericht ebenso erwähnt wie die Ausnutzung von Kindern für pornographische Video-Kassetten. Die Gleichung Westen = Bedarf, Dritte Welt = Angebot geht jedoch nicht unbedingt auf. „S.O.S. Entfants“ schätzt, daß in Paris einige 5000 Jungen und 3000 Mädchen unter 18 Jahren dem Gewerbe nachgehen. In Lateinamerika sind die am meisten gefragten Prostituierten Kinder zwischen zehn und 14 Jahren. In Brasilien kann ein Mädchen von 13 Jahren nahezu 500 Dollar im Monat verdienen.

Die Folge ist offenkundig. „Wenn ein Mädchen mit 12 oder 13 Jahren so viel Geld verdient hat“, schreiben die Forscher Chailis und Elliman, „ist kaum Hoffnung, daß es die Prostitution aufgibt.“ Die Staaten gehen auf unterschiedliche Weise dem Problem zu Leibe. In nur wenigen Ländern, heißt es bei Jean-Fernand Laurent, gibt es ein direktes Verbot, das Prostitution unter Strafe stellt. Das regulative System, das auch in der Bundesrepublik angewendet wird, sorgt für Hygiene und öffentlichen Anstand.

Als weißer Fleck auf der Landkarte des Berichts erscheint der gesamte Ostblock. Botschafter Jean-Fernand Laurent sagte auf eine entsprechende Frage, daß „diese Länder erklären, es gebe bei ihnen keinerlei Prostitution“. Das erscheint eine Behauptung nach dem Morgensternschen Motto, „weil nicht sein kann, was nicht sein darf“. Denn Touristen, die Odessa, Moskau und Leningrad besucht haben, machten da ganz andere Erfahrungen.

## Istanbul: 42 Tote bei Feuer in Hotel

AFP, Ankara

Mindestens 42 Tote und 65 Verletzte hat am Samstag ein Hotelbrand in Istanbul gefordert. Bei den Opfern handelt es sich größtenteils um ausländische Touristen, darunter auch ein Deutscher und drei Österreicher. Die endgültige Bilanz stand am Sonntag noch nicht fest. Das Hotel „Washington“ in der Istanbul Altstadt brannte völlig aus. Das Feuer war nach ersten Ermittlungen in den Morgenstunden durch die Explosion einer Butangasflasche in der Küche im Erdgeschoss des sechsstöckigen Gebäudes verursacht worden.

Die meisten Gäste, darunter eine Gruppe Österreicher und Griechen, waren am Vortag zur Teilnahme an den Feiern zum griechisch-orthodoxen Ostertag in Istanbul eingeflogen. Die Identifizierung der Opfer ist äußerst schwierig, weil die Leichen abgehängten Pässe mit verbrannten. Bis gestern konnten zwölf Griechen, ein Deutscher, ein Österreicher und eine Französin unter den Opfern identifiziert werden. Im Hotelregister wurden die Namen von 50 Griechen, 44 Österreichern, 25 Deutschen und zwei Franzosen gefunden, aber zu nächst nicht veröffentlicht. Zu dem Drama kam es, weil es nicht einmal Notausgänge in dem Hotel gab. Ein Sprecher der Stadtverwaltung sagte, der Hotelbesitzer habe wiederholte Aufforderungen zur Einrichtung von Notausgängen ignoriert.

### Riesenfang in Paris

Paris, dpa. Französische Rauschgiftfahnder haben auf dem Flughafen Charles de Gaulle bei Paris 50 Kilo Gramm Kokain beschlagnahmt, das vermutlich aus Bolivien oder Kolumbien stammt und in die Niederlande gebracht werden sollte. Der Schwarzmarktwert liegt bei fast 40 Millionen Mark.

### Familie ausgelöscht

AP, Dürrenroth. Durch ein tragisches Unglück ist am Wochenende im Kanton Bern fast eine ganze Bauernfamilie ausgelöscht worden. Zuerst war der Großvater in einer Jauchegrube zusammengebrochen. Bei dem Versuch, ihm zu helfen, wurden auch dem Vater, dem Sohn und der Mutter die giftigen Dämpfe zum Verhängnis. Zurück blieb nur die Großmutter mit zwei Enkelkindern.

### Auf Lastzüge geschossen

dpa, Gütersloh. Von mehreren Schüssen wurden am Wochenende auf der Autobahn bei Verl im Kreis Gütersloh drei Lastzüge getroffen. Die Windschutzscheiben gingen zwar zu Bruch, die Fahrer wurden aber nicht verletzt. Laut Polizei können die Kugeln sowohl aus einem Luft- als auch aus einem Kleinkalibergewehr abgeschossen worden sein.

### Im Auto verbrannt

AP, Fürstentum Liechtenstein. Drei Menschen sind am Wochenende bei einem Verkehrsunfall vor der Einfahrt zum Bundeswehr-Fliegerhorst Fürstentum Liechtenstein in Fahrzeugen verbrannt. Zwei weitere wurden schwer verletzt. Ein schnell fahrender Personenvan hatte auf der Bundesstraße 471 ein in die Hauptstraße einbiegendes Fahrzeug gerammt und 100 Meter weit vor sich hergeschoben. Beide Wagen gingen in Flammen auf.

### Waggons auf Abwegen

dpa, Köln. Eine technische Überprüfung und Vermessung von neun entgleisten französischen Großraum-Güterwagen soll heute die Ursache eines Eisenbahnunglücks klären, bei dem in der Nacht zum Samstag auf der Bundesbahnstrecke Koblenz-Neuwied hohen Sachschaden entstanden war. Sechs der Waggons stürzten eine Böschung hinab und prallten gegen eine elektrische Lok, die auf einer anderen Strecke unmittelbar unter der Unglücksstelle gerade an einem geschlossenen Signal wartete. Der Lokführer wurde leicht verletzt. Im Laufe des Tages mußten mehr als 100 Züge umgelenkt werden.

### ZU GUTER LETZT

„Krokodil ging an Geldspende ein“ (Überschrift im Berliner „Tagesspiegel“) zum Tod eines Reptils durch Mützen).

TWA. Und Sie sind da.

# Quer durch die USA. Für 399 Dollar.

Jetzt können Sie ganz USA im Fluge erobern: mit dem TWA Air Pass. Für sage und staune 399 Dollar. Zu Ihrem TWA Transatlantik-Ticket. Kinder kostet der grenzenlose Reisespaß ein Lächeln und Sie 65 Dollar weniger. Mehr darüber bei Ihrem Reisebüro oder direkt von TWA.

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen

TWA

